

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis dreimonatlich:
Wochenblatt 2,00 RM., monatlich 1,10 RM.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Interaktions-Gebühr
beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle
oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Berichte
und Berichtigungs-Anzeigen 25 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 19. Juli 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Parteigenossen!

Laut Beschluß des letzten Parteitages findet der diesjährige in
Jena statt. Auf Grund der Bestimmungen der §§ 7, 8 und 9 der
Parteiorganisation beruft die Parteileitung den diesjährigen Partei-
tag auf

Sonntag, den 17. September,

abends 7 Uhr, nach Jena, in das Lokal „Volkshaus“, Karl Zeiß-
Platz, ein.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

Sonntag, den 17. September, abends 7 Uhr:
Vorversammlung, Konstituierung des Parteitages, Festsetzung
der Geschäfts- und Tagesordnung, Wahl der Mandatsprüfungs-
Kommission.

Montag, den 18. September, und die folgenden Tage:

- 1. Geschäftsbericht des Vorstandes.
Berichterstatter: H. Rolkenbühr und A. Gerisch.
2. Bericht der Kontrollkommission.
Berichterstatter: H. Meißner.
3. Bericht über die parlamentarische Tätigkeit.
Berichterstatter: H. Förster.
4. Die Parteiorganisation.
Berichterstatter: G. v. Solimar.
5. Die Parteiführer.
Berichterstatter: A. Fischer.
6. Der politische Massenstreik und die Sozialdemokratie.
Berichterstatter: A. Weibel.
7. Sonstige Anträge.
8. Wahl des Vorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes
des nächsten Parteitages.

Parteigenossen! Der Parteivorstand richtet an Euch die
Aufforderung, die Vorarbeiten für den Parteitag — also die
Wahl von Delegierten wie die Stellung von Anträgen — recht-
zeitig zu betreiben.

Die Anträge müssen spätestens am 27. August in dem Besitze
des Vorstandes, Adresse:

J. Auer, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69

sein, wenn sie, entsprechend den Bestimmungen des § 8 Absatz II
der Parteiorganisation, im „Vorwärts“ veröffentlicht und in die ge-
druckte Vorlage Aufnahme finden sollen.

Anträge von einzelnen Parteigenossen bedürfen der Gegen-
zeichnung der Vertrauensperson oder des Vorstandes der örtlichen
Bzw. Kreisorganisation, falls sie zur Veröffentlichung und Beratung
gelangen sollen.

Die Parteigenossen, die zum Parteitag kommen, werden ersucht,
von ihrer Delegation dem Vorstande und dem Lokalkomitee recht-
zeitig Mitteilung zu machen, damit ihnen die Vorlagen und eventuell
weitere Mitteilungen zugefandt werden können.

Die Adresse des Lokalkomitees lautet:

Hermann Leber, Jena, Marienstr. 26.

Mandatsformulare sind durch das Parteibureau

J. Auer, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69

zu beziehen. Der Versand erfolgt vom 21. August an.

Die Genossen, die Anträge einreichen, werden darauf aufmerk-
sam gemacht, daß etwaige den Anträgen beigegebene Motive weder
im „Vorwärts“, noch in der den Delegierten zugehenden Vorlage
Aufnahme finden können. Es steht den Genossen das Recht zu, ihre
Anträge selbst oder durch befreundete Genossen auf dem Parteitag
mündlich zu begründen. Ein Abdruck der Motive verbietet sich aber
aus räumlichen Gründen und um Wiederholungen zu vermeiden.
Berlin, den 8. Juli 1905.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Der Parteivorstand.

Preußens Gewerbeaufsicht.

I.

Während alle anderen Bundesstaaten die Berichte ihrer Gewerbe-
aufsichtsbeamten bald nach Abschluß des Berichtsjahres bekanntgeben, hat
Preußen nach alter tadelnswerter Gepflogenheit sich wieder bis in
den Juli hinein Zeit gelassen. Jetzt erst veröffentlicht es die Be-
richte für 1904\*) — auch inhaltlich stehen sie wie immer hinter denen
der süddeutschen Bundesstaaten zurück. Herr Möllers Hand lastet
schwer auf der preussischen Gewerbeaufsicht. Als er sein Amt antrat
und damit auch ihr Chef wurde, gab er sein Wohlwollen für
die Unternehmer dadurch kund, daß er am 7. Februar 1902, im
preussischen Abgeordnetenhaus erklärte: „Wir verbitten
uns von den Gewerbeaufsichtsbeamten, in den für die Öffentlichkeit
bestimmten Berichten allgemeine Raisonnements, Sen-
timents und Vorschläge für Aenderung der Ge-
setze.“

Bereits im November 1900 war vom damaligen preussischen
Handelsminister Vrefeld eine geheim gehaltene neue „Anweisung
zur Erstattung der Jahresberichte“ erlassen worden, welche bestimmte,
daß „künftig über Aenderung und Ergänzung bestehender Vorschriften,
Arbeitseinstellungen und Ernährungsverhältnisse der Arbeiterbedürfnis-
sicherung nicht mehr gesprochen werden“ solle.

Herr Möller hat das traurige Erbe gern übernommen: als er
von unserer Seite im Reichstage zur Rede gestellt wurde, unter Zu-

stimmung Vosadowsky diesen Maulkorb für die Berichterstattung als
„in den Rahmen der preussischen Verwaltung“ gehörend erklärt. Damit
hat er freilich nur den noch immer vorwärtigen Geist der
preussischen Verwaltung gekennzeichnet. Die Aufgaben einer Gewerbe-
aufsicht, wie sie sein soll, gehen weit über die subalterne
Polizeistellung hinaus, in die sie in Preußen gedrängt wird. Die
Gewerbeaufsicht soll ein durch keinerlei Maßnahme beeinflusstes
Bild der Arbeitsverhältnisse geben, die Wirkung der bestehenden Ge-
setze schildern und auf deren Mängel hinweisen. Bei der Ab-
hängigkeit von der Regierung, in der sich alle Beamten befinden,
würde ja auch ohne jene besondere Verwarnung Vrefeld-Möllers die
Kritik nicht allzu scharf ausfallen, denn die Berichte, die vor dem
Vrefeld-Möllerschen Erlaß erschienen, zeigten ja auch nur selten eine
energische Stellungnahme selbst gegen ganz offen zu Tage tretende
Mängel des Arbeiterschutzes. Seit den Erlassen von 1900 und 1902
sind aber die Beamten in ihrer Berichterstattung derart eingeeignet,
daß die Berichte immer dürftiger werden, statt entsprechend dem An-
wachsen der sozialen Gegensätze in immer größerer Fülle Material
für den Ausbau der Gesetzgebung zu bringen. Will man nicht an-
nehmen, daß die Beamten absichtlich verstummen, weil sie nicht
wagten ihre Beobachtungen mitzuteilen, so bleibt nur die Vermutung,
daß ihre Beobachtungsgabe in den letzten Jahren sehr gelitten hat.
Denn die dritte Annahme, es sei in den Betrieben besser geworden,
wird durch die übereinstimmenden Mitteilungen aus Arbeiterkreisen
hinfiällig gemacht.

Wie sollte auch eine entschiedene Wendung zum Besseren
kommen, wo doch die Beamten gar nicht in der Lage sind, energisch
gegen rücksichtslose Unternehmer vorzugehen. Tritt doch auch hierbei
die Dienstausweisung und zwar schon die von 1891 hemmend in den
Weg. Nach ihr fällt den Beamten nur die Rolle einer „wohl-
wollenden Vermittlung“ zu. Ausdrücklich werden sie verwahrt, den
Unternehmern „unnütze Opfer oder zwecklose Beschränkungen“ auf-
zuerlegen. Was aber unnützig und zwecklos ist — wer hat es zu
entscheiden? Der Chef der Gewerbeaufsicht, jetzt der Herr Minister
Möller, aber kurz oder lang ein anderer an seiner Stelle beständlicher
Vertreter der herrschenden Klasse, in der sich die Kräfte schon seit
alten Zeiten nicht gegenseitig die Augen aushacken. Daher der
festige Widerstand der Regierungen wie des Reichstags, zur
Gewerbeaufsicht unabhängige Vertreter der Arbeiterschaft heran-
zuziehen, wie es unsere Anträge seit Bestehen der Gewerbeaufsicht
fordern. Und aus denselben Gründe — weil Regierung und Unter-
nehmertum eine wirksame Gewerbeaufsicht gar nicht wollen — ist
auch die Zahl der angestellten Beamten trotz aller Proteste
der Arbeiterschaft und ihrer Vertreter eine völlig un-
genügende im ganzen Deutschen Reich, namentlich aber im
Lande des Dreiklassenlandtages.

Der Erfolg ist: Die preussische Gewerbeaufsicht wurde im letzten
Jahre nicht besser, sondern schlechter, indem die Zahl der Beamten
verhältnismäßig ganz bedeutend zurückging.

Der amtliche Bericht teilt das jedoch nicht mit. Er spricht im
Gegenteil von einer Zunahme der Beamtenzahl; 1903 waren
237, 1904 245 Beamte angestellt, macht, laut Bericht, eine Ver-
mehrung um acht Beamte! — In Wirklichkeit waren im Jahre 1904
40 (vierzig) Beamte weniger vorhanden, als entsprechend
dem Vorjahre hätten angestellt sein müssen, obwohl auch damals
bereits eine völlig unzureichende Zahl von Beamten mit Arbeit
überlastet war.

Laut Bericht waren angestellt:

Table with 3 columns: Position, im Jahre 1904, 1903. Rows include Regierungs- und Gewerbeverträte, Hilfsarbeiter der Räte, Gewerbeinspektoren, Hilfsarbeiter der Inspektoren, Hilfsarbeiterinnen, and Summa.

Die 237 Beamten des Jahres 1903 hatten 103 423 Fabriken
und diesen gleichgestellte Anlagen mit 2,5 Millionen Arbeitern zu
revidieren. Die 245 Beamten des Jahres 1904 124 580 Anlagen
mit 2,7 Millionen Arbeitern. Im Jahre 1903 kamen durchschnittlich
auf einen Beamten 436 Betriebe und 105 496 Arbeiter. Demnach
wären zur Revision der im Jahre 1904 vorhandenen Anlagen
124 580 dividiert durch 436, mithin 285 Beamte erforderlich gewesen.
Angestellt waren aber nur 245, mithin im Verhältnis zur
Zahl der revidierungspflichtigen Betriebe 40 Beamte
weniger als im Jahre 1903. Der Bericht erwähnt das nicht;
er weiß nur von den acht mehr angestellten Beamten zu erzählen!

Die Beamten taten, was ihnen nur möglich war, um ihrer Auf-
gabe in bezug auf Revision der Anlagen gerecht zu werden. Während
im Jahre 1903 durchschnittlich auf jeden Beamten 210 revidierte An-
lagen mit 479 Revisionen kamen, stieg diese Zahl im Jahre 1904
auf 241 revidierte Anlagen mit 509 Revisionen, die Gesamtzahl der
Revisionen stieg von 113 004 auf 124 539, also um 11 745,
d. i. 10 Proz. Daraus ist doch nur zu folgern, daß die auf jede
einzelne Revision im Jahre 1904 verwendete Zeit kürzer war als
im Vorjahre — und die Gründlichkeit der Revisionen wird durch
ihre Abkürzung gewiß nicht gefördert.

Und trotz aller Hast und Ueberanstrengung vermochten die
Beamten im Jahre 1904 nicht einmal die 49,2 Proz. der vorhandenen
Anlagen zu revidieren, die sie noch 1903 besucht hatten; sie
kamen nur in 47,5 Proz. der revidierungspflichtigen Anlagen. Außer
durch diese beiden letzten Ziffern verrät der preussische Bericht von
all der Ungenauigkeit der Beamtenzahl nichts. Nur durch umfang-
reiche Berechnungen kann man ein wahres Bild der Revisionstätig-
keit bekommen. Nur so erfährt man auch, welche Landesteile
ganz besonders als Stiefkinder behandelt wurden. Unter dem
Durchschnitt von 47,5 Proz. revidierter Anlagen im Verhältnis zu
den revidierungspflichtigen stehen gerade die industriellsten

Teile Preußens. Während in Ostpreußen 60 Proz. der An-
lagen revidiert wurden, brachte es Potsdam nur auf 46 Proz.,
Magdeburg, Erfurt, Münster, Koblenz auf 44, Gildesheim auf 43,
Berlin und Aachen gar nur auf 35, Düsseldorf auf 31 und Wies-
baden auf 29 Proz. Im amtlichen Bericht für Berlin aber heißt
es stolz: „Die Zahl der Revisionen in Fabriken und diesen gleichgestellten
Anlagen ist von 6525 im Vorjahre auf 8431 im Berichtsjahre ge-
stiegen. Daneben sind noch 2237 (im Vorjahre 2775) Beschäftigungen
von kleinen Betriebsstätten vorgenommen worden.“

Nicht mitgeteilt wird, sondern wieder erst durch Berechnungen
zu finden ist, daß im Jahre 1904 in Berlin von 12 907 Anlagen
4611 revidiert wurden, d. i. 35,5 Proz., während im Vorjahre von
10 439 3625 zur Revision kamen, d. i. 36,2 Proz., also im Vorjahre
mehr als im Berichtsjahre. Daß viele Anlagen namentlich im
Berichtsjahre zwei und dreimal revidiert wurden, so daß die Zahl
der Revisionen bedeutend größer ist als die der revidierten
Betriebe ist zwar anerkanntswert, beweist doch aber nur, daß eine
einmalige Revision sehr oft nicht genügt, um den Arbeiterschutz
gegen die Unternehmern Respekt zu verschaffen, daß also
die Arbeiter in den 8300 Anlagen des Berliner Landpolizeibezirks,
die im Jahre 1904 überhaupt nicht revidiert wurden, auch des
notdürftigsten Schutzes durch Revisionen nicht teilhaftig
geworden sind.

Noch kläglich sind aber die Resultate bei der Revision der-
jenigen Betriebe, die nicht zu den Fabriken und diesen gleichgestellten
Anlagen gehören, die aber auf Grund der nach § 120a der Gewerbe-
Ordnung vom Bundesrat erlassenen Bestimmungen besonders zu
überwachen waren.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Juli.

Zur Ruhstrat-Affäre

Schreibt die „Tägl. Rundschau“:

Die Staatsanwaltschaft soll zwar nach den heutigen
Meldungen beabsichtigen, Revision einzulegen. Es ist je-
doch kaum anzunehmen, daß das von Erfolg be-
gleitet sein wird; wenigstens wird man nicht erwarten
können, daß eine abermalige Verhandlung neue Ergebnisse zutage
fördern könnte. Die „Affäre“ Ruhstrat ist mit den Sprüchen des
Schwurgerichtes zu Ende; sie ist nicht restlos aufgelöst, sondern
sie verläuft im Sande und schließt mit einem „Non liquet“ ab.
Trotzdem wird sie nicht ohne wohltätige Folgen bleiben
können; denn Herr Ruhstrat hat ungeachtet des
verantwortungsvollen Postens, auf den ihn das
Vertrauen seines Landesherren berief, der oldenburgischen
Beamtenhaft kein gutes Beispiel gegeben,
sondern das Großherzogtum unheilbar kompromittiert.
Ob er nun als höchster Justizbeamter Oldenburgs bis 1895 oder
darauf hinaus geipielt hat; ob er die „Lustige Sieben“ dem
„Volern“ vorzog oder sich damit begnügte, beim Etat oder
l'homme Erholung zu finden — Tatsache ist, daß in den ersten
Anfängen des großherzoglichen Beamtenstums so wild gejagt wurde,
wie kaum sonst irgendwo in den deutschen Ländern, obwohl der
Spielteufel doch auch noch in anderen Städten des Reiches
ein unaustrittbares Handrecht besitzen soll. Und zwar spielte man
in Oldenburg ohne Ansehung der Person. Diese Nicht-
anerkennung der Person beschränkte sich in der freundlichen Residenz-
stadt keineswegs darauf, daß das gasstliche Kasino unter seinem
Dach die hohen mit den mittleren Justizbeamten bis zu den
jüngsten, soeben von Examenndnoten befreiten Referendaren herab
vereinigte; sie erstreckte sich vielmehr auch auf die dienenden
Geister, deren Hälfte in der Geldnot niemand in
diesem Kreise verschmähte. Wie es unter solchen Um-
ständen mit der Autorität der Vorgesetzten gegenüber der nach-
geordneten Beamtenhaft oder auch mit dem Ansehen der zur
Rechtspflege Berufenen beim Publikum in Oldenburg bestellt ge-
wesen sein mag, das läßt sich unschwer ermessen.

Die „Tägl. Rundschau“ gibt mit diesen Ausführungen nur den
Eindruck wieder, den der letzte Ruhstrat-Prozess so ziemlich bei der
ganzen Presse hervorgerufen hat. Wie viel ehrliche Entrüstung
hinter solchen Ergüssen „staatserkaltender“ Blätter steckt, ist
freilich eine andere Frage. Aber die Rücksicht auf die Öffentlichkeit
gehört nun einmal, Ruhstrat fallen zu lassen. Je derber man mit
dem einen Ruhstrat umspringt, desto leichter konnte man über die
übrigen Entfaltungen des Ruhstrat-Prozesses, auf die wir in unserem
gestrigen Artikel noch einmal andrücklich hinwiesen, hinwegsehen.

Eine andere Taktik hat, soweit wir die Presse übersehen, nur
das Organ der goldwuchernden Krautjunfer eingeschlagen: die
„Deutsche Tages-Zig.“ Dies Blatt für Volkshauspländerei
und Arbeiternebelung, dessen Spezialität in der letzten Zeit darin
bestand, die wirtschaftliche Wohltätigkeit der Fleischnot und der Not-
wendigkeit der Bestrafung des Kontraktbruchs der ländlichen
Proletarier zu beweisen, bringt es in der Tat fertig, dem Reiner
Weger Leichtfertigkeit der Zeugnisausgabe vorzuturven.
Aber es geht noch weiter! Es behauptet, daß, wenn Weger ver-
urteilt worden wäre, er dann das Opfer einer „Verheugung“ ge-
worden wäre. Diese „Verheugung“ wird dann folgendermaßen
demonstriert:

Man mag über die moralische Seite des Glückspiels
noch so rigoros urteilen, in dem Umfang und vor allem in
dem Rahmen, nämlich dem einer geschlossenen Gesellschaft, in
welchem sich die Oldenburger Spielvorgänge abgespielt haben, ist
ein Grund zu einer allgemeinen Entrüstung, wie sie sich nur über
einen offenbaren Sittenverfall rechtfertigen lassen,
keineswegs gegeben. Namentlich nicht im Vergleich einerseits mit
dem Verhalten anderer Volks- und Gesellschafts-
kreise demselben „Laster“ gegenüber, andererseits
mit dem allgemein sittlichen Niveau des Volkes.
Und es mutet besonders eigenartig an, wenn von einer
Seite dieser Entrüstungssturm angefaßt wird, die sonst für die

\*) Jahresberichte der Tgl. preussischen Regierungs- und Gewerbe-
räte und Bergbehörden für 1904. Mit Tabellen und Abbildungen.
Amliche Ausgabe. Berlin 1905. H. v. Decker's Verlag. 800 Seiten.



fehlende Betätigung der Triebe und Leidenschaften in Wort und in Schrift eintritt, sogar bis zu einem hartnäckigen Kampf um die Legalisierung einer bisher vom Staats- wie vom Sittengesetz in gleicher Weise verpönten geschlechtlichen Verirrung. Und es ist eines der betrübenden Zeichen des Niederganges unserer öffentlichen Erziehung, wenn man sich von derselben Partei, welche eine gefallene Frau eines Königs thrones für wert hält, gegen einen Minister in Paroli bringen läßt, weil er die übliche Umgewohntheit hat, mit guten Freunden hinter verschlossenen Türen ein Glücksspiel zu spielen, welches trotz seiner individualwirtschaftlichen Gefährlichkeit in seiner gewerbmäßigen Ausübung verboten sein würde. Man täusche sich nicht darüber, die Hege ist zwar gegen eine bestimmte Person gerichtet, welche leider eine ziemlich breite Reibfläche geboten hat, es ist aber damit das ganze gesellschaftliche Milieu gemeint. Man will eine neue zwiespältige Moral konstruieren; dem Volk ist alles erlaubt, selbst Verbrechen sind aus dem berühmten Milieu der sozialen Bedrückung oder aber pathologisch usw. zu entschuldigen, die sogenannte herrschende Klasse hat sich aber einer lächerlichen Sittlichkeit zu befleißigen, sonst wird sie gebrandmarkt. Und wer weiß, ob sich an eine öffentliche Anerkennung des moralisch disqualifizierenden Charakters des gesellschaftlichen Glückspiels, wie man sie durch die Kulturhege angehebt hat, nicht eine endlose Kampagne von Denunziationen anschließen wird. Vom Minister wird man auf den Richter, vom den Justiz auf die Verwaltungsbeamten abkommen und damit würden wir einer Zeit entgegengehen, deren Wirkung auf die Sittlichkeit des Volkes gegenüber die „Lustige Sieben“ das reinste Aندرspiel wäre.

Die „Deutsche Tageszeitung“ scheint wirklich ein sehr schlechtes Gewissen zu haben, wenn sie eine endlose Kampagne von Denunziationen fürchtet. Sie scheint die unangenehme Ueberzeugung zu haben, daß es überall nur eines „Reinigungsbedürfnisses“ bedürfte, um eine Anzahl Mißthat-Exemplare aus der Welt zu befördern! Das Junkerorgan muß ja seine Pappenscheiter kennen! Sehr unvorsichtig ist es auch von dem Blatte, an die Spiel-Leidenschaft den Maßstab der geschlechtlichen Leidenschaften angelegt zu haben. Bei einem Jubel der Duellkämpfer spielt ja wohl das ewig-Weibliche seine Rolle. Und beweisen ja die Enthüllungen aus der bekannten „Alchemie Garnison“, daß man sich in den betreffenden Offizierskreisen nicht nur durch ausgedehnte Dämmerkloppen über das Kabalierdasein die Inhaltlosigkeit hinwegzujucheln suchte, sondern daß man auch in allerhand Liebesaffären Abwechslung suchte. Einer der als Zeugen auftretenden Zeugnisse sprach ja damals — unter allgemeiner Heiterkeit des gestrengen Gerichtshofes — das klassische Wort aus, daß er sich „selbstverständlich“ mit kleinen Mädchen amüsiert habe „wie jeder Leutnant“. Und warum spricht das Junkerblatt nur von weiblichen „Eheirungen“ fürlicher Häuser, nicht auch von den doch viel zahlreicheren männlichen?

Und schließlich ist es doch auch ein kleiner Unterschied, ob gewöhnliche Sterbliche — seien es nun Volkstänzer oder nettleidende Blaublütige — einem verbotenen Glücksspiel frönen, oder Justizbeamte, die über die Wahrung der Gesetze zu wachen haben! Der „Deutsche Tageszeitung“ geht aber jedes Unterscheidungsvermögen verloren in der schmerzlichen Verleumdung, daß auch anderwärts Mißthat-Affären aufgedeckt werden könnten. Welche „Wirkung auf die Sittlichkeit des Volkes“ müßte es aber haben, wenn die Sittlichkeit der herrschenden Klasse einmal hilflos hervorträte!

#### Die russische Nationalhymne

ist nach Preußen geschickt und hat hier freundliche Aufnahme gefunden, nachdem sie in Russland selbst ausgepielt hat. Aus Danzig wird uns ein nicht uninteressantes russisch-preussisches Kulturbild von der Jopoteer Sportwoche übermitteln. Vor einigen Tagen, so wird uns geschrieben, protestierten in Jopoteer Stadien mehrere junge Polen, als die Kapelle die russische Nationalhymne spielte. Sie wurden dafür auf das Rathaus zitiert und dort wurde ihnen energisch zu Gemüte geführt, daß sie für diese Todssünde am heiligen Jarisimus sehr leicht als lästige Ausländer ausgewiesen werden könnten. Mit dieser gnädigen Warnung begnügte sich der polizeiliche Kofatenskur aber nicht. Am 13. Juli machte sich im Stregarten nach dem Blumenforso ein zahlreiches Polizeiaufgebot bemerkbar. Und nuphlich begann die Kapelle ganz außerhalb des Programms mit besonderem Schmuck „auf von maßgebender Seite genehmigten Wunsch“ als Einlage die — russische Nationalhymne zu spielen! — Die zahlreich anwesenden Russen und Polen waren jedoch vorständig genug diese künftenpatriotische Gegenemonstration ruhig über sich ergehen zu lassen. So läßt der horussische Polizeipatriotismus immerfort väterlichen blutriebschen Kunde.

#### Die Volksschulreaktion in Anstalt.

Die „Welt. Pol. Anst.“ besprechen die Gerüchte über eine frühzeitige Einberufung des preussischen Landtages. Der Etat, führen sie aus, werde an dem üblichen Januartermin nicht vorgelegt werden können, so daß seine Einberufung auf eine frühere Einberufung außer Betracht bleibt. Jedoch es gibt ja „nach eine andere Vorlage, die bestimmt auf die geschäftlichen Dispositionen einwirken könnte, das ist das Volksschulunterhaltungs-Gesetz, von dem nunmehr als sicher gilt, daß es den Landtag in der nächsten Tagung beschäftigen wird. Es stellt eine so wichtige und umfassende Vorlage dar, daß sehr wohl die Frage aufzuwerfen werden könnte, ob nicht mit Rücksicht auf die der Landtag schon im Herbst zusammenberufen werden sollte. Man hat Zustimmung hierzu ja auch in der letzten Tagung des Abgeordnetenhauses zu hören bekommen. Ob die Entscheidung jedoch am letzten Ende in dieser Richtung ausfallen wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls würde die Rückficht auf diesen Gesetzesentwurf wohl der einzige Beweggrund für die frühere Einberufung sein. Andere zu erwartende Entwürfe, wie die Novelle zum Einkommensteuer-Gesetz, die Vorlage über die Anlage der Bekände der Sparkassen usw., liegen sich wohl glatt erledigen, auch wenn die Tagung erst im Januar nächsten Jahres eröffnet würde. Vor Ende September dürfte die Entscheidung des Staatsministeriums in dieser Frage aber kaum zu erwarten sein.“

#### Haarsträubende Soldatenshändereien.

Zwei Säubermächte hatten sich in den Gefreiten der Reserve Forstmann aus Wesel und Siegel aus Sagenau vor dem Kriegsgericht in Düsseldorf wegen Soldatenshändereien, die sehr weit zurückliegen, zu verantworten. Diese beiden dienten in den Jahren 1900 bis 1902 bei der 10. Kompanie des 2. Garde-Regiments zu Fuß; es wurde ihnen, da sie Gefreite waren, eine Rekrutenabteilung unterstellt. Die Gewalt, die diesen Verbrechen übertragen war, mißbrauchten sie in einer Weise, die schändlich macht. Tag für Tag wurden ihre Untergebenen mißhandelt, sie erhielten Ohrfeigen, Fußtritte, Stockschläge und so weiter. Eine Lieblingsbeschäftigung war es für diese Leute, Kinder, den Rekruten mit dem Seitengewehr so lange auf die Fingerspitzen zu schlagen, bis sie ohnmächtig zusammenbrachen. Dann mußten die Leute am glühenden Eisen Gewehr frecken, bis sie misfielen, oder auf dem Spindel in der Anhebe liegen und einen Schemel strecken bis zur Bewußtlosigkeit. Oft wurden die Leute kommandiert, sich die Hände mit Stiefelschmiere zu beschmieren und sich gegenseitig ins Gesicht zu schlagen.

Sehr mitgenommen wurde ein junger Rekrut mit Namen Hoffmann. Dieser Mann war mit einem Blaslein behaftet und nähte aus dem Grunde öfter des Nachts sein Bett. Hoffmann schnürte nun diesem Manne wiederholt das männliche Glied mit einem Bindfaden eng zusammen, band ihn mit Händen und Füßen an den Bettposten fest und ließ ihn trotz seines Wehgeschreies geruame Zeit in dieser Situation.

Verstohlen mußte sich Hoffmann auf Befehl seiner Stellvertreter anhängen, damit er aus der Luft käme, wie diese ihm dem Befehle nach, er besetzte einen Strich an einem in der Decke befindlichen Haken, stellte sich auf einen Schemel, der auf einem Tische stand, und streckte seinen Kopf durch die Schlinge. Der Schemel wurde fortgezogen und ließ man dann den Mann, der in seiner Todesangst Gebete stammelte, hängen, bis er bewußtlos wurde. Erst dann wurde er herabgenommen und so lange von Forstmann mit einem Weisenspieß geschlagen, bis er wieder zur Besinnung kam. Die Prozedur des Hängens mußte Hoffmann auch am Bettposten machen, und zwar auch unter den größten Mißhandlungen. Was nun an der Sache unbegreiflich erscheint, ist, daß nicht allein seiner der Mißhandlungen sich zur Wehr setzte, was doch so menschlich erklärlich gewesen wäre, nein, daß nicht einmal einer derselben eine Beschwerde einreichte! Im Gegenteil, der Kadabergehoram war den Leuten schon so in Fleisch und Blut übergegangen, daß sie sich auf Kommando gegenseitig mißhandelten. Die Sache wäre nicht in die Öffentlichkeit gedrungen, wenn nicht Hoffmann nach seiner Entlassung vom Militär einen Arzt hätte konsultieren müssen. Dieser führte die Krankheitserscheinungen auf die Mißhandlungen zurück, die Hoffmann beim Militär erlitten, erst dadurch kam die Sache ins Rollen und wurde Forstmann verhaftet. Weil die Reinger schon ins Zivilverhältnis zurückgekehrt waren, wurde die Anklage am Kriegsgericht zu Düsseldorf, das für den Wohnort Forstmanns zuständig war, verhandelt. Nachgewiesen wurden dem Forstmann 118 und dem Siegel 78 Fälle von Mißhandlungen. Das Urteil lautete für den ersteren auf 3 Jahre Gefängnis, die Untersuchungshaft wurde angerechnet, für den letzteren auf 3 Monate Gefängnis.

Werkwürdigerweise sollen die Vorgesehen der beiden Soldaten keine Ahnung von deren Treiben gehabt haben! Interessant ist noch, daß die beiden Angeklagten nur zu ihrer Entlastung anzuhören hatten, es habe sich ihrer Ansicht nach nur um einen „Miß“ gehandelt, der in den Kasernen so üblich ist.

Der Vertreter der Anklage führte aus, daß hier unerhörte Mißhandlungen vorlägen, die aber 5 Jahre zurückdatierten und heute nicht mehr vorkommen könnten (!). Das Vertrauen der Rekruten zu ihren Vorgesetzten sei heute ein ganz anderes, ebenso sei die Pflichtbewußtheit der Unteroffiziere durch die ihnen immer wieder vorgehaltene Willensäußerung des Kaisers, betreffend die Behandlung Untergebener, ganz bedeutend gewachsen. Der gute Mann, die Soldatenshändlungen liegen, wie schon oft in diesem Blatte ausgeführt, in dem System, sie sind bedingt durch die außergewöhnliche Macht, die den Unteroffizieren, gewöhnlich ganz ungebildeten Leuten, verliehen ist; die Soldatenshändlungen werden nicht früher verschwinden, bis das System verschwindet.

Es ist auch überaus kennzeichnend für unseren Militarismus, daß eine solche Bestie in Menschengestalt wie Forstmann mit einer unendlichen gekühderten Strafe davonkommt als jeder der beiden Altonaer Reservisten, die im Zustande der Betrunktheit und im Wahne, nicht mehr der militärischen Disziplin zu unterstehen, Ausschreitungen begangen hatten, durch die keinem Menschen ein Leid zugefügt worden war!

Die verdamnten Zeitungen. Aus Halle berichtet man uns unterm 17. Juli: In der heutigen Stadtvorordneten-Sitzung, die von 4 Uhr nachmittags bis 7/10 Uhr abends dauerte, kamen wieder neue Ständelgeschichten zur Sprache. So teilte der liberale Stadtverordnete Döhler in Form einer Anfrage mit, daß die Fiedrich kirchlich wegen schlechter Behandlung durch den Schlachthausdirektor Reimers gestreift haben. Der Tierarzt Kling, der sich vergiftet hat, soll, so vermutet man, wegen Maßnahmen des Direktors Selbsterdungen begangen haben. (Zweiter Fall Volkspolizist Neubauer.) In einem Falle der Beiseitigung eines alten bewährten Beamten und Bedrohung eines jüngeren war man von bürgerlicher Seite dem Magistrat hindern Andank vor. Der Bürgermeister v. Hohl meinte bitter klagend: Meine Herren, es ist doch sehr peinlich, solche Dinge, mag es noch so gut gemeint sein, hier in aller Öffentlichkeit vorzubringen. Sie wird das Vertrauen zum Magistrat, überhaupt zur ganzen Stadtverwaltung erschüttert, wenn man nun solche Sachen auch noch in die Zeitungen bringt. Da gibt es kein Vertrauen der Untergebenen zum Vorgesetzten mehr. — Rüber wurden die Skandale nach berühmten Mustern „als Einzelfälle“ bezeichnet. — Es wird nicht mehr lange dauern, dann sagt man, die Zeitungen haben die Skandale verschuldet. In Halle ist alles möglich.

Auf die kritische Situation in Kamerun wirft folgende Gouvernementsverfügung ein bezeichnendes Licht: Durch eine sofort in Kraft getretene Verordnung des Gouverneurs von Kamerun vom 14. April 1903 ist die Einfuhr von Handespulver und Vorderladern nach Kamerun verboten und zugleich bestimmt worden, daß diese Gegenstände auch aus den amtlichen und privaten Lagerhäusern vorläufig nicht herausgegeben werden dürfen. Man rechnet also allen Anschein nach mit der Gefahr einer allgemeinen Erhebung.

#### Unmöglichkeit Diskussion.

In einer Artikelserie über die Folgen des japanischen Krieges und die Sozialdemokratie kommt Kautsky in der „Neuen Zeit“ auf die Stimmung in der deutschen Sozialdemokratie und den politischen Massenstreik zu sprechen. Nach einigen Ausführungen, daß und warum er eine Diskussion des politischen Massenstreiks für nötig hält, polemisiert er gegen den Artikel des „Vorwärts“ in Nr. 146, in dem die Schrift der Genossin Roland-Holst besprochen wurde.

Kautsky beginnt mit der unrichtigen und durch nichts Begründeten Vermutung, daß das Zentralorgan das Diskutieren des Massenstreiks verpene. Jedenfalls um den Einklang zwischen Partei und Gewerkschaften anrechtzubehalten, ein Ziel, welches das Zentralorgan allerdings als eine der wichtigsten Aufgaben ansieht, die es sich stellen muß, dessen Erstredung aber nicht das geringste mit dem Standpunkte zu tun hat, den wir in der Frage des Massenstreiks einnehmen.

Dann fährt K. fort: „Er (der „Vorwärts“) hat einmal die ganze Schrift nicht verstanden, wenn er ihr vorwirft, sie mache den politischen Streik „als einen unter ganz bestimmten Verhältnissen möglichen und erforderlichen Akt der proletarischen Notwehr zur Methode des Massenkampfes, zum eigentlichen Mittel des proletarischen Sieges“. Zur Widerlegung dieses Vorwurfs zitiert Kautsky einen Absatz aus der Roland-Holst'schen Schrift, in dem dargelegt wird, daß die Sozialdemokratie im politischen Massenstreik seinen Gegenpart, sondern eine Ergänzung ihrer bis-

herigen Mittel und Methoden sieht, daß der politische Massenstreik vor allem nicht im Widerspruch zum Parlamentarismus steht, daß er eine nur selten, in bestimmten geschichtlichen Situationen anwendbare Waffe ist. Kautsky bemerkt dazu: „Unser Zentralorgan kritisiert sie (die Schrift), ohne auch nur begriffen zu haben, was sie sagt“, und „dieses Mißverständnis ist das einzige, was es vorzubringen weiß, um Methode und Schlussfolgerungen des Buches abzulehnen“. In Wahrheit ist von einem „Mißverständnis“ keine Rede. Es ist uns natürlich gar nicht eingefallen zu behaupten, daß Genossin Roland-Holst in ihrer Schrift die bisherige Taktik der Sozialdemokratie verwirft oder daß sie den politischen Massenstreik für eine fortwährend und in allen möglichen Situationen anwendbare Waffe ausgibt. Kautsky aber gibt von unserer Darstellung ein völlig verzerrtes Bild. Kein unberechtigter Leser des Artikels kann behaupten, wir hätten den Gedankengang der Schrift nicht sachgemäß wiedergegeben. Wenn wir dann unseren Gesamteindruck von der Wertung, die der politische Massenstreik in der Roland-Holst'schen Schrift findet, in den Satz zusammengefaßt haben, daß die Schrift den politischen Streik „als einen unter ganz bestimmten Verhältnissen möglichen und erforderlichen Akt der proletarischen Notwehr zur Methode des Massenkampfes, zum eigentlichen Mittel des proletarischen Sieges“ erhebe, so entspricht das allerdings u. E. der Tendenz der Schrift vollkommen. Der Vorwurf, daß Genossin Roland-Holst selbst den Massenstreik „als eine nur selten, in bestimmten geschichtlichen Situationen anwendbare Waffe“ bezeichnet, vermag die allgemein in der Schrift hervortretende und sie beherrschende Anschauung nicht zu beseitigen, daß die politische und wirtschaftliche Entwicklung mit Notwendigkeit in Situationen führe, in denen der politische Streik das wesentliche und entscheidende Kampfmittel des Proletariats sei. Es liegt uns so wenig ein Mißverständnis der Schrift vor, da wir vielmehr ausführlich dargestellt haben, wie die Verfasserin in der Einschätzung des Massenstreiks nicht widerspruchlos ist, wie sie von der Auffassung, daß der politische Massenstreik ein Ausnahmefall sein kann, schließlich dahin gelangt, ihn als eine unvermeidliche Regel des proletarischen Kampfes und Sieges anzufassen. Wir haben weder etwas mißverstanden noch etwas nicht verstanden, wie Kautsky, ohne unsere Darstellung objektiv wiederzugeben, hochmütig meint.

Jedoch soweit war Kautsky's Polemik gegen unsere Ausführungen, wenn auch höchst unzureichend, so doch noch innerhalb der Grenzen, in denen eine sachliche Diskussion möglich ist. Dann aber vollbringt Kautsky das Folgende, das wir vollinhaltlich wiedergeben müssen:

„Was es (das Zentralorgan) außerdem darüber sagt, gilt dem Kautsky, daß die ganze Diskutierung des Massenstreiks überflüssig ist. Denn es bestehe die Gefahr, daß „durch das eifrige Studieren und Diskutieren solcher Fragen die Phantasie der Arbeiter auf unheimliche Hoffnungen gerichtet und von wichtigen, näherliegenden Aufgaben abgezogen wird — ganz abgesehen davon, daß das reichliche Reden von und Proben mit der Revolution mehr geeignet ist, die reaktionären Zetelungen gegen die Sozialdemokratie zu stärken, als die Arbeiterkraft zur Entschlossenheit zu erziehen“ usw. Dann: „der oberste Grundzug der sozialdemokratischen Taktik ist und bleibt die Revolutionierung der Köpfe“; weiter: in einem Ausnahmefall „sind alle Mittel der Notwehr berechtigt, nicht nur der Massenstreik“; ferner ist „in jedem Lande die Situation eine besondere“; und endlich „wir wünschen wenig Worte, kraftvolles Handeln“.

Die ganze lange Vitale, aus der wir hier nur einen Auszug geben können, erinnert lebhaft an die Reden, die Sancho Panza an Don Quixote richtet, wobei er, wenn er recht weiß erscheinen will, einen Haufen von Spöhwörtern zusammenträgt, die kein Mensch bestreiten kann, die aber mit der Sache nichts zu tun haben oder vielmehr ebenfugot bei jeder anderen Gelegenheit vorgebraucht werden können.

Es gibt in der Tat keine große taktische Frage in der Partei, von Fragen des Endziels gar nicht zu reden, deren Diskutierung man nicht mit diesem Ragout von Gemeinplätzen abtönen könnte.

Diese Knebeligkeiten aber sind alles, was unser Zentralorgan bisher aus eigenem zur Diskutierung des Massenstreiks beizubringen gewußt hat. Kein Wunder, daß sie ihm unbecomem ist. Ist doch noch nie die Unfähigkeit des „Vorwärts“, der Partei in inneren Parteifragen als führendes Organ in seiner jetzigen Form zu dienen, so deutlich zutage getreten als bei dieser Gelegenheit. Natürlich ist unter einem führenden Organ nicht ein kommandierendes zu verstehen, sondern eines, das durch die Tiefe und Weite seiner Gründe, durch sein Wissen und seine Erfahrung allgemeine Beachtung und Anerkennung erobert.

Zum Glück steht der „Vorwärts“ aber mit seiner Abneigung gegen das Studieren und Diskutieren solcher Fragen in der Partei so ziemlich allein: soweit man nach der übrigen Parteipresse urteilen darf, teilen außerhalb der Redaktion unseres Zentralorgans nur wenige Parteigenossen die etwas lokale Anschauung, daß durch derartige „Studieren und Diskutieren“ nur die Phantasie der Arbeiter ungesund entzündet und von nützlicher Tätigkeit abgelenkt wird, und so hat auch fast die gesamte Parteipresse der Diskutierung des Massenstreiks bisher schon mehr Interesse und Verständnis entgegengebracht als unser Zentralorgan, so daß dessen Verständnislosigkeit nicht der Partei aufs Konto geschrieben werden darf.“

Es läßt sich schwer vorstellen, daß noch oberflächlicher und noch mehr unsachlich polemisiert werden kann, als es hier seitens Kautsky geschieht. Wir haben nicht die erste Auseinandersetzung mit Kautsky über parteiliche Fragen, aber, so lebhaft wir aneinander gerieten, es blieb doch immerhin noch das Bewußtsein, daß der andere Teil sachlich seinen Standpunkt vertreten will und daß die Auseinandersetzung nicht ohne Vereinerung und Belehrung angeht. Hier aber ist nicht eine Spur von Sachlichkeit geblieben, geschweige denn von der Pflicht zur Kameradschaftlichkeit, wie sie unter Parteigenossen herrschen soll.

Das einzig Tatsächliche, was Kautsky sagt, ist unrichtig. Er verneint das Verständnis der übrigen Parteipresse gegen die Verständnislosigkeit des „Vorwärts“ auszuspielen. In Wahrheit haben sich bisher nur wenige Parteiblätter über den politischen Massenstreik ausgesprochen, und unter den wenigen herrschen erhebliche Nuancen der Auffassung, von der „Verständnislosigkeit“ ganz zu schweigen, die der Gewerkschaftskongress gezeigt hat.

Kautsky vertritt die Ansicht, der politische Massenstreik müsse eifrig diskutiert werden. Wir dagegen haben dargelegt, daß bei allen diesen Auseinandersetzungen nicht irgend etwas Greifbares herausgesprungen ist, was über das hinausgeht, was wir vertreten, daß nämlich in bestimmten Situationen das Proletariat jedes Mittel des Kampfes, nicht nur den politischen Massenstreik, benutzen soll. Aber sei es, Kautsky will studieren und diskutieren. Und nun, da jemand es wagt, seiner Anschauung im geringsten entgegenzutreten, beginnt er das Diskutieren in solcher Art, daß die Diskussion sofort am Ende ist. Er reißt einige Worte aus dem Zusammenhange und überhäuft uns mit Invektiven. Wie soll diskutiert werden, wenn die „Neue Zeit“ sich zumutet, Parteigenossen in dieser hochfahrenden Sprache abzumampfen, ohne in allermindesten irgend etwas Sachliches zu sagen!

Die Schmähungen Kautsky's berühren und persönlich nicht. Wir tun unsere Pflicht im Dienste der Partei nach unserem besten Wissen. Wohl aber müssen wir im Parteiinteresse die Ueberhebung und Annahme der „Neuen Zeit“ auf das allernachdrücklichste zurückweisen. Wie soll sich eine Diskussion über den Massenstreik gestalten, wenn die „Neue Zeit“ schon im ersten Anfang der Diskussion statt sachlicher Erörterung nur auf Verunglimpfung



und Herabsetzung ausgeht? Sollten wir Kautsky antworten, indem wir seine Methode der Polemik aufnehmen, wozin müßte ein solcher Streit Gehässigkeit führen!

Recht denn Kautsky das Verständnis, daß eine Polemik, wie er sie betreibt, vielmehr der Tod jeder Diskussion ist? Geht ihm so sehr jede Empfindung für die Wirkung seines Treibens ab, daß er nicht zu erkennen vermag, wie sehr diese publizistischen Insinuationen die Achtung vor den leitenden Personen der Partei in der Öffentlichkeit herabsetzen müssen? Ist ihm so sehr jede Fühlung mit der Arbeiterschaft abhanden gekommen, daß er nicht weiß, wie sehr die Arbeiterschaft von diesen Litteratenmähnen überfättigt ist?

## Husland.

Warum norwegische Republikaner einen neuen König verlangen,

geht aus einem „Politische Ideale“ überschriebenen Artikel hervor, der dieser Tage im „Dagbladet“ erschien und, wie man annimmt, von dem Staatsminister Löfblad inspiriert worden ist. Es heißt darin:

„Ein großer, vielleicht der größte Teil unseres Volkes sieht in der republikanischen Staatsform ein Ideal, das es gerne verwirklicht wissen möchte. Wir gehören zu denen, die in der Republik die Verfassung erblicken, die am besten zu unseren sozialen und ökonomischen Verhältnissen paßt. Wir meinen im allgemeinen, daß sie die ideale Form für das politische Leben eines Volkes ist. Diese ideale Staatsform sollte man selbstverständlich durchzuführen versuchen, wenn das ohne Risiko für unsere Unabhängigkeit und den Frieden geschehen kann. Sollte eine eingehende Untersuchung zu dem Ergebnis führen, daß bis zu dem Zeitpunkt, wo es sich um Sein oder Nichtsein als selbständiges Volk handelt, eine monarchische Verfassung die beste Wehr und Waffe des neuen Norwegens ist, so müssen wir der Wahrheit in die Augen sehen und danach handeln, so schwer es auch den meisten von uns fallen möge. Wir sagen nicht, daß es so kommen wird, sondern nur, daß es so kommen kann. Wir sollten uns wohl versehen, daß wir nicht dazu kommen, das Leben für die Form zu opfern.“

Nach diesen Ausführungen kann man annehmen, daß gewisse Monarchen ihren Einfluß geltend machen, um wenn nötig mit Gewalt den Norwegern einen neuen König aufzudrängen, obgleich sie keinen haben wollen und keinen brauchen. Sehr geschmackvoll ist es ja nicht, wenn man einem Arbeitgeber einen Gefellen aufdrängen will, obwohl er seiner nicht bedarf; doch das spielt jedenfalls bei der monarchischen Stellungsvermittlung keine Rolle.

## Frankreich.

Eine Kolonialbestie.

„Le Temps“ veröffentlicht eine Korrespondenz aus Tonkin, in der mitgeteilt wird, daß der französische Verwaltungsbeamte namens P i e g e o t sich das Leben genommen habe. Gegen Liegeot schwebte ein Untersuchungsverfahren wegen Grausamkeiten, die er an Eingeborenen verübt hat. Die bisherige Untersuchung hat ergeben, daß dieser würdige Vertreter europäischer Zivilisation ein ganzes System der barbarischsten Qualereien in Anwendung brachte, um Angehörige zu einem Geständnis zu bringen. Die Haare sträubten sich zu Berge, wenn man lief, wie zum Beispiel Angehörige, die nicht gesehen wollten, mit geflochtenen Seidenenden, die mit Wasser durchtränkt und in welche scharfe Gegenstände wie Nadeln usw. eingeflochten sind, auf den nackten Körper blutig geschlagen und ihre blutigen Wunden dann mit Ammoniak oder Salz bestreut wurden. Andere wurden an Händen und Füßen gefesselt und ihr Hals über die Spitze eines Bajonets gebracht, gestanden sie nicht, so wurden sie durch Schläge auf den Kopf in das Bajonett gestossen, oftmals bis tiefes den Hals durch ins Gehirn drang. Dieser entmenschte Kulturträger hat sich durch Selbstmord der Strafe entzogen, aber die begonnene Untersuchung dürfte wohl noch mehr Schuldige finden, denn es scheint unmöglich, daß der Unhold jahrelang seine Grausamkeiten ausführen konnte, ohne daß seine Vorgesetzten oder andere Beamte davon Kenntnis erhielten. So werden die allerchristlichsten Länder Europas der Reihe nach durch die schrecklichsten Verbrechen, verübt durch ihre Kulturträger an den „minderwertigen“ Rassen vor der wahren Kultur und Menschlichkeit an den Pranger gestellt: Das bigotte England, das guttatholische Frankreich und das protestantische Deutschland, sie alle haben einander nichts vorzuwerfen. —

Deroulde will keine Gnade. Der Nationalist Daries hat mit seinen heftigen Angriffen und seiner lang ausgebreiteten Rede in der letzten Sitzung der Kammer seinen in der Verbannung weilenden Freunden keinen guten Dienst geleistet. Das von der Regierung eingebrachte Amnestiegesetz konnte vor Sessionsschluß durch die Schuld Daries nicht mehr zur Annahme gebracht werden, und so ließ Rouvier alle von dem Amnestiegesetz Eingeschlossenen vom Präsidenten begnadigen. Diese Begnadigung hebt aber die Rechtsfolgen der Strafe nicht auf, und so kommen die aus der Verbannung Zurückkehrenden zunächst nicht in den Vollbesitz ihrer politischen Rechte; damit werden sie mindestens bis zum Herbst warten müssen, wenn dann das Amnestiegesetz nachträglich noch erledigt werden wird. Buffet, Laur-Salutes und andere Royalisten haben den Präsidenten wegen der Begnadigung in Telegrammen zwar tüchtig angepöbel, sie haben sich aber „überwunden“ und trafen mit dem nächsten Zuge in Paris ein. Deroulde aber will die Gnade von der Republik nicht annehmen, sondern die Amnestie abwarten; er hat seinen bisherigen Verbannungsort San Sebastian in Spanien verlassen und begibt sich nach Wien. Im Herbst aber kommt er nach Paris, und dann wehe der Republik! Doch der arme Gaul wird sehr enttäuscht sein, die schönen Zeiten des Boulangismus sind unwiederbringlich dahin. —

## Italien.

Die Wohnungsfrage in Rom.

Rom, 15. Juli. (Eig. Ber.) Der hiesige „Messaggero“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem neuen Bürgermeister von Rom, Cruciani Adibrandi, über das hier besonders dringende Wohnungsproblem. In Rom besteht ein so großer Wohnungsmangel, daß sich tatsächlich zeitweise Hunderte von Familien ohne Obdach befinden, obwohl sie in stände und gewillt wären, den Preis für eine bescheidene Wohnung aufzubringen. Der Arbeiter bezahlt ein Minimum von 20 Lire per Mann; meist kommt auf jedes Zimmer eine Familie, auch die Küche ist in der Regel abvermietet.

Der neue Bürgermeister erklärte, daß er sich des ungeheueren Ernstes des Problems bewußt sei. Die Stadtverwaltung werde den riesigen Erzerkerplatz im Norden der Stadt, unweit des Monte Mario zur Bebauung bestimmen und dort ein neues großes Viertel erstellen lassen. Die Baustellen sollen zu einem Vorzugspreise von 3 Lire pro Quadratmeter an Unternehmer abgegeben werden, die sich verpflichten, zu mäßigen Preisen kleine Wohnungen zu vermieten und 20 Jahre hindurch die Miete nicht zu steigern. Die Pläne der neuen Häuser müssen vor dem Anlauf des Bodens von der Stadt gebilligt werden. Bemerkenswert ist, daß der Bürgermeister Wert darauf legt, daß in dem neuen Viertel auch Baustellen zu Vorzugsbedingungen für den Bau von Villen abgegeben werden, damit, wie er sagt, nicht ein modernes Ghetto, ein ausschließliches Arbeiterviertel entstehe, sondern eine Gegend, in der alle sozialen Klassen nebeneinander wohnen. In der Tat besteht auch in heutigen Rom nicht die Scheidung in arme und reiche Viertel in der Schärfe, die die deutschen Großstädte charakterisiert.

Der Bürgermeister äußerte auch sehr vernünftige Ansichten über die Umgestaltung Roms in eine Industriestadt.

Offentlich handelt es sich nicht nur um leere Versprechungen. —

## England.

Die Frage des Asylrechts.

Bei der Beratung der Fremdenbill bringt die Regierung im Unterhaus einen Antrag ein, nach welchem der Mangel an Lebens-

unterhalt kein Grund sein soll, einen Fremden auszuschließen, der nach England nur einwandern will, um zu vermeiden, daß er aus religiösen oder politischen Gründen oder wegen politischer Vergehen verfolgt oder bestraft wird, oder um einer Verfolgung wegen religiöser Überzeugungen zu entgehen. Der Antrag wurde angenommen, nachdem alle Redner dafür eingetreten waren, daß für Flüchtlinge, die aus politischen oder religiösen Gründen in England eine Zuflucht suchen, das Asylrecht aufrechterhalten bleibe.

Die englische Regierung vermag sich also doch nicht auf den erhabenen Standpunkt eines Palao emporzuschwingen, der die „Schonrörer und Verschwörer“ über die Grenze schiebt und dafür den russischen Volkspolizeion sogar in der Reichshauptstadt weitgehendstes Gastrecht gewährt! —

## Amerika.

Ein großes Defizit.

Bei Abschluß des Fiskaljahres am 30. Juni zeigte sich im Budget der Vereinigten Staaten ein Defizit von beinahe 25 000 000 Dollar. Trotzdem die Einnahmen noch etwas höher waren als im Jahre vorher und das Jahr 1904 einen Ueberschuß (nach dem gewöhnlichen Stande der Einnahmen und Ausgaben) ergeben hatte, stand man diesmal vor einem großen Defizit. Der Ueberschuß von 1904 wurde herabgerechnet, indem man die Verwilligungen von 50 Millionen Dollar für den Panamakanal und 5 Millionen für die Weltausstellung in St. Louis nicht mit in Betracht zog.

Aus der folgenden vergleichenden Uebersicht kann man ein Bild der Finanzlage gewinnen:

|   | Einnahmen im Jahre 1905: | im Jahre 1904:                    |
|---|--------------------------|-----------------------------------|
| Aus Zöllen                                | 281 500 000 Doll.        | 282 000 000 Doll.                 |
| Steuern                                   | 283 500 000              | 232 400 000                       |
| Verchiedene Einnahmen                     | 48 000 000               | 46 700 000                        |
| Summa                                     | 543 000 000 Doll.        | 541 100 000 Doll.                 |
| Ausgaben im Jahre 1905:                   | im Jahre 1904:           |                                   |
| Für das Militärwesen                      | 122 300 000 Doll.        | 115 800 000 Doll.                 |
| Für die Marine                            | 117 300 000              | 102 800 000                       |
| die übrigen Departements und Verchiedenes | 147 200 000              | 132 400 000                       |
| Für die Indianer                          | 14 600 000               | 10 400 000                        |
| Für das Postwesen                         | 141 700 000              | 142 600 000                       |
| An Zinsen                                 | 24 500 000               | 24 500 000                        |
| Summa                                     | 567 700 000 Doll.        | 528 000 000 Doll.                 |
| Defizit 1905:                             | 24 700 000 Doll.         | Ueberschuß 1904: 13 100 000 Doll. |

Schon im vorigen Jahre richtete sich die allgemeine Aufmerksamkeit auf die gewaltigen Ausgaben für Meer und Marine, und diese hohen Zahlen sind weiter in die Höhe gegangen. Dabei ist ein Ende noch gar nicht abzusehen, wenn die großartigen Plottenpläne, mit denen man sich in den leitenden Kreisen trägt, zur Ausführung gelangen. Das Defizit ist diesmal unerwartet groß geworden; erst vor einigen Monaten kündigte der Schatzminister Bhat an, daß es höchstens 18 Millionen betragen würde. Jetzt sieht man auf neue Mittel, das Defizit zu decken. Demgegenüber erinnern einige Zeitungen daran, daß es früher amerikanische Gepflogenheit gewesen sei, die Ausgaben nach den Einnahmen einzurichten. Der nimmerjatte Militarismus, den sich die Amerikaner aufgeladen haben, ist nicht so leicht zu befriedigen, wie vielleicht mancher geglaubt hat. —

## Die russische Revolution.

Das Bureau des Semstwo-Kongresses in Moskau hat dem Generalgouverneur erklärt, der Kongreß verleihe nicht das Gesetz, sondern verfolge Zwecke, „die dem kaiserlichen Erlaß entsprechen“. Der Generalgouverneur antwortete, die Polizei habe ohne sein Wissen die Sitzung schließen wollen, er werde sich jedoch in Petersburg dafür verwenden, daß der Kongreß gestattet werde.

Der „N. Jr. Pr.“ wird aus Petersburg gemeldet: Im Widerspruch zu der Nachricht, der Zar werde erst am Geburtsstage seines Sohnes, am 12. August, in Moskau die bevorstehende Einberufung der Volksvertreter verkünden, heißt es jetzt, der Zar habe beschlossen, schon am 22. Juli a. St. zu diesem Zweck nach Moskau zu reisen. Die Großfürstin Elisabeth Feodorowna soll ihre Schwester, die Zarin, in einem Briefe beschworen haben, ihren Einfluß auf den Zaren auszubieten, um die Hinausschiebung der Fahrt und der Proklamierung der Verfassung zu verhindern. Fürst Swiatopolk-Mirskij soll zum Präsidenten der neuen Reichsduma ernannt werden.

Ein Telegramm der „Köln. Ztg.“ vom 17. d. M. teilt über die Frage der „Volksvertretung“ folgendes mit:

„Die Erlegung des Ministers des Innern Bulghin durch den Grafen Ignatjew scheint nunmehr außer Zweifel zu sein. Ebenso wird bestätigt, daß der Plan Bulghins, bevor er die kaiserliche Sanktion erhält, noch der Versammlung der höchsten Würdenträger zur Prüfung vorgelegt werden wird. Kaiserin Wilhelmine wird beabsichtigt, im Laufe von zwei bis drei Wochen noch wünschenswerte Änderungen vorzunehmen und eine weitere Ausgestaltung des Planes in der ersten Session den Volksvertretern zu überlassen. Uebrigens soll durch die erwähnte Begutachtung des Planes die Veröffentlichung des Erlasses über die Einberufung der Volksvertreter nicht verzögert werden. Der Erlaß wird spätestens Ende Juli erwartet, der Zusammentritt wird aber wahrscheinlich erst in der ersten Hälfte des November erfolgen. Gerüchte bezeichnen den früheren Minister des Innern, Fürsten Swiatopolk-Mirskij, als Präsidenten der Gosudarstwennaja Duma. Ein anderer Fortschrittorgan, „Syn Detskij“, beziffert die Zahl der Volksvertreter auf 500; in jedem Gouvernement würde auf je 250 000 Einwohner ein Volksvertreter kommen. Die Wahlen sollen durch die Gouvernements-Wahlversammlungen vollzogen werden, ausgenommen in den großen Städten, die selbständige Wahlkreise darstellen.“

Rom 14. bis 16. Juli fand in Finnland ein Kongreß von Vertretern der Berufsverbände statt, in dem beschlossen wurde, alle demokratischen Elemente zu mobilisieren zur Veranstaltung von Massenlandbesetzungen gegen Bulghins Plan einer Reichsduma wie überhaupt gegen jede Volksvertretung, die nicht auf dem allgemeinen Stimmrecht ohne Unterschied der Nationalität und der Konfession beruht.

## Was geht in Kronstadt vor?

Eine Meldung aus Petersburg vom 18. Juli besagt: Der Chef des Marinekabs dementiert die auswärts verbreitete Meldung, daß auf dem Minenschiff „Imperator Alexander II.“ ein Anbruch der Matrosen stattgefunden habe, und erklärt diese Nachricht für vollkommen erfunden.

An demselben Tage aber wird aus Petersburg dem „Central-News“ berichtet, daß am Montag in Kronstadt verzweifelte Aufstände stattgefunden haben. Es wurden von anführerischen Marine-mannschaften neun öffentliche Gebäude gestürmt und geplündert. Die Anzahl der Getöteten und Verwundeten ist noch unbekannt.

In Petersburg dauert ein erbitterter Kleinkrieg zwischen der Polizei und den Revolutionären fort. Es sollen in letzter Zeit 2000 Revolver, viele hundert Bomben beschlagnahmt und vierzehn geheime Druckereien entdeckt worden sein. (F)

## Offizielle Meldung aus Tiflis.

Die Regierung veröffentlicht im „Regierungsboten“ eine Bekanntmachung, in der es heißt: Die russischen Arbeiter der Eisenbahnenwerkstätten in Tiflis, gegen 1000 Mann, waren seit Beginn der Unruhen in der Stadt das Ziel der systematischen Verfolgungen der Agitatoren. Am 14. d. M. wurde ein Attentat auf die Arbeiter unternommen, die sich widersetzten und noch den Forderungen der Revolutionäre Widerstand entgegenstellten. Am 8. Uhr morgens erkrankten 20 Arbeiter, die zuerst von dem für sie bereiteten Tee genommen hatten, unter Zeichen von Vergiftung. Zehn von ihnen starben sofort, während fünf andere noch ernstlich und die übrigen fünf weniger schwer krank darniederlagen. In dem Teestessel wurde Arsenik gefunden.

## Zeche „Vorussia“.

Je nähere Einzelheiten über den sogenannten Unglücksfall auf der Zeche „Vorussia“ bekannt werden, desto mehr häufen sich die Beweise, daß die Katastrophe, die über 40 Bergleuten das Leben gekostet hat, nicht, wie die im Solde des Grubenkapitalismus stehende Presse behauptet, auf „das blinde Walten des Schicksals“, sondern auf eine sträfliche Unzulänglichkeit der Betriebsrichtungen, auf den völligen Mangel genügender Sicherheitsmaßnahmen zurückzuführen ist. Hätten auf der Zeche „Vorussia“ auch nur teilweise die modernen technischen Betriebs- und Hilfsmittel des Kohlenbergbaues Anwendung gefunden, der Unglücksfall wäre, wie wir schon am Sonntag schrieben, nicht nur vermieden worden, er hätte überhaupt nicht vorkommen können. Aber auf der „Vorussia“ herrscht in stärkstem Maße ohne irgend welche Rücksichtnahme auf Leben und Gesundheit der Arbeiter das Sparsystem. Die Verwaltung schreckt vor jeder Ausgabe, die nicht der Herabsetzung der Produktionskosten oder der Vergrößerung der Förderung, sondern der Betriebsfähigkeit diene, sehr zurück und begnügt sich mit völlig veralteten Hilfsmitteln. In welchem Maße, zeigt folgender, sich auf die Angaben der dort beschäftigten Bergarbeiter stützende Bericht der „Bergarbeiter-Zeitung“:

„Auf der fünften Sohle am Hüllort lag 2-3 Meter hinter dem Schacht eine große Petroleumlampe in einem an der Fritte befestigten, schwebenden Gehäuse. In diesem Gehäuse fehlten schon seit mindestens einem Monat (wir bräuen und sehr vorsichtig aus) die Glaskäseiben. Die Lampe war so unordentlich, daß die am Hüllort beschäftigten Leute alle möglichen Vorkehrungen treffen mußten, um die Lampe gerade stellen zu können! Wenn Glaskäseiben in dem Gehäuse gewesen wären, so hätte die Lampe nicht bei einem Stoß hinausfallen können, sondern wäre höchstens in dem Gehäuse umgekippt; so wenigstens teilen uns zahlreiche Arbeiter mit, die mit den fraglichen Verhältnissen genau vertraut sind.“

Ist der Behörde dieser Zustand bekannt gewesen? Da er mindestens einen Monat existierte, die Einfahrer, Vergasfloren oder der Bergmeister aber angeblich sehr häufig die Zechen kontrollieren, so fragen wir: Wann hat die Bergbehörde den fraglichen Hüllort zuletzt inspiziert?!

Als die am Hüllorte beschäftigten Abnehmer am Montag früh sechs Uhr an ihre Arbeitsstelle kamen, lag dort ein Haufen Holz (Stempel); wie üblich, war das Holz am Abend vorher eingeliefert und dicht am Schacht abgelagert worden, so dicht, daß die Abnehmer die Stempel wegräumen mußten, um Platz für die kommenden leeren Förder- und die Bergwagen zu bekommen. Während der eine Abnehmer noch am Forträumen des Holzes war, erscholl das Signal: „Der Korb kommt! Eilig, um vorsichtsmäßig schnell die Wagen vom Korb abziehen zu können, warf der Abnehmer noch einen acht Fuß langen Stempel hinter sich auf den Holzhaufen, dabei in den Schacht fallend; in dem Augenblicke fauchte der Korb schon herab — und als der Wäzler sich umdrehte, war die Petroleumlampe aus dem Gehäuse gefallen, explodiert, an dem Holzstoß leiteten die Flammen empor!!! Die Lampe hing nämlich so niedrig, daß ein mittelgroßer Mensch mit dem Kopf daran stieß. Deshalb konnte auch der aufgeworfene Stempel die Lampe treffen. Wären die Glaskäseiben in dem Gehäuse gewesen, so fiel die Lampe durch den Stoß, wenn auch die erste Glaskäseibe zertrümmert wurde, nur im Gehäuse um, der Abnehmer hätte dann noch schnell hinzuspringen und die Lampe wieder aufrichten können!

Ist der Bergbehörde auch davon nichts bekannt, daß vor etwa sechs Monaten am selben Hüllort schon die Lampe explodiert und den Bergzug (Fritte) in Brand setzte? Ist der Bergbehörde ferner bekannt, daß die Leute am Hüllort von dem Betriebsführer Mäler mit Geldstrafe event. sofortiger Entlassung bedroht worden sind, wenn die Förderung auch nur eine kurze Störung erleide? Weiß die Bergbehörde von der sofortigen Entlassung eines früheren Abnehmers durch Mäler, weil die Förderung etwa 25 Minuten ohne Schuld des betreffenden Arbeiters stockte infolge der vielen Wechselwagen? Diese Tatsache veranlaßt nämlich die Leute am Schacht, ängstlich auf den festen Fortgang der Förderung zu achten, auch wenn irgendwelche Unordnung eintritt!

Der alte Schacht „Vorussia“ ist mit Holz ausgebaut. Die Schachtkleidung ist wegen der herrschenden heißen Temperatur pulvertroden! Nun heißt der § 41 der Bergpolizeiverordnung vom 12. Dezember 1900:

„Die Anwendung offenen Lichts ist in allen Grubenräumen mit Ausnahme der zugute gebenden eingehenden Schächte, der zu diesen gehörigen und der in unmittelbarer Nähe der Hüllörter gelegenen ausgemauerten Maschinenräume und Hüllörter verboten. In letzteren beiden ist offenes Licht nur an feuer- und sichereren Stellen in Stand- oder Hängelampen gestattet.“

Auch in Einzelschächten darf offenes Licht nur gebraucht werden, wenn etwa vorhandener Holzschutt in feuchtem Zustande erhalten wird, so daß ein Inbrandgehen desselben ausgeschlossen erscheint.“

Der alte Schacht „Vorussia“ ist ein solcher „Einzelschacht“, von dem die Bergpolizeiverordnung spricht. Es wird „offenes Licht“ benutzt. — Wie sieht es mit dem Anfeuchten? Ist der Bergbehörde bekannt, daß sich an der Brandstelle keine Einrichtung zum Anfeuchten auch des sich hier stark ablagernden Kohlenstaubes befindet? Tatsächlich gab es ein Verleisungsrohr, aber es war nicht zum Anfeuchten der pulvertrodenen Schachtkleidung eingerichtet. Früher wäre, erklären die Arbeiter, der hölzernen Schachtausbau genügt worden. Das sei der Fall unter der Betriebsführung Klein gewesen. Jetzt seien die Schachthölzer schon lange nicht mehr angefeuchtet worden, daher wäre der Schachtausbau pulvertroden gewesen, so recht geeignet zum schnellen Feuerfangen. Was weiß die Bergbehörde davon? Hat sie nicht nur die Petroleumlampe konfiszieren, sondern sagte sie auch den § 41 der betreffenden Bergpolizeiverordnung für den pulvertrodenen Schachtausbau auf „Vorussia“ außer Wirkung? Wenn das geschehen ist, dann freilich trifft die Grubenverwaltung keine Schuld. Dann wäre direkt die Bergbehörde haftbar zu machen.

Herr Direktor Springorum beruft sich auf die „revidierenden Vergate“; sie hätten die Unschuld der Verwaltung bestätigt. Das klingt so, als ob die Bergbehörde Herrn Springorum schon das Ergebnis einer Vernehmung der betreffenden Arbeiter und Beamten mitgeteilt hätte. Hatte denn schon bis zum 12. Juli eine Vernehmung stattgefunden? In der Tat wurde der Arbeiter, der durch das Hinwerfen des Stempels die Lampe traf, von einigen Herren, die er als Antipersonen, Vertreter der Bergbehörde ansah, am Dienstag, den 11. Juli, vernommen. Er hat die Entstehung des Brandes bezeugt, wie wir sie oben beschreiben. Nach dem Zustand der Lampe ist er aber nicht gefragt worden. Die vermittelnden Vertreter der Bergbehörde fragten weiter: „War denn kein Wasser zur Stelle?“ Antwort: „Nein!“ Die Herren: „Aber das



müßte doch da sein! Antwort: „Wir hatten keine.“ Die Herren: „Wenn Ihr gleich Wasser gehabt hättet, kommt Ihr dann das Feuer noch löschen?“ Antwort: „Ja, gewiß!“

Nach ein weiterer Beweis, daß es an Wasser zum Anfeuchten der hölzernen Schachtbekleidung und auch des sich anammelnden feuergefährlichen feinen Kohlenstaubes schlte. Als der Abnehmer sich umdrehte und die Flammen auslobern sah, warf er schnell den Holzhaufen auseinander, um eventuell noch einen größeren Brand zu verhindern. In dem Augenblicke kam der stellvertretende Betriebsführer Hausmann, der wohl die große Gefahr erkannte und Befehl gab, das durch das Pflöck gehende Wasserleitungsrohr zu zerbrechen, um auf diese Weise Wasser zu erhalten. Leider mißglückte auch dieser Rettungsversuch. Ein längeres Verbleiben an der Brandstelle war da schon ausgeschlossen, denn obgleich das Feuer erst umgefahr 6 1/2 Uhr entzündet, schlugen vor 7 Uhr die Flammen schon zum Schacht heraus; das rasende Element fand an dem pulverförmigen Schachtbau und dem feinen Kohlenstaub die denkbar günstigste Nahrung.

Fest steht also, daß kein Wasser zum Löschen vorhanden war und die Schachthölzer nicht angefeuchtet wurden. Fest steht, daß die Bergbehörde das Anfeuchten im § 41 der Bergpolizei-Verordnung vorschreibt. Ob auf „Porussia“ Ausnahmen gemacht sind, wissen wir nicht. Fest steht ein furchtbar vernachlässigter, im höchsten Maße gefährlicher Zustand des Schachtes, in dem die offene Petroleumlampe stand.

Doch auch sonst erwies sich vieles als nicht in Ordnung. Als der Schreckensruf erscholl: „Rette dich, wer kann!“ konnte der brennende Förderbeschacht natürlich nicht mehr benutzt werden. Die Mannschaften mußten den Wetterschacht (liegt bei Döpel) zu erreichen suchen. Dabei hatten sie im Pflöck 20 von der sechsten nach der fünften Sohle einen Ausbruch zu bewältigen. Der Fährschacht dieses Ausbruchs war in einem miserablen Zustande. Die Rahmen waren oft nur mit großer Lebensgefahr zu betreten, der Bereich des Fährschachtes so lüdenreich, daß ein Hinunterstürzen leicht möglich war. Man stelle sich vor, welche Gefahr dies den in wilder Flucht den Fährschacht passierenden Mannschaften bereite. Die Arbeiter sagen, der Fährschacht befände sich schon längere Zeit in diesem Zustande. Hat die Bergbehörde das nie gesehen?

Der Fährschacht in Pflöck 10, von der Grundsohle bis Ort 3, soll, wie jeder Fährschacht nach § 7 der Bergpolizei-Verordnung mindestens einen Quadratmeter Querschnitt haben. Aber wie sieht es da aus? Dieser Fährschacht spaltet allen Bergpolizei-Verordnungen Stellenweise kann ein Mann nur hindurch, wenn er auf allen Seiten leicht. Was das bedeutet im Falle einer Katastrophe, wo alles rennt und eilt, um fortzukommen, kann man sich leicht ausdenken.

Am schlimmsten sieht es aber wohl aus im Luftschacht (Wetterschacht, bei Döpel), durch den die Rettung der Bergschacht sich vollziehen müßte. Hier gibt es Fährten, die sich hin- und herbewegen, also in sehr mangelhafter Weise befestigt sind. Die Unterlagen sind zum Teil verfault! An den beiz. Leitern fehlen zwei, auch drei Sprossen hintereinander, andere sind verfault! Um da hinunter zu gelangen, muß der Arbeiter an den Seilen hinabsinken! Die Leitertreppen müssen sich immer warrend aufrufen: „Achtung, hier fehlen Sprossen!“ Wie leicht ein Fährtritt, der die morsche Sprosse zerbricht, der Mann stürzt hinab und reißt die Rachtleitertreppen mit in die Tiefe! Man stelle sich nur einmal die Situation vor, wenn höchste Lebensgefahr besteht und hunderte von Arbeitern in größter Eile über die hin- und her-schwankenden Leitern klettern! Mit einer solchen Situation muß die Bergwerksverwaltung stets rechnen, für solche Fälle hat die Bergwerksverwaltung peinlich Vorkehrung zu treffen. Was später „ein Zusammenstoßen unglücklicher Zufälligkeiten“ genannt wird, ist meistens nur das Ergebnis einer nach und nach immer schlimmer gewordenen Vernachlässigung. Uns haben sich Zeugen angeboten, die schon vor vier Jahren den Wetterschacht in einem unvorschriftsmäßigen Zustande gefasst haben!

Wir fragen die Bergbehörde, was sie von dem Wetterschacht weiß? Sind ihr die faulen oder fehlenden Sprossen, die lebensgefährlichen Rahmen, die wackelnden Leitern gar nicht bekannt gewesen?

Ferner fehlen die Rettungsapparate. Sie mühen sich von den Nachbargruben geholt werden, wodurch manche Minuten verloren ging. Ruht nicht der Wetterschacht mindestens 1 Meter Querschnitt haben? (§ 7 der B.P.V.) Tatsächlich ist jedenfalls nur mühsam durchzukommen!

Es sind schwere Anlagen, welche die Bergarbeiterzeitung gegen die Verwaltung der „Porussia“ erhebt. Und alle diese seit Jahren bestehenden Mängel sind der Bergbehörde völlig unbekannt geblieben? Das verziehe wer kann. Wir fordern strengste Untersuchung, nicht nur darüber, wie weit die Mangelhaftigkeit der Betriebsanlagen die Katastrophe verschuldet hat, sondern auch inwiefern die Inspektionsbehörde ihrer Aufsichtspflicht genügt hat. Der summe Mund, das starre Auge der Toten fordert Anlage und Sühne.

## Aus der Partei.

Die in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten der Schweiz beschäftigen zu einer Vereinigung zusammenzutreten. Unschlüssig des Parteitag in Lausanne treten die Arbeiter- und Verbandssekretäre, Redakteure und Delegierte von Parteigruppierungen usw. zu einer Vorbesprechung zu diesem Zwecke zusammen.

### Doktrinelles, Gerichtliches usw.

#### Arbeiterbewegung = Wöllerei.

Der Gastwirt Laß übte in dem untermärkischen Städtchen Straßburg sein Gewerbe bis zum Jahre 1900 ohne irgendwelche Behinderungen durch die Polizei aus. Dann hielten die gewerkschaftlichen Organisationen und der sozialdemokratische Wahlverein ihre Versammlungen und Vergnügungen im Lokal Laß ab und nun war dasselbe bei der Polizei mit einemmal so anrühlig geworden, daß dem Gastwirt Laß die Polizeistunde auf 10 Uhr herabgesetzt wurde. Laß sprach auf der Polizei vor, er versicherte, er werde sein Lokal den Sozialdemokraten nicht mehr hergeben, und sofort war sein guter Ruf wieder hergestellt, die Polizeistunde wurde wieder verlängert. Aber Sozialdemokraten und Gewerkschaften hatten sich nun mal an das Lokal von Laß gewöhnt; sie lehrten auch ferner bei ihm ein und seit jener Zeit hatte sich Laß der ganz besonderen Aufmerksamkeit der Polizei zu versehen. Öffentlicher Tanz wurde ihm nicht mehr gestattet; die Festlichkeiten des Wahlvereins und der Gewerkschaften wurden von der Polizei zu öffentlichen Tanzlustbarkeiten gestempelt und hieraus folgte eine endlose Reihe von Strafverfahren und Prozessen, die teils zugunsten, teils zum Nachteil des Gastwirts Laß entschieden wurden. Auch Bestrafungen wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes mühte Laß über sich ergehen lassen. Eine gewerkschaftliche Zusammenkunft, wo über die Verhältnisse eines einzelnen Betriebes gesprochen wurde, hielt die Polizei für eine öffentliche und deshalb anmeldspflichtige Versammlung, weil ein „frivolser Streik“ der Gegenstand der Besprechung war. Eine Bestrafung des Wirtes war die Folge. Eine andere angemeldete Versammlung soll wenige Minuten vor der angegebenen Zeit bereits begonnen haben. Abhaltung einer nicht angemeldeten Versammlung“ sagte die Polizei und beantragte die Bestrafung des Wirtes. Schließlich fand die Polizei, daß das Lokale Laß zur Abhaltung von Versammlungen überhaupt nicht geeignet sei, weil eine (!) der Ausgangstüren sich nicht nach außen, sondern nach innen öffnete. Augenerleicht besann sich die Polizei auch noch, daß Laß vor dem Jahre 1900, also zu einer Zeit, wo er noch als „guter Bürger“ galt, einige Male wegen Uebertretung der Polizeistunde bestraft worden war, und daß er auch an 15jährige Jünglinge Getränke verabfolgt hatte, während nach einer in Straßburg geltenden Polizeiverordnung die jungen Leute erst mit 17 Jahren wirtshausfähig werden. Diese „alten Sünden“ des Gastwirts in Verbindung mit den neuen, die er nach polizei-

lichem und gerichtlichem Befinden nach 1900 begangen hat, mühten nun herhalten zu einer Klage auf Entziehung der Konzession, welche die Straßburger Polizeiverwaltung gegen Laß anhängig machte mit der Begründung. Laß leiste in seinem Lokal der Wöllerei Vorschub.

Der Kreisaußschuß zu Breslau hat dem Antrage der Polizei gemäß erkannt. Am Dienstag beschäftigte sich der Bezirksaußschuß zu Potsdam mit der Angelegenheit. Der Bürgermeister von Straßburg war in eigener Person zur Vertretung der Klage erschienen. Den Beklagten vertrat Rechtsanwalt Dr. Jahn-Breslau. Er betonte, es handle sich bei dieser Klage nicht um einen Kampf gegen die Wöllerei, sondern um einen Kampf der Polizeiverwaltung gegen die politische Richtung, welcher der Beklagte Vorschub leiste. Seitdem die Sozialdemokraten im Lokale Laß verkehren, sei daselbe der Polizei als nicht zu Versammlungen geeignet erschienen, die Petroleumbeleuchtung habe nicht genügt und dergleichen mehr. Uebertretungen der Polizeistunde und anderes, was bei anderen Gastwirten in Straßburg ungerügt passieren konnte, sei beim Beklagten bestraft worden. Derselbe denke gar nicht an Begünstigung der Wöllerei, die Klage sei deshalb unbegründet.

Der Bürgermeister verwarf die Klage, daß Laß wegen Begünstigung der Sozialdemokratie verfolgt werde. Die Abhaltung der Vereinsvergünigungen sei eine Umgehung des Verbotes der öffentlichen Tanzlustbarkeiten, die Autorität der Polizei werde dadurch geschädigt. Fast jede Woche werde ein solches Vereinsvergünigen bei Laß abgehalten. Das sei der Polizei zu viel, und deshalb schreibe sie dagegen ein.

Der Bezirksaußschuß bestätigte das Urteil der ersten Instanz, er hält also den Antrag der Polizeiverwaltung auf Entziehung der Konzession wegen Begünstigung der Wöllerei für berechtigt.

## Soziales.

### Vom Berliner Kaufmannsgericht.

Der rigorese Aufstellungsvertrag von Laß u. Co. hat diese große Schuhwarenfirma nicht davon bewahrt, den eines verhältnismäßig geringen Manos und ebenfalls keineswegs besonders hoher Lohnstände wegen plötzlich entlassenen Filialvorstehers in vollem Maße für die Kündigungsschuld zu entschädigen. Die zweite Kammer, vor der der Prozeß am Montag zum Austrag kam, dermittelte die Beklagte Firma, dem Kläger an Provision und Gehalt samt Zinsen die Summe von 563,62 M. zu zahlen. In der Begründung des Urteils heißt es, daß das Manos nur dann als Entlassungsgrund hätte gelten können, wenn eine subjektive Verschlechterung vorliege, und die Frage, ob die Lohnstände die sofortige Entlassung rechtfertigten, müsse ebenfalls verneint werden, da ja die Firma, wie ein dem Gericht vorliegendes Formular bewies, mit Außenständen rechnete, sie stillschweigend duldet, was ja übrigens auch daraus hervorging, daß in den ersten Jahren der Tätigkeit des Klägers die Firma keine Einwendungen gegen die Außenstände erhob. Der Anspruch des Klägers auf Zinsen von der Klause für die seit seiner Entlassung verstrichene Zeit wurde abgewiesen, da dem Kläger die Kautionssumme gleich bei der Entlassung zur Verfügung gestellt wurde. — Der Kläger hatte zunächst nur auf 800 M. geklagt; die Firma hatte jedoch Widerklage darauf erhoben, daß dem Kläger überhaupt kein Anspruch zustehe, und aus diesem Grunde mühte über die volle Summe entschieden werden, wodurch die Beklagte sich die Möglichkeit der Berufung sicherte.

Rinderarbeit in gewerblichen Betrieben. Die Regierung scheint das Gesetz über die Rinderarbeit in gewerblichen Betrieben mit dem Beginn des nächsten Jahres noch nicht voll in Kraft treten lassen zu wollen, sondern zu beschleunigen, zunächst nochmals eine Uebergangszeit einzuführen. Die „Vol. Nachr.“ melden nämlich: „Der Bundesrat dürfte sich wahrscheinlich noch vor Ablauf des Jahres 1905 mit einer Ausführungsbestimmung zum Gesetz über die Rinderarbeit in gewerblichen Betrieben zu befassen haben. Derselben Beschlusse zufolge war der Bundesrat befugt, für die ersten zwei Jahre nach dem Inkrafttreten Ausnahmen von dem Verbot der Beschäftigung eigener Kinder zuzulassen. Solche Ausnahmsbestimmungen waren auch vom Bundesrat getroffen, jedoch, wie das Gesetz es vorschrieb, nur für zwei Jahre. Nun läuft diese Frist mit dem 31. Dezember 1903 ab. Es würden also für die Rinderarbeit in den gewerblichen Betrieben mit dem Beginn des Jahres 1904 sämtliche dauernden gesetzlichen Bestimmungen in Kraft treten, wenn die Uebergangszeit nicht durch den Bundesrat verlängert würde. Gelegenheit dazu ist ihm gegeben, da er im Gesetz ermächtigt ist, auch weiterhin Ausnahmen, allerdings nur unter der Bedingung zuzulassen, daß die Kinder nicht an durch Triebkraft bewegten Maschinen beschäftigt werden. Auch kann er weitere Ausnahmen von dem Verbot der Beschäftigung eigener Kinder unter 10 Jahren zulassen, sofern die Kinder mit leichten und ihrem Alter angemessenen Arbeiten beschäftigt werden.“

Von den zuständigen behördlichen Stellen sind deshalb bei den Provinzialinstanzen Erhebungen beantragt. Man nimmt an, daß, da das Gesetz über die Rinderarbeit in den gewerblichen Betrieben mit seinen dauernden Bestimmungen ziemlich einschneidend wirkt, in den angegebenen Richtungen noch für einige Zeit die dem Bundesrat anbehaltenen Uebergangsbestimmungen erlassen werden sollen. Dann würde sich der Bundesrat im nächsten Herbst mit einer entsprechenden Vorlage zu beschäftigen haben.

Berliner Armenwesen. Im Monat Mai dieses Jahres zahlte die Armeverwaltung an 33 642 Personen laufende Unterstühtungen im Betrage von 540 197 Mark. Außerdem erhielten von den Tausend Unterstühtungen noch 1851 Personen Extra-Unterstühtungen in Höhe von zusammen 12 299 Mark. — An 4980 nicht laufend unterstühten Personen wurden Extra-Unterstühtungen im Betrage von 55 539 Mark gezahlt. — 102 „Almosenempfänger“ wurden in ein Krankenhaus, 82 in andere Anstalten aufgenommen. — Für 11 002 Pflagekinder zahlte die städtische Armeverwaltung im Monat Mai an laufender Unterstühtung die Summe von 88 603 M. 585 Pflagegeldempfänger wurden zur Pflage der Kinder Extra-Unterstühtungen im Betrage von 4717 Mark gezahlt. In Krankenhäusern wurden 21, in anderen Anstalten 12 Pflagekinder verpflegt.

Ein ärztliches Attest verlangt die Versicherungsgesellschaft „Victoria“, wenn ihre Beamten wegen Krankheit fehlen wollen. Das ist ausdrücklich in ihren Anstellungsverträgen festgesetzt. Darum mühte ein Kläger, der wegen kündigungloser Entlassung Gehaltsentschädigung geltend machen wollte, abgewiesen werden, „denn er hatte verabsäumt, ein solches Attest beizubringen. Dem Kläger mit Rücksicht auf seine offensbare Notlage durch einen Vergleich eine wenn auch nur geringe Summe zuzulassen, hatte der Vertreter der Gesellschaft abgelehnt.“

## Aus der Frauenbewegung.

Der Verein für Frauen und Mädchen in P r i h hält Donnerstags, den 20. Juli, abends 8 1/2 Uhr, seine Mitgliederversammlung im Lokal von Weniger, Werderstraße 27, ab. Gäste willkommen.

Treptow-Baumhäuserweg. Mittwoch, den 19. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet bei Christ, Ernststraße, Ecke Marienhalerstraße, die erste Generalversammlung des hiesigen Bildungsvereins für Frauen und Mädchen statt. Die Mitglieder werden hierdurch aufgefordert, pünktlich und vollständig in dieser Versammlung zu erscheinen.

Frauen- und Mädchen-Bildungsverein Vorstädte-Ziegel. Am 12. Juli hielt der Bildungsverein seine Mitgliederversammlung im Vorstädte ab, in der Frau Dr. Wegscheider-Ziegler einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Alkohol und Frauen“ hielt. Die Rednerin wies nach, wie schädlich der Al-

\*) Siehe Nr. 147 des „Vorwärts“.

kohol dem Organismus ist und richtete einen Appell an die Anwesenden, sich des Alkohols zu enthalten. Unter Verschiedenes wurde beschlossen, am Donnerstag, den 20. Juli, eine Partie per Dampf nach Wilhelmruh und von da zu Fuß nach Hafenside, „Tegnows Volksgarten“ zu machen. Treffpunkt mittags pünktlich 1 1/2 Uhr am der Dampferstation in Ziegel.

## Verfammlungen.

Die Stukturen beschäftigten sich am Montag in der Generalversammlung der Filiale Berlin mit den Verhandlungen des Gewerkschaftskongresses. Der Vorsitzende Krebs, welcher referierte, legte besonderes Gewicht auf die Förderung der Stellung des Kongresses zum Generalstreik und zur Meißner. Wenn auch der Generalstreik oder der politische Massenstreik in Deutschland noch nicht angewandt worden sei, so könnten doch Umstände eintreten, welche die Anwendung dieses Kampfmittels geboten erscheinen lassen. Der Beschluß des Gewerkschaftskongresses, der schon den Versuch der Propagierung dieses Kampfmittels ablehnt, gehe demnach zu weit und erinnere lebhaft an das Verhalten der katholischen Kirche, die ihren Gläubigen das Lesen der Bibel nicht gestattet, damit sie dieselben kein eigenes Urteil über die Glaubensfragen bilden könnten. Auch die Art, wie Böhmert bei dieser Gelegenheit über verdiente Parteigenossen sprach, sei zu mißbilligen. Reuber glaubt, daß der Parteitag in Jena dem Gewerkschaftskongress eine scharfe Antwort erteilen werde. Als Sozialdemokrat wie als Gewerkschafter sei er mit der Stellung des Kongresses zum Generalstreik nicht einverstanden. — Hinsichtlich der Meißner betrat der Reuber die Ansicht, daß die Arbeitsruhe die wirksamste Demonstration sei und deshalb beibehalten werden müsse. Wenn die Leiter der großen Gewerkschaften die Arbeitsruhe mehr propagiert hätten, dann würde dieselbe eine weitere Ausdehnung erlangt haben. — Der Kongress habe ja gute und tüchtige Arbeit geleistet, aber in den Punkten, wo er nicht auf der Höhe der Zeit gestanden habe, könne man ihm nicht zustimmen. Die organisierten Arbeiter mühten dafür sorgen, daß die deutschen Gewerkschaften nicht die Wege der englischen Trades-Unions wandeln.

Die Diskussionsreferent traten im allgemeinen die Ansichten des Referenten. Schließlich brachte Köhler die von anarchistischer Seite verbreitete Behauptung zur Sprache, wonach der Kölner Bierbockott auf Veranlassung Legiens durchbrochen worden sein soll. Krebs gab über diese Angelegenheit folgende Darstellung: Die Kölner Bierbockotten hätten nicht nur das Bier der rheinisch-westfälischen Brauereien, sondern sämtliche Lokale, in denen solches Bier neben anderen Getränken zu haben war, boykottiert. Die Kölner Quartierkommission habe aber befehlen geachtet den Delegierten Legien in solchen Gasthäusern angewiesen. Darauf habe Legien den Kölner Genossen vorgeschlagen, es gehe doch nicht an, daß die Delegierten in allerorten Lokale logieren, sie würden ja unter diesen Umständen als Boykottbrecher erscheinen. Wenn für die Delegierten kein anderes Unterkommen beschafft werden könne, dann mühten die Lokal sperren aufgehoben werden. Der Bierbockott werde dadurch natürlich nicht berührt, denn niemand werde davon denken, boykottiertes Bier zu trinken. Sollte sich die Angelegenheit gar nicht regeln lassen, dann mühte der Kongress, um dem Vortwurf des Boykottbruchs zu entgehen, in Berlin abgehalten werden. Die Kölner Gewerkschaftsmitglieder, in deren Händen die Leitung des Boykotts lag, hätten die Verstellung Legiens als begründet erachtet und hinsichtlich der Lokalsperre eine andere Taktik eingeschlagen, wodurch der Bierbockott nicht beeinträchtigt worden sei. Die Kölner Gewerkschaftsmitglieder mit Ausnahme des Vertreters der Brauereiarbeiter seien mit dieser Regelung der Angelegenheit vollkommen einverstanden gewesen. Damit könne die Sache auch für die Berliner Arbeiter, die doch die Angelegenheit nicht aus eigener Anschauung kennen, erledigt sein.

Ihre Stellung zu den Ergebnissen des Gewerkschaftskongresses beklagte die Versammlung durch Annahme einer Resolution, in der es heißt:

Die Generalversammlung der Filiale Berlin ist mit den Beschlüssen des Kölner Gewerkschaftskongresses nicht in allen Punkten einverstanden, insbesondere hält sie den Beschluß in Sachen des Generalstreiks für unwürdig. Auch die Stellungnahme des Kongresses zur Meißner entspricht nicht der Höhe, auf der die Gewerkschaften Deutschlands stehen sollten. Die Versammlung sieht nur in der Arbeitsruhe die richtige und würdige Feier des 1. Mai.

Eine andere gleichfalls angenommene Resolution spricht sich mißbilligend darüber aus, daß das Sachblatt der Stukturen trotz eingehender Verabschiedung über den Gewerkschaftskongress die Punkte „Generalstreik“ und „Meißner“ nicht genügend berücksichtigt habe.

Der Sozialdemokratische Agitationsverein für den Wahlkreis Arnswalde-Friedberg hielt am Sonntag seine erste Generalversammlung ab. Zum Bericht des Vorstandes teilte der Vorsitzende Diebrandt mit, daß während des letzten halben Jahres sieben Versammlungen und sieben Vorstandssitzungen stattgefunden haben. Erfolgreich sei die Mitgliederzunahme, da der Verein vom Januar, also seit der Gründung, von 24 auf 87 Mitglieder gewachsen sei. Sodann berichtete der Kassierer, daß einer Einnahme von 111,60 M. eine Ausgabe von 80,40 M. gegenüberstehe, so daß ein Ueberschuß von 31,20 M. vorhanden sei. Diebrandt teilte mit, daß er den Posten als Vorsitzender niederlege und wurde an seine Stelle Rebaß gewählt. Als Revisoren wurden die Genossen Volleh, Jacobs und Kuchlein gewählt. Nach Punkt Verschiedenes erfolgte Schluß der Versammlung.

Der Verband der Maschinisten und Geizer hielt am Sonntag in Weigt Ritterfäden seine Generalversammlung ab. Nachdem das Ableben von drei verstorbenen Mitgliedern in üblicher Weise geehrt worden war, gab P a s c h e n den Kassierbericht vom letzten Quartal wie auch vom verflorenen Halbjahr. Die Einnahme betrug 9622,55 Mark, der eine Ausgabe von 9109,75 M. gegenüberstand. Mit Einschluß des vorhandenen Bestandes verbleiben der Kasse 9021,64 M. An Arbeitslosenunterstützung wurden im letzten Halbjahr gezahlt 3060,86 M., an Sterbunterstützung 1120 M. und an Streit- und Gemahregeltenunterstützung 1085,88 M. Der Arbeitsnachweis der Organisation funktionierte befriedigend. Einfahren liehen sich 374 Arbeitslose, von denen 339 Arbeit vermittelt wurde. Nach Erledigung der geschäftlichen Sachen erledigte die Versammlung eine Reihe interner Angelegenheiten.

Die Metallformer und Glashereiarbeiter (Sektion des Metallarbeiter-Verbandes) nahmen in ihrer Branchenversammlung am Montag den Bericht vom diesjährigen Verbandstag in Leipzig entgegen. Der Referent J a k o b s n. Kieder-Bahnmeide erläuterte besonders eingehend die auf dem Verbandstage gefaßten neuen Beschlüsse betr. den Ausbau der Unterstühtungswesen und betonte zum Schluß, der Metallarbeiter-Verband sei und bleibe eine Kampforganisation trotz aller gegenteiligen Prophezeiungen. In der Diskussion wurde der „Vorwärts“-Bericht über den Verbandstag als äußerst dürftig und mangelhaft bezeichnet. — Infolge der schwülen Temperatur im Saale wurde die Erledigung aller übrigen Punkte der Tagesordnung bis zur nächsten Versammlung vertagt.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

London, 18. Juli. (B. Z. B.) Unterhaus. Auf eine Anfrage bezüglich der Ausführungsvergütungen, welche von dem rheinisch-westfälischen Kohlenindustriell, dem deutschen Stahlwerkverband und den deutschen Robeisenindustriellen auf Eisen- und Stahlfabrikate gewährt werden, entgegnete der Unterstaatssekretär des Handelsamts Bonar Law, das Handelsamt beschäftige in der Angelegenheit keine Schritte zu tun.



Der Krieg in Ostasien.

Die Friedensliebe Väterschens sauler Zauber?

Eine Korrespondenz meldet: Man berichtet, daß zwischen Petersburg und dem russischen Hauptquartier ein reger Depeschverkehr stattfindet, da die mandschurische Armee angeblich nichts von Frieden wissen will, zumal jetzt russisches Gebiet besetzt ist. Nun findet man im offiziellen russischen Militärorgan „Russki Inwalid“ folgenden Depeschwechsel zwischen dem Zaren und Linewitsch. Auf mehrere Rundgebungen aus dem Hauptquartier telegraphierte der Zar: „Zweifel Sie nicht daran, daß das Möglichste getan ist und getan wird zur Sicherung des Erfolges und Erleichterung Ihrer schweren Arbeit. Ich hoffe sehr auf Sie und meine heldenmütigen Truppen, daß Sie zuguterletzt mit Gottes Hilfe alle Hindernisse überwinden und den Krieg zu einem guten Ausgange für Rußland führen werden.“ Hierauf erließ Linewitsch folgenden Tagesbefehl: „Ruhmvolle russische Truppen! Glücklich Euch solche hochgnädigsten Worte Sr. Majestät bekannt geben zu können, bin ich überzeugt, daß Ihr bei der bevorstehenden Arbeit das hohe Vertrauen des hochverehrtesten Zaren zu Euch rechtfertigen werdet. Dieser Tagesbefehl ist zu lesen in allen Kotteln, Schwadronen, Sotnien, Batterien, Kommandos, Schiffen und Küstenkommandos.“

I Ferner meldet eine Korrespondenz: Wir erfahren aus Petersburg, daß in den dortigen diplomatischen Kreisen folgende Nachricht aus Washington kuffert. In den letzten Tagen sind die Friedensausichten bedeutend erschüttert worden. Man rechnet mit der Möglichkeit, daß die Friedensunterhändler resultatlos auseinandergehen werden. Hauptursache für diese pessimistische Auffassung ist der Umstand, daß die japanischen Friedensunterhändler äußerst beschränkte Vollmachten erhielten. Es ist ihnen vorgeschrieben worden, der Beisprechung irgend eines Gegenvorschlags auszuweichen und in den Grenzen der japanischen Vorschläge zu verharren. Die Hoffnung auf Frieden ist äußerst schwach geworden, zumal die Japaner auch erklären, daß der Frieden in zwei bis drei Tagen geschlossen werden könnte, wenn ihn die Russen tatsächlich wünschen. Der Ausgang der Friedensunterhandlungen hängt von der Antwort ab, die Graf Cassini, der ein wichtiges eigenhändiges Schreiben Roosevelt nach Petersburg übermittelte, dort erhalten wird. Die Landung der Japaner auf Sachalin wird ebenfalls als hinderlicher Faktor angesehen. Es wird behauptet, die Japaner wollen noch vor der Eröffnung der Friedensverhandlungen die Belagerung Wladiwostoks energisch betreiben sowie den Generalissimus Linewitsch in eine Schlinge verwickeln.

Die russische Diplomatie möchte also Japan die Schuld am Scheitern der Friedensverhandlungen in die Schuhe schieben! Die Japaner wären aber Loren, wenn sie sich, statt alles aufzubieten, um Aufstand zum Frieden zu zwingen, auf wohlfeile Versprechungen der treulosen russischen Diplomatie verlassen!

Die Japaner auf Sachalin.

Der Sieg der Japaner sichert die völlige Besetzung des Südens von Sachalin. 80 Gefangene wurden gemacht, vier Feldgeschütze, ein Maschinengewehr und die Munitionslagerhäuser wurden erbeutet. Die Japaner verloren etwa 70 Mann, die Russen 100.

Ministerpräsident Katsura hat im Auftrage des Kaisers die Vergnügung Dougouins und seines Dolmetschers Waki unterzeichnet.

Ferner wird gemeldet, daß die Japaner insgesamt 14 000 Mann auf Sachalin gelandet haben, sowie 3000 Kühe, die Vahngelisse legen sollen.

Ein Stimmungsbild aus Chardin.

finden wir im „Drenburgski Wesn“. Es heißt da: „Nachdem der Schrecken des Rückzuges der Armee überlebt ist, ist der Vergnügungstrubel in der Stadt wieder aufgelebt. Neben den Großlieferanten, die es mit dem Fiskus zu tun haben, geht in Chardin alles auf Beute aus, alles blüht auf die Taschen des Nächsten, um irgend etwas für sich herauszuangeln und sich die eigenen Taschen zu füllen. In diesem Fieber der Gewinnucht — bei fabelhaften Preisen und einem Wolfssappetit — bildet sich die Dunstmosphäre der Sittenverderbnis. Frauengimmern, Zuhälter und Freudenhäuser — ganze Straßen voller Freudenhäuser. Am Abend verfallt Chardin in einen Taumel der Sinnenlust. ... Droschken, die man hier für den ganzen Tag belegt, rasen durch die Straßen mit lebenslustigen Pärchen. Zirkusvorstellungen, Operntheater, reges Restaurationsleben, separierte Kabinette. ... Der Wein fließt in Strömen und es regnet Geld, ungezähltes Geld...“

Aus Industrie und Handel.

Der Ankauf Walliser Kohlenfelder durch ein deutsches Syndikat, der, wenn er auch noch nicht zum definitiven Abschluß gelangt ist, doch bereits so weit gediehen zu sein scheint, daß der englische Besitzer sich nicht mehr vom Handel zurückziehen kann, erregt in der englischen kapitalistischen Presse große Entrüstung. Die Angabe englischer Blätter, daß hinter den Käufern das rheinisch-westfälische Kohlendyndikat steht — eine Meldung, die von vornherein höchst unwahrscheinlich schien — bestärkt sich zwar nicht; die Hauptkäufer sind vielmehr Hamburger Großhändler, welche sich eine billige Walliser Kohle für ihre Schiffe sichern wollen; aber der englischen Presse erscheint ein Ankauf von dieser Seite fast noch gefährlicher, als eine Erwerbung durch irgend ein industrielles Syndikat. Die englische Handelswelt hält zum großen Teil einen näheren oder entfernteren Zusammenstoß zwischen Deutschland und England für unvermeidlich, und von diesem Standpunkte des Mißtrauens aus erblickt sie in dem Ankauf einen Schwächung, der darauf berechnet ist, England an einer seiner empfindlichsten Stellen zu treffen. Die walliser Kohle eignet sich von allen Kohlen der Welt am besten für den Gebrauch aus Kriegsschiffen, da sie bei stärkster Higenentwicklung am wenigsten Rauch macht. Die englische Handelspreise bestärken nun, daß wenn ein Teil dieser Vordenschiebe durch Kauf in deutsche Hände gerät, die Walliser Kohle im Kriegsfall zur Versorgung deutscher Kriegsschiffe Verwendung finden könnte — ja, man geht sogar noch weiter und nimmt an, daß hinter dem ankauenden Syndikat die deutsche Regierung steht. Deshalb die Aufregung in der englischen Handelswelt, die bekanntlich schon im englischen Unterhause zu einer lebhaften Erörterung geführt hat. Die ganze Behandlung der Sache zeigt, wie sehr noch immer die politische Lage als eine gespannte gelten muß. Ganz verständlich erscheint übrigens diese Aufregung der englischen Presse nicht, denn, wie die „Financial Review“ mit Recht hervorheben, würde in Kriegszeiten die Kohle, die in einem Deutschen gehörigen Bergwerk gefördert wird, darum nicht ausführen Kontorhande zu sein. Im Gegenteil dürfte man annehmen, daß die britische Regierung in einem solchen Falle die im Besitze von Ausländern befindlichen Kohlenbergwerke besonders genau überwachen würde, während sie unter Umständen bei rein britischen Gruben veranlaßt sein könnte, ein Auge zuzudrücken.

Aus der Textilindustrie. Trotz der wesentlichen Erhöhung der Preise für fast alle Rohmaterialien der Textilindustrie geht deren

Verarbeitung im laufenden Monat recht flott von statten. Das ist umso erfreulicher, als die Monate Juni und Juli sich meist durch eine ausgesprochene Mattigkeit der Beschäftigung auszeichnen. Die Verbraucher von Robbaumwolle sehen den Preistreibern am amerikanischen Baumwollmarkt sehr skeptisch gegenüber, da sie bereits öfter in bezug auf die Ernteschätzung mit der amerikanischen Spekulation trübe Erfahrungen gemacht haben. In Gegenden, die für die Duntweberei in Betracht kommen, wird geklagt, daß die Fabrikpreise durchaus nicht mit dieser Preissteigerung der Rohstoffe Schritt halten. Man ist deshalb mit Abschlüssen zurückhaltend, arbeitet aber dessemungeachtet auf Lager. Besonders flott ist der Beschäftigungsgrad der Baumwollspinnereien am Niederrhein. Es trat dort sogar der in dieser Jahreszeit seltene Fall ein, daß Neueinstellungen von Arbeitskräften vorgenommen wurden. Auch Betriebsverbesserungen und Erweiterungen fanden statt; im Gladbacher Industriebezirk ist eine bedeutende Vermehrung der Spindelzahl in Aussicht genommen. Hauptächlich kommen hier die Garnspinnereien in Betracht. Auch in Augsburg und im Wuppertal ist das Geschäft in Garnen äußerst belebt. Die Fabrikation von wollenen Geweben ist ebenfalls flott beschäftigt. Im Seidengewerbe macht sich die Konkurrenz der japanischen Seidenindustrie bemerkbar. Die Mode bevorzugt vor allem Wollstoffe, für die sich die leichte japanische Seide besonders eignet. Ferner sind trotz der neuesten Erntebereiche, die nicht ungünstig lauten, die Preise für Rohseide in Frankreich und Italien unverhältnismäßig stark in die Höhe gegangen, was die deutsche Verarbeitung störend empfindet. Der Markt für Seidenwaren liegt daher augenblicklich im niederrheinischen Bezirk etwas danieder, jedoch erwartet man für den Winter wieder eine flottere Nachfrage. Auch Sammete werden entsprechend der Jahreszeit im Handel nicht lebhaft verlangt; nur in Befahstoffen macht sich steigende Nachfrage bemerkbar.

Rohlenbohrungen in Französisch-Lothringen. Nachdem eine größere Anzahl von Bohrungen auf Kohle im französisch-lothringischen Eisenerzbezirk nördlich von Nancy ergebnislos verlaufen waren, wenigstens bis zu den jetzt erreichten Tiefen von zum Teil weit über 1000 Meter, ist man nunmehr an einem Punkte stündig geworden. Ein Bohrloch in Abaucourt, etwas nördlich von Nancy, hat bei 900 Metern Tiefe ein Steinkohlenflöz von etwa 2 1/2 Meter getroffen mit einer Kohle, die zwar reichlich gashaltig, aber doch immer noch als Koksohle anzusprechen ist.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zur Ausperrung der Rärstauer. Am Montag fand im Alten Schützenhause wieder eine zahlreich besuchte öffentliche Rärstauer-Verammlung statt. In seinem Referat ging Legge zunächst auf das Begleitgeschreiben des Arbeitgeberverbandes der Pelzwarenbranche ein, das von den Vorstandsmitgliedern unterzeichnet, den Arbeitgebern samt der Mitgliederliste zugestellt worden ist. Es ist darin, wie schon oft in den Besprechungen der Arbeitgeber, von dem ihnen „aufgezwungenen“ Kampfe die Rede, wogegen der Referent bemerkte, daß der Kampf sehr wohl hätte vermieden werden können, wenn die Arbeitgeber sich zu ehrlichen Verhandlungen bereit und das nötige Entgegenkommen gezeigt hätten, statt daß einzelne Scharfmacher ihren verderblichen Einfluß geltend machten. Zum Beweise dafür machte der Redner auf die geringfügigkeit der Differenzpunkte aufmerksam, die zu Beginn der Bewegung zwischen Arbeitgebern und Arbeitern hervortraten. Es wird auch in dem Begleitgeschreiben erklärt, daß der bei weitem größte Teil der Berliner Arbeitgeber dem Verband angehöre. Tatsächlich sind es laut Verzeichnis 250 Mitglieder, von denen der größte Teil Hausindustrielle sind, also Leute, die eigentlich den Fabrikanten als Arbeitnehmer gegenübersehen und wohl meistens als Zwangsmittelglieder anzusehen sind. Es wird denn auch an diejenigen, die noch nicht beigetreten sind, die „ernste Mahnung“ gerichtet, nicht länger zu zögern. „Die nächste Zeit würde Sie doch dazu zwingen,“ heißt es weiter. — Die rückwärtslos dieser Zwang angewendet wird, das beweisen unter anderem die Ausführungen, die ein Hausindustrieller in der Diskussion machte. Der Mann bestürzte sich bitter darüber, daß sein sonst in der Arbeiterschaft nur in gutem Sinne bekannter Name plötzlich unter denen aufgeführt wurde, die dem Druck der Unternehmer nachgeben, ihre Einwilligung zurückgezogen haben. Er bemerkte, daß er bis aufs äußerste gequält habe, seine Unterschrift zurückzuziehen, aber doch schließlich, um seine Existenz nicht einzubüßen, dem Zwange seines Arbeitgebers nachgeben mußte. In der Versammlung der Streikenden wurde schließlich eine Resolution einstimmig angenommen, in der die Versammlung gelobt, den Kampf gegen die Entrechtungsgeistliche des Großunternehmertums der Pelzwarenbranche mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bis zum äußersten fortzusetzen, um siegreich aus dem Kampf hervorzugehen.

Der Streik der Baunachischen Zementträger ist zugunsten der Ausständigen nach 1 1/2tägiger Dauer beendet. Herr Baunach versuchte zwar durch Annoncen und auf den Arbeitsnachweiser Arbeitswillige anzuzwerben, doch die Streikenden beehrten die Angeworbenen bald über den Stand der Dinge. Daraus ließ Herr Baunach eine Kolonne Wagarbeiter aus der Pöfener Zementfabrik, einem Filialwerk des Räderdorfer Hauptbetriebes, kommen. Soweit diese Arbeiter Deutsche waren, machten sie aber sogleich mit den Streikenden gemeinsame Sache. Nur sieben Polen wollten sich nicht beehren lassen. Doch was wollte die Firma mit diesen paar Leuten anfangen: Angehts der sich ständig häufenden Arbeit lohnte es gar nicht erst, daß die edlen Polen anfangen, um so weniger, als sie von keinem anderen Arbeiter der Firma (Rutischer usw.) auch nur irgend welche Hilfe zu erwarten hatten. In dieser Bedrängnis schickte Herr Baunach seine Gesandten nach dem Lagerplatz der Adler-Zementwerke in der Köpenickerstraße, um sie von den dortigen Arbeitern beladen zu lassen. Aber auch hier „war nichts zu machen“. Vielmehr schlossen sich diese Arbeiter, als obendrein noch von der Geschäftsleitung ein Druck auf sie ausgeübt werden sollte, kurzschend den Streikenden an. Unter diesen Umständen erklärte sich dann die Direktion der Räderdorfer Portland-Zementfabrik, für die Herr Baunach fährt, selber zur Prüfung der Forderungen der Streikenden bereit. Nach kurzen Verhandlungen wurde der geforderte Stundenlohn von 45 Pf. (früher 40 Pf.) bewilligt und die Akkordlöhne je nach den einzelnen Positionen bis um 25 Proz. erhöht. Sämtliche Arbeiter wurden wieder eingestellt, mit Einschluß der im Werk Köpenickerstraße beschäftigten, die sich unter Verweigerung der Streikarbeit den Ausständigen angeschlossen hatten. Auch erhielten letztere ebenfalls eine Lohnzulage von 5 Pf. pro Stunde zugesichert. Der Handels- und Transportarbeiter-Verband hatte bei dieser Wendung der Dinge gern auf eine Hinzuziehung zu den Verhandlungen verzichtet. Western nachmittags 5 Uhr wurden die Arbeiter allgemein wieder aufgenommen, nachdem die Pöfener Polen ebenfalls ihren Laufpoß erhalten hatten.

Zur Lohnbewegung der Freizeugschäffern. Mit dem in Ober-Schöneweide von den Arbeitgebern gefaßten Beschluß, die Forderungen der Schäffern nicht zu bewilligen oder die bereits gemachten Bewilligungen zurückzuziehen, erklären durch Unterschrift folgende Firmen nicht einverstanden zu sein: Jauer, Königsplatz 18, Bed., Wilhelmshofstr. 42, Krüger, Wilhelmshofstr. 52, und Gäß, Siemensstr. 18. Bis jetzt liegen 100 Bewilligungen vor. Die Innung fährt nach wie vor fort, ihre Mitglieder mit Strafe zu bedrohen, wenn die Forderungen bewilligt werden resp. die Plakate aushängen. Wir erlauben die Arbeiterschaft, nach wie vor auf die Plakate sowie besonders auf die Kontrollkarten zu achten. Die Lohnkommission der Freizeugschäffern.

Die Arbeiter der „Heinrichen Fabrik“ in Ernter (Aktiengesellschaft für Teer- und Erdöl-Industrie) befinden sich, wie bereits gemeldet, seit reichlich einer Woche im Streik. In Frage kommen circa 160 Mann, die größtenteils dem Fabrik-, Land- und Hülfsarbeiter-Verband angehören. Die Forderungen, oder besser gesagt, die in aller Höflichkeit vorgetragenen Wünsche der Arbeiter sind äußerst bescheiden. Sie haben um eine Erhöhung des jetzigen Stundenlohnes von 25 und 30 Pf. auf 35 Pf. Außerdem wünschten sie eine bessere Bezahlung der Ueberstunden, weil die Direktion anstatt der nominal auf zehn Stunden angelegten Arbeitszeit nur zu häufig 14 bis 16 Stunden arbeiten ließ. Die Direktion aber wies die Arbeiter schroff ab mit Bemerkungen wie: „Wem es nicht passe, der könne machen, daß er raus komme.“ Charakteristisch für das Verhalten der Direktion ist folgender „Erlaß“, durch den sie „ihren“ Arbeitern nachstehendes kund und zu wissen tut:

Vor kaum zwei Monaten haben wir den Zeitverhältnissen Rechnung tragend unseren Arbeitern aus eigenem Antriebe eine Lohnzulage bewilligt. Trotzdem hat der Verband der Fabrik-, Land- und Hülfsarbeiter Deutschlands einen Streik unserer Arbeiter herbeigeführt, der im wesentlichen eine weitere Erhöhung der Löhne zum Ziele hatte, obwohl das durchschnittliche Jahreseinkommen der gesamten Arbeiterschaft, einschließlich der jugendlichen Arbeiter, sich damals schon auf circa 1200 M. pro Kopf belief. (Brief aus Landratsamt vom 8. 10. 04.)

Eine solche Einmischung fremder, mit den Verhältnissen unseres Betriebes unbekannter Elemente können wir nicht weiter dulden. Wir werden daher von den bisher bei uns beschäftigten Arbeitern nur solche wieder einstellen, welche aus dem Verbands getreten sind und eine diesbezügliche schriftliche Erklärung bis spätestens Dienstagmittag (den 18. Juli) bei uns niederlegen.

Alle übrigen Arbeiter betrachten wir als nunmehr endgültig aus dem Fabrikverbande geschieden. Ihre Papiere werden der Ortspolizei übergeben werden. Ernter, den 14. Juli 1905.

Aktiengesellschaft für Teer- und Erdölindustrie.

Was das Durchschnittseinkommen der Arbeiter von 1200 M. pro Jahr angeht, so verhält die Direktion dabei anzugeben, daß sie die ganzen Meister- und Kolonnenführerlöhne in den „Durchschnitt“ mit eingerechnet hat. Jugendliche Arbeiter sind nur drei in dem ganzen Betriebe. Dann aber verschweigt die Direktion, daß dieser Lohn eigentlich in anderthalb Arbeitsjahren erzielt wurde, weil sie durch ihr raffiniertes Ueberstunden-system aus fast jedem Tage anderthalb machen läßt. Uebrigens ist die Direktion sehr wohl in der Lage, bessere Löhne zu zahlen, hat sie doch einen Agenten beauftragt, Arbeitswillige zu einem Anfangs-Stundenlohn von 37 1/2 Pf. anzuwerben, während die Streikenden nur 35 Pf. fordern. Vorläufig ruht der ganze Betrieb, Arbeitswillige haben sich noch nicht gefunden. Die ganze Einwohnerschaft von Ernter sympathisiert mit den Streikenden. Selbst es doch sogar in einem „Eingekandt“ des dortigen Amtsblattes: „Unserm Ort scheint (durch den Streik) eine Wohlthat befehrt zu sein, es raucht nicht mehr und stinkt auch nicht mehr.“ Die Einwohner unterstützen die Ausständigen finanziell und moralisch denn auch in anerkenntniswerter Weise. Sache der übrigen Arbeiterschaft ist es nun vor allem, den Zugzug fernzuhalten.

Deutsches Reich.

Zur westfälischen Bauarbeiter-Ausperrung.

Essen, 17. Juli. (Eig. Ver.) Die „Soziale Kommission“ des Stadtverordneten-Kollegiums, der die Bauarbeiter-Ausperrungsangelegenheit in der am Freitag stattgefundenen Stadtverordneten-Sitzung zur „schleunigen Erledigung“ überwiesen wurde, ist bis heute — Montag — abend noch nicht zusammengetreten, welche Tatsache von der Bevölkerung mit Befremden aufgenommen und besprochen wird.

Der dem Stadtverordneten-Kollegium angehörige Baunternehmer Bielenbrock hat heute bereits seine sämtlichen Arbeiter ausgesperrt. Eine Reihe weiterer Firmen hat die Aussperrungsmahregel für morgen angekündigt. Am Mittwoch dürfte die Aussperrung so ziemlich allgemein sein.

Im Restaurant „Malepartus“ fand eine öffentliche Versammlung statt, in welcher folgende Resolution einstimmig angenommen wurde:

„Die heutige, von beiden Organisationen einberufene gutbesuchte Versammlung der Verpuyer erklärt sich mit den Mauern und Bauarbeitern, welche der Arbeitgeberbund auszusperrt beschließen hat, solidarisch, weil hier ein auf Treu und Glauben getroffener Vertrag schände gebrochen wird. Die Versammlung verpflichtet sich:

- 1. keine Akkordarbeiten im Verpuyen sowie sonstige Arbeiten zur Fertigstellung der Bauten mehr zu übernehmen.
2. Sollten zur Velterführung von Pugarbeiten eines Baues Maurerarbeiten verrichtet werden müssen, so verpflichten sich die Puyper, keine derartigen Arbeiten zu machen.
3. Um die Fertigstellung der Bauarbeiten zu verhindern und die Aussperrung nicht noch zu fördern, legt die Versammlung folgende Grundzüge fest:
a) Arbeiten, welche durch Vertrag übernommen sind und bei Anfang der Aussperrung länger als sechs Tage dauern, müssen, wenn von seiten der eingesperrten Kontrollkommission die Parole dazu ausgegeben wird, ebenfalls niedergelegt werden.
b) Sollten bei Ausbruch der Aussperrung die Bauherren derjenigen Unternehmer, die sich an der Aussperrung beteiligen, eventuell die Arbeiten in Regie fertigzustellen beabsichtigen, und an die Verpuyer das Ansuchen stellen, von dem Tage der Aussperrung an bei ihnen zu arbeiten, ist dieses entchieden abzulehnen.“

Sämtliche Redner (an der Diskussion beteiligten sich nur Verpuyer) bezeichneten es als die strengste Pflicht, sich hier solidarisch zu zeigen, da schänder Kontraktbruch begangen wäre und die Unternehmer einen trübsen Angriff auf das Organisations- und Koalitionsrecht der Arbeiterschaft unternommen hätten. Mit einem Hoch auf die Solidarität der Essener Arbeiter wurde die Versammlung geschlossen.

Am Mittwochabend findet im großen Pöfischen Saale in Essen-West eine von beiden Verbänden einberufene öffentliche Bauarbeiter-Versammlung statt, in der über den genauen Stand der Aussperrung Bericht erstattet werden wird. Außer der Aussperrungskommission werden die Organisationsleiter beider Richtungen in dieser Versammlung erscheinen.

Die Förder der Firma Vornemann u. Watzh in Neerane, zusammen 700, haben dortigen Blättern zufolge gestern die Arbeit niedergelegt, weil ihre Forderungen auf Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit nicht bewilligt wurden. Auch in Glauchau haben, wie von dort gemeldet wird, gestern die Förderarbeiter beschlossen, in den Ausstand zu treten.

Holzarbeiter in Halle. Gestern legten 50 Tischler und Maschinenarbeiter von zwei Werkstätten (Vereinigter Tischlermeister und C. Hauptmann) die Arbeit nieder wegen Nichterhaltung des im Vorjahre abgeschlossenen Vertrages. Zugug ist streng fernzuhalten. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Ausland.

Aus der italienischen Arbeiterwelt. Rom, den 15. Juli. (Eig. Ver.) Auch in diesem Sommer macht sich eine große Steigerung



Der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit fühlbar. Nach den kürzlich veröffentlichten Statistiken des Arbeitsamts waren im Mai 74 Verhältnisse zu verzeichnen, die 19 035 Arbeiter betrafen. Am stärksten war an der Streikbewegung beteiligt die Landwirtschaft mit zehn Streiks und 4090 Arbeitern, die Holzindustrie mit 5 Streiks und 3143 Arbeitern, die Textilindustrie mit 9 Streiks und 2419 Arbeitern, die Montanindustrie mit 4 Streiks und 1550 Arbeitern und schließlich das Langgewerbe mit 15 Streiks und 1134 Arbeitern. Von diesen Ausnahmewirkungen wurden 28 im Mai nicht beigelegt.

Für den Juni liegt die Statistik noch nicht vor; doch dürfte die Streikfrequenz eher einen Zuwachs als einen Rückgang zeigen. Augenblicklich sind große Ausstände in mehreren Städten Italiens zu verzeichnen, namentlich zeigt sich, wie immer während der Ernte, eine große Vermehrung der Landarbeiterstreiks; diese sind so zahlreich geworden, daß die Presse sie kaum noch verfolgt.

Der große Streik von Carrara dauert noch fort. Nur ein kleiner Bruchteil der ca. 6000 Streikenden oder Ausgesperrten hat durch die sozialistische Stadtverwaltung von Carrara anderweitig Arbeit gefunden. Es ist eine große Erregungssache sozialistischer Erziehung, daß eine so große Bewegung in dieser zu Erzeugen neigenden Bevölkerung sieben Wochen dauern kann ohne eine einzige Auslieferung. Wie erinnerlich, streifen die Arbeiter, um das Recht zu bekämpfen, nicht die Arbeit unorganisiert befördern zu müssen. Das Konfession der Marmorbrüche hat auf den Streik mit einer allgemeinen Auslieferung geantwortet.

Ferner streiken 1200 Werftarbeiter in Muggiana; sie verlangen Lohnerböschung von 25 Centesimi täglich und Anerkennung der Arbeitskammer. In Florenz haben die Gasarbeiter die Arbeit niedergelegt und der Bürgermeister hat den Unternehmern der Gaswerke Soldaten zur Gasfabrikation zur Verfügung gestellt. Während diese Unternehmer den Streikenden jede Lohnverbesserung verweigern, begahen sie jedem Streikführer 7,50 Lire täglich bei freier Bewegung und freier militärischer Bewachung. Seit dem 10. streiken 1.000 Seidenwebereien in Jesi, 580 Webereibesitzer haben seit einer Woche in V. die Arbeit verlassen. In den Eisenwerken von Terni sind am 14. Juli 1000 Hüttenarbeiter in den Ausstand getreten; sie fordern Verabreichung der Arbeitszeit von 12 auf 8 Stunden, da ihnen die ungeheure Hitze unträglich macht, zwölf Stunden am Schmelzofen zu stehen. Da diese Kategorie das Material für alle anderen Arbeiterkategorien liefert, werden binnen kurzem die Eisenwerke der Aktiengesellschaft Terni den Betrieb einstellen müssen.

Außerdem sind zahllose kleinere Streiks im Gange in Vicenza, Catania, Mailand usw. Die Eisenwerke von Natto u. Co. in Bra bei Genua haben ihre sämtlichen Arbeiter, zirka 1500 Mann, ausgesperrt.

### Gerichts-Zeitung.

Eine traurige Geschichte von Not und Elend hatte einer Verurteilung des Kanzlischen Julius Reize zugrunde gelegen, der am 1. Dezember v. J. von der 7. Strafkammer wegen Betruges und Unterschlagung zu einer Woche Gefängnis verurteilt worden war. Dieses Urteil ist mündlich von dem zweiten Strafsenat des Reichsgerichts aufgehoben worden und die Sache zur nochmaligen Entscheidung an die Bezirksinstanz zurückverwiesen worden. Es handelte sich um den geringen Betrag von 4,50 M., den Reize in seiner Eigenschaft als Kanzlist in dem Sekretariat der Staatsanwaltschaft I unterschlagen haben soll. Der Angeklagte, der infolge dieser Straftatte verurteilt worden ist, war seit 17 Jahren als Kanzlist in der Justizbehörde beschäftigt. Er erhielt für das halbe eng geschriebene Blatt den großen Lohn von 4,50 Pf. Hiermit verdiente er gerade soviel, um für die dringenden Lebensbedürfnisse für sich und seine Frau aufkommen zu können. Als diese schwer erkrankte und bettlägerig wurde, hielt die Not den Einzug bei ihm. Es gelang ihm nicht, trotzdem er sich die Finger wund schrieb, die durch die Krankheit seiner Frau verursachten Mehrausgaben heranzuschaffen. Er nahm deshalb die Notarbeit zu Hilfe. Wenn er nach schwerem Bureauarbeit nach Hause kam, begann er, trotz Müdigkeit und Abgespanntheit in seiner Behausung weiter zu schreiben. Um in der Nacht nicht einzuschlafen, stellte er sich einen Kopf mit kaltem Wasser unter den Tisch und steckte die Füße hinein. Hierdurch und mit schwarzem Kaffee gelang es ihm, die Müdigkeit zu bannen. Nachdem er bis zum Tagesanbruch geschrieben hatte, schlief er kaum einige Stunden, um dann wieder seinen schweren Dienst anzutreten. Ende Mai v. J. erhielt der Angeklagte eine etwa 800 Seiten fassende Urteilsausfertigung zur Abschrift. Er hatte bis zum 28. Mai schon 100 Seiten fertig, glaubte indessen bis zum Rechnungsabschluss am 30. Mai noch 100 Seiten fertig zu bekommen und gab deshalb auf seinem Monatszettel 200 Seiten als geschrieben an. Durch eine eilige Arbeit wurde der Angeklagte an der Fertigstellung der restierenden 100 Seiten behindert. Bei Auszahlung seines Monatsgehalts kam es, daß der Angeklagte die Bezahlung für 100 halbe Seiten, also 4,50 M., zuviel erhielt. Die Kallage wirkt dem völlig unbefohlenen M. vor, in dieser Weise sich diesen Vorteil von 4,50 Mark verschafft zu haben. Zugleich soll er zur Verdeckung dieses Sachverhalts eine Natur in einem Kanzlistenschriftstück vorgenommen haben. — In der ersten Verhandlung vor der Strafkammer bestritt der Angeklagte jede Schuld. Er habe allerdings häufig Fehler gemacht und diese durch Rejusturen beseitigt. Insbesondere sei er an jenem Tage sehr aufgereggt gewesen und habe viel Fehler gemacht, da ihm zu all seinem Unglück auch noch seine zwei Kinder erkrankt waren. Gerade an jenem kritischen Tage habe er die schlimme Nachricht erhalten, daß der Arzt eines seiner Kinder dem Tode verfallen erklärt habe. Daß er Rejusturen gemacht habe, sei zweifellos, doch sei die hier in Frage kommende Natur schon vorhanden gewesen, bevor er sie dem Aktuar zur Prüfung vorgelegt hatte. Der Staatsanwalt beantragte seinerzeit eine Gefängnisstrafe von drei Monaten. Der Gerichtshof erachtete jedoch eine Unterschlagung für vorliegend und erkannte unter Berücksichtigung der ganzen Sachlage auf die niedrigst zulässige Strafe von einer Woche Gefängnis. Auf die Revision des Rechtsanwalts Dr. Davidson hat nunmehr das Reichsgericht dieses Urteil aufgehoben. Die Sache wird deshalb nach den Verichtsferien nochmals die 7. Strafkammer beschäftigen und werden wir dann über den endgültigen Ausgang berichten.

Zwei Seftliebhaber hatten in der Nacht zum 1. Juni d. J. der Graeger'schen Seftkellerei in der Lindoverstraße einen diebstahligen Besuch ab. Die beiden Eindringler, die mit ausgezeichnetem Diebeswerkzeug versehen sein mußten, hatten mittelfst Dietrichs das Hans Lindoverstr. 24 geöffnet. In dem Seitensattel des Hauses bohren sie mit einem Reibringbohrer die Türöffnung an und stemmten dann mit einem scharfen Stemmeisen die ganze Zillung heraus. Durch die entstandene Öffnung krochen die beiden Eindringler hindurch und gelangten in den Raum, in welchem sich die Eingangstür zu der Graeger'schen Seftkellerei befindet. Die Inhaberin hatte, um einen gewissen Schutz vor derartigen diebstahligen Besuchen zu haben, an dieser Tür eine elektrische Alarmanlage anbringen lassen, die den Dieben verborgen blieb. Als die Tür erbrochen war, erlöste in der G. Wohnung sofort das elektrische Alarmerwerk. Frau G. alarmierte mehrere Hausbewohner, welche die Eindringler in der besten Arbeit hörten. Einer von ihnen war gerade im Begriff, sich unter den Seftwürsten die besten Marken anzusehen, während sein Komplize einen Schreibtisch erbrochen hatte, um sich die dort etwa aufbewahrten Wertgegenstände anzueignen. Als sich die beiden Diebe überrascht sahen, ließen sie alles stehen und liegen und eilfertigsten mit ungläublicher Schnelligkeit durch ein Fenster. Da man es unterlassen hatte, auch die Hauseingänge zu besetzen, gelangten beide ungehindert ins Freie. Die Ermittlung der beiden Täter war mit erheblichen Schwierigkeiten verknüpft. Endlich gelang es, dem mehrfach vorbestraften Arbeiter Hermann u. G. als einem der Seftliebhaber zu ermitteln. Dieser will angeblich seinen Komplizen nicht kennen, jedoch auch jede weitere Nachforschung nach ihm erfolglos blieben. — Aus dem Untersuchungsgesamtheit wurde Conrad gestern der 2. Ferienstrafammer des Landgerichts I vorgeführt. Vor Gericht legte der Angeklagte ein

offenes Geständnis ab. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die Vorstrafen und die raffinierte Ausführung des Eindringens, die zeigte, daß man es mit gewerkschaftlichen Dieben zu tun habe, eine Zuchthausstrafe von einem Jahre sechs Monaten. Der Gerichtshof billigte es dem Antrage des Verteidigers gemäß bei der Mindeststrafe von einem Jahre Zuchthaus und 2 Jahren Ehrverlust.

Der verlängerte Kognak. Die Gesellschaft Mercier, La Roche u. Komp., deren Hauptniederlassung und Kognakbrennerei sich in Berlin befindet, stellt Kognak her aus verdünntem Kartoffelsprit und einem Weindestillat, welches in ihrer Zweigniederlassung in Cognac im französischen Departement Charenis gewonnen wird. Zu 100 Liter verdünntem Spirit kommen 10 Liter des Weindestillats. Außerdem wird diesem Gemisch 1 Liter eines Apfelsinensdestillats zugesetzt. Wegen dieses Zusatzes wurde der Teilhaber und Geschäftsführer der Gesellschaft, Herr Hippold, vom Landgericht auf Grund des § 10 Nr. 1 und 2 des Nahrungsmittelgesetzes zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er 1. ein Nahrungs- oder Genussmittel zum Zwecke der Täuschung in Handel und Verkehr veräußert und 2. unter Verschweigung dieses Umstandes es verkauft habe, wissend, daß es verfällicht sei. — Angeklagter legte Berufung ein und machte geltend, daß der Zusatz des Apfelsinensdestillats nicht erfolgt sei, um den Kognak zu verlängern, sondern lediglich deshalb, dem Gemisch ein bestimmtes Aroma zu verleihen. — Das Kammergericht verwarf die Revision mit folgender Begründung: Mit Recht sei das Landgericht davon ausgegangen, daß die Auffassung des Publikums von der Zusammenfügung eines Genuss- oder Nahrungsmittels maßgebend sei. Wenn das Publikum, wie das Landgericht feststellte, erwarte, daß das Kaufprodukt Kognak nichts enthalte als Wasser, die Inzufsionen, Spirit und ein Weindestillat, so falle jeder weitere Zusatz, falls er eine Verschlechterung bedeute, unter den Begriff der Verfällichtung. Nun sei festgestellt worden, daß der Kognak außer den genannten Bestandteilen noch enthalten habe, wenn auch in geringer Menge, ein Destillat aus Apfelsinensbegw. aus dem mit dem Apfelsinens verbundenen Oese. Und darin habe das Landgericht eine Verschlechterung gefunden, weil es eine Verlängerung des ganzen Gemisches sei. Damit habe der Vorderichter alle Momente festgestellt, die erforderlich seien, eine Verfällichtung anzunehmen.

### Literarisches.

Religion ist Privatsache. Von Fr. Stampfer. (Berlin 1905. Verlag Buchhandlung Vorwärts. Preis 20 Pf.)

Lauter und zahlreicher denn je erheben sich jetzt in der sozialdemokratischen Partei Stimmen gegen den Programmsatz: Religion ist Privatsache. Und die stärker anschwellende Opposition gegen den Satz erklärt sich nicht zuletzt aus der wachsenden Nachsicht der „hohen Herren der Kirche“ in dem „protestantischen“ deutschen Kaiserreich. Die Vormacht des reinen Evangeliums öffnet ererblich die Schulküren nicht nur den gescheiterten sondern auch den geschorenen Seelenhirnen. In diesen Zeiten, wo sich das freie Tageslicht erst durch so viel schwarzes Pfaffenlicht Eingang in die Schulzimmer verschaffen muß, verstehen viele Genossen den Ruf nicht mehr: „Religion ist Privatsache“. Nun redet ja sehr deutlich das Erfurter Programm gegen die Verhängung der Schulsteuer mit Kalaren. Es verkündet laut den Grundgedanken der Weltanschauung der Schule. Und die Genossen, denen die wachsende Verpflanzung der Schule so schwer im Magen liegt, dürften nur kraftvoller wie bisher diesen Grundgedanken und seine praktische Verwirklichung betreiben, als daß sie kurzerhand die Streichung des Satzes „Religion ist Privatsache“ aus dem sozialdemokratischen Programm beantragen, wenn sie doch der Gerechtigkeit die Schulküren vor der Nase zuschlagen wollen. Dem Kampfe gegen die geistliche Macht der Fiskus in der Schule dient diese Streichung nicht.

Gerade mitten in dem regen Meinungsstreit über die Streichung des angeführten Programmsatzes erscheint die instruktive, anregend gefärbte Broschüre des Genossen Fr. Stampfer. Er charakterisiert die Gegensätze der kirchlichen und sozialistischen Weltanschauung, er beleuchtet das Wesen der heutigen Staats- und Kirchenverhältnisse und das Verhältnis dieser Institutionen zu dem proletarischen Humanitätsideal. Aus seinen geistreichen Ausführungen schöpft der sozialdemokratische Arbeiter eine ganze Fülle religiöser und staatsgeschichtlicher Tatsachen, und es strömen ihm reiche Anregungen für sein Selbstdenken zu.

Stampfer wertet die Sozialdemokratie nicht nur als eine sozialpolitische Partei, sondern als eine vorwärtsstürmende, eine neue Weltanschauung verlebende Geistbewegung. Und in die sozialdemokratische Weltanschauung gliedert er die materialistische Geschichtsauffassung als die wissenschaftliche Grundlage der sozialdemokratischen Sittenlehre ein. Die Sozialdemokratie erwacht also geistig völlig mit einer ganz bestimmten philosophischen Richtung. Ein derartiges Bewußtsein kann aber für die Sozialdemokratie sehr vorteilhaft werden. Bedeutet doch damit jeder Angriff gegen den Geschichtsmaterialismus zugleich ein Angriff gegen eine wesentliche Grundlage der Sozialdemokratie! Wir sind der Ueberzeugung, daß sich Marx und Engels selbst energisch gegen die Auffassung Stampfers von der materialistischen Geschichtsauffassung als von einer wissenschaftlichen Grundlage der sozialdemokratischen Sittenlehre gewandt hätten. Die Sittenlehre will, wie das bloße Wort schon sagt, Sitten lehren. Sie bezweckt dem Menschen das, was eine Generation, eine Klasse als sittlich gut erkennt, als erstrebenswertes Ziel für sein Verhalten gegen seine Mitmenschen einzuschärfen. Ohne eindringliche Predigten, die wirklich gute Taten werden wollen, geht es einmal in der Sittenlehre nicht ab. Den Predigerinnen vernehmen wir auch in den Organen, die einschließen die proletarische Sittenlehre vertreten, tagaus, tagein. Vier brandmarken sie in den heftigsten Tadelsworten eine gegnerische Handlung als einen ungezügeltten Ausbruch brutaler Klassenmoral, dort ermahnen sie die kämpfenden Genossen zu bestimmten Taten, die allein den sittlichen Vorstellungen des sozialistischen Proletariats entsprechen. Daß die scharf ausgeprägten sittlichen Urteile des Proletariats wirkliche Lebensmacht sind, das hat schon mancher Streikführer erfahren müssen, auch wenn sich gegen ihn niemals eine verborgene Faust, ja nicht einmal ein Schmähwort wandte. Die materialistische Geschichtsauffassung hat nun mit der Sittenlehre als solcher nichts zu tun. Sie verurteilt das Sein und Werden in der Geschichte zu erklären, steht aber dem Sollen föhig bis an Herz hinan gegenüber. Die materialistische Geschichtsauffassung will das Geschickliche als ein natürliches Aneinanderknüpfen, sie stellt sich als ein Weltklärungs- und nicht als ein Weltbesserungsversuch dar.

Die Verquickung der Sozialdemokratie mit der materialistischen Geschichtsauffassung, wie sie dem Genossen Stampfer vorzuschwebt, entspricht nicht im entferntesten dem realpolitischen Wesen der sozialdemokratischen Partei. Die Sozialdemokratie setzt sich vorwiegend aus den arbeitenden Massen zusammen, die nach mehr Brot und mehr Freiheit verlangen. Diese Massen sehen, daß ihnen Freiheit und Brot von den anderen politischen Parteien gänzlich vorenthalten oder nur in ganz minimalen Portionen zugeworfen werden, und deshalb stimmen sie für die Sozialdemokratie, gleichgültig ob sie aus Religiosität noch alle kirchlichen Gebräuche halten oder sich völlig von diesen losgelöst haben.

Die Sozialdemokratie ist eine politische Partei, die die ökonomisch-sozialen Machtverhältnisse in Dienste des Proletariats und aller unterdrückten Gesellschaftsklassen staatlich umzugestalten gebault und nicht ein philosophisches Kränzchen, das sich in haarwallerischen Diskussionen über die Materie, über den historischen Materialismus usw. ergeht. Veränderungen in den philosophischen Auffassungen der Zeit prägen sich nicht in dem Programm der Sozialdemokratie aus. Es wäre auch wahrlich schlimm um dieses Programm bestellt, wenn es jeweilig mit dem Vorherrschenden oder Niedergehenden bestimmter philosophischer Richtungen korrigiert werden müßte. Die Sozialdemokratie braucht sich natürlich nicht bei der Diskussion philosophischer und religiöser Probleme einen Maulkorb

vorzubinden, nur ist die Stellungnahme zu diesen Problemen nicht ihre spezielle Lebensaufgabe. Wehrt die Sozialdemokratie mit irgend einer religiösen Richtung, z. B. mit dem Ultramontanismus, Kugeln, so tut sie es vorwiegend als sozialpolitische Partei, weil von den Ultramontanen die Freiheit (Meinungsfreiheit usw.) und das Brot (die materiellen ökonomischen Interessen) der Massen verlegt wurden.

Wir sehen in der Wendung: „Religion ist Privatsache“ mehr als Genosse Stampfer, der sie nur für eine politische, an den Staat gerichtete Programmforderung der Sozialdemokratie erklärt. Er führt unter anderem in seinem Schriftchen aus: „Der Satz: „Religion ist Privatsache“ sagt aber noch dem logischen Zusammenhange nicht, daß Religion eine nicht öffentliche, für das gesellschaftliche Leben gleichgültige Sache sei. Er verlangt vielmehr nur vom Staate, daß er die Religion als Privatsache (im Gegensatz zur Staatsache) behandeln solle.“ Wir entdecken aber noch einen anderen Sinn in diesem Satz. Er sagt nämlich nach unserer Auffassung: Uns Sozialdemokraten ist die Religion eine Privatsache, denn wir bilden eine sozialpolitische und keine religiöse und philosophische Partei, und deshalb verlangen wir vor allem, nach unseren sozialpolitischen Grundanschauungen beurteilt zu werden. Bestimmte religiöse und philosophische Ansichten, die sich in den Köpfen einzelner Sozialdemokraten oder einiger proletarischer Gruppen befinden, sind nicht der Kern der sozialdemokratischen Bestrebungen, diese Ansichten teilen die Sozialdemokraten mit den Anhängern verschiedener bürgerlicher Parteien, sondern die genau ausgeprägten sozialökonomischen Programmforderungen bilden das eigentliche Wesen der Sozialdemokratie. Philosophische und religiöse Aufklärung schöpft die Arbeiterklasse auch aus nichtsozialdemokratischen Schriften. Im Dienste dieser Aufklärung stehen zahlreiche Philosophen, Naturforscher und freireligiöse und freidenkerische Vereinigungen. Genosse Stampfer weist in seiner mit so reichem Tatsachenmaterial versehenen Schrift mit Recht auf das Riesengebiet der Kämpfer hin, das sich seit dem ersten Morgenrauschen der neuzeitlichen Philosophie gegen die geoffenbarten Religionen erhoben hat. Wäre die Aufklärung gegen die Grundideen dieser Religionen ist nicht aus den Jährt- und Mißtafeln des modernen sozialistischen Proletariats hervorgegangen, und der Kampf gegen diese Ideen ist und bleibt nichts spezifisch sozialdemokratisches. Da nun unsere Gegner — allerdings mit plumper Taktspielerei — unser schwerwiegendes sozialpolitisches Programm hinwegzujaubern belieben und uns stets mit freischwebender Marktschreierstimme als die Partei des Materialismus, der Irreligiosität auszurufen pflegen, so haben wir das denkbar größte Interesse, in unser sozialdemokratisches Programm den Satz zu stellen: „Religion ist Privatsache.“ Wir brauchen einen derartigen Satz zur scharfen Kennzeichnung unserer Partei als einer ausgesprochenen sozialpolitischen Partei.

P. Kampffmeyer.

### Briefkasten der Redaktion.

3. 75. 1. und 2. Im juristischen Teil 3. und 4. Schlagen Sie im Bureau des Herrn Postamt nach, bezw. wenden Sie sich an das Auskunftsbüro eines Berliner Bahnhofes, z. B. Potsdamer Bahnhof. — 2101. Ja. — 1680. Nein. — 1753. 1. Paris. 2. Nein. 3. Ja. — Knobloch. 1. und 2. Auf Votto hat wir leider nicht geacht. 3. Antwort im juristischen Teil. — 1334. 1. Japan. 2. Nein.

### Juristischer Teil.

Die juristische Ehrenkammer findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Geöffnet: abends 7 Uhr. — N. 2. 18. Daß der zweite Arzt als Vertreter des ersten gehandelt, so hat er keinen Anspruch auf Bezahlung. Wenden Sie sich an den ersten Arzt. — N. 3. Dem Vortag gegenüber hat der Herr Vorgesänger, wenn ihm die Haltung nicht erlassen ist. — N. 23. 2. Die Beschlüsse über Erhebung von Bürgerrechten sind in Preußen keine einschlägigen. Entscheidend sind die ortsherrlichen Beschlüsse. Erkundigen Sie sich über deren Inhalt beim dortigen Magistrat. Eine Zusammenstellung aller für Preußen geltenden Beschlüsse besitz ich nicht. — N. 24. 14. Der Eigentümer kann Herausgabe seines Eigentums, das gestohlen oder unterschlagen und dann veräußert ist, verlangen. Gegen Ihren Schuldner könnten Sie auf Zahlung klagen. Ob in Ihrem Fall in der Tat der Regulator nicht Ihren Schuldner gehört, läßt sich ohne Kenntnis des Wortlauts des Vertrages nicht sagen. — N. 2. 1000. Bitte zu wiederholen. — N. 2. 2. Wenn kein Testament vorliegt, erbt nicht der kinderlose Witwer oder die Witwe allein. Das Erbrecht in solchem Fall ist wiederholt von uns ausführlich, so in den Nummern von 8. und 16. Juli, dargelegt. — N. 3. Nichtbedürftigen Antrag ist an das Polizeipräsidium zu richten. — Nachzahlung 31. Jeder ist für das Vergehen seines Grund für eine Aushebung des Vertrages oder für das Erhebungsantrag.

Unserem Kollegen 38129  
**Karl Melcher nebst Frau**  
zur Silbernen Hochzeit ein dreimal  
hommendes Hoch!!!  
Die Kollegen der Firma Hagmann.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter

**A. Krüger**  
am 16. d. M. gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am 19. Juli nachmittags in Köpenick statt.  
Die Ortsverwaltung

**Pflanzerverein „Nordstern“.**  
M. d. B. d. Pfl. B. u. U.  
**Todes-Anzeige.**  
Am 16. Juli verstarb unser wertest Mitglied, der Buchbinder

**Waldemar Lange**  
nach ihr sein, aber schwerem Krankenlager.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 19. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Berliner Kirchhofes am Bahnhofs-Schönholz aus statt.  
Mit zahlreicher Beteiligung erlischt  
Der Vorstand.

Hiermit zur Anzeige, daß unsere Kollegin  
**Fran Paul**  
am 17. d. M. im Alter von 42 Jahren sonst erkrankt ist.  
Ehre ihrem Andenken!  
**Die Kolleginnen und Kollegen der A. E. G. Hüttenstraße.**  
Abl. Grünwald. Abl. Manke.

**Zentralverband der Handlungsgehilfen v. Gehilfinnen Deutschl.**  
Bezirk Berlin.  
**Nachruf.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

**Willy Domke**  
am 15. Juli 1905 nach langem Leiden verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
290/15 Die Ortsverwaltung.

Am Montag, den 17. d. Mts. nachmittags 2 1/2 Uhr, verschied plötzlich infolge Herzleidens meine liebe Frau, unsere gute Mutter

**Johanna Reismann**  
geb. Riebe  
im Alter von 46 Jahren.  
Mit der Bitte um stille Teilnahme zeigen dies an  
Hermann Reismann  
Georg Reismann  
Marie Reismann

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 20. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des St. Gotthard-Kirchhofes in der Varusstraße aus statt.  
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau und unserer guten Schwägerin

**Auguste Liebich**  
geb. Jesechko  
sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Gesangsverein „Friedensfreude“ sowie Herrn Dr. Stern für die tröstlichen Worte am Sarge der Entschlenen unseren herzlichsten Dank. 188112  
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen Carl Liebich, Fraustr. 54.  
**Danksagung.**  
Für die herzliche Teilnahme an dem Begräbnis meines lieben Mannes  
**Herm. Förster**  
sage ich allen, insbesondere den Rüstern und Kollegen der A. E. G., Abteilung für Arbeitnaben, meinen besten Dank.  
Wendoline Förster.  
38129







# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher Amt IV, 9679. Arbeitsnachweis Zimmer 34, Amt IV, 3353.

Donnerstag, den 20. Juli 1905, abends 8 1/2 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain (früher Lipps):

## Außerordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Ersatzwahl und Rentwahl der notwendig gewordenen Beamten. 2. Anträge der Ortsverwaltung und an die Verwaltung gelangte Anträge. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

## Achtung! Bibliothek. Achtung!

Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß vom 19. Juli ab wegen Vornahme von Inventur keine Bibliotheksbücher mehr ausgegeben werden. Die Mitglieder, welche noch im Besitz von Bibliotheksbüchern sind, werden ersucht, dieselben so schnell wie möglich abzuliefern. Die Bibliothek befindet sich im Verbandsbureau, Engel-Ufer 15 I, und ist täglich während der Bureaustunden von 9-1 Uhr vormittags und von 4-7 Uhr nachmittags geöffnet; Dienstags und Freitags außerdem von 7-9 Uhr abends. — Sonnabend nachmittags und Montag nachmittags ist die Bibliothek geschlossen.

## Zentral-Verband der Steinarbeiter (Berlin I).

Donnerstag, den 20. Juli, abends 8 Uhr, in den Arminshallen, Kommandantenstraße Nr. 20:

## Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom zweiten Quartal. 2. Rentwahl eines ersten Kassierers. 3. Verschiedenes.

172/16\*

Mitgliedsbuch legitimiert. Die Verbandsleitung.

## Zentral-Verband der Töpfer Deutschlands. Filiale Berlin.

Donnerstag, 20. Juli, abends 7 Uhr, bei Keller, Köpenickerstr. 20:

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal 1905. 2. Rentwahl des ersten Kassierers. 3. Bericht der Einigungs-Kommission. 4. Gewerkschaftliches. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung erwarten wir, daß jeder Kollege in dieser Versammlung erscheint. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

## Berliner Uk-Trio.

Felix Scheuer, Dramaturgstr. 1.

## Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. (Ortsverwaltung Berlin.)

Freitag, den 21. Juli, nachmittags 5 Uhr, beim Kollegen Obst in Schöneberg, Weiningerstr. 8:

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Kassabericht vom 2. Quartal 1905. 2. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung in Magdeburg. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenartiges. Der wichtigsten Tagesordnung wegen ist zahlreiches Erscheinen notwendig. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand. J. H.: Ernst Obst.

## Wohin gehen wir Sonntags, und wohin machen wir unsere Land- und Wasserpartie? Nach Pichelswerder zum alten Freund.

Da ist es gemächlich und schön, und wir sind immer gern ges'hen. Es ladet ein. Einige Sonnabende im Juli noch frei. Größter Tanzsaal in der Umgebung.

# Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher.

(Filiale Berlin.)

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 36. Telefon: Amt IV, 9720.

## Donnerstag, den 20. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15: Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Kassabericht vom zweiten Quartal. 2. Bericht vom Kölner Gewerkschafts-Kongress. Referent: Kollege Tobler. 3. Vereinsangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert.

Sonnabend, den 22. Juli 1905, im Etablissement der Brauerei Friedrichshain, am Friedrichshain 16-23:

## Sommer-Fest.

Konzert: O. Kahnts Berliner Orchester.

Berliner Uk-Trio, humoristisches Gesangs-Terzett • Verlosung • Kinder-Fackelzug. Anfang 5 Uhr. — Entree inkl. Tanz Herren 50 Pf., Damen 30 Pf. Regen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

## Achtung! Fahrstuhlarbeiter. Achtung!

Mittwoch, den 19. Juli cr., abends 8 Uhr, in den Industrie-Festsälen, Beuthstraße 19/20:

## Versammlung

aller an Fahrstühlen und Hebevorrichtungen beschäftigten Arbeiter.

Tages-Ordnung: 1. Der Stand der Bewegung und unsere weitere Stellungnahme. 2. Verschiedenes. Des Ferneren unterbreiten wir den Bauarbeitern zur Kenntnisnahme, daß der Streik bei der Firma Koch u. Peumann durch Bewilligung der gestellten Forderung beendet ist. Arbeitsberechtigungs-Karten gelangen für die bei dieser Firma beschäftigten Arbeiter nicht zur Ausgabe. Der Zweigvereins-Vorstand.

## Andreas-Festsäle.

Empfehle meine Säle zu Hochzeiten, Festlichkeiten und für Vereine. Sonnabends und Sonntag frei.

# Kleine Anzeigen.

Jedes 5 Pfennig. Wort: 5. Das erste fettgedruckte Wort 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Steybeden billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. +37\*  
Teppiche mit Farbenblechern Badzimmerschürzen Große Frankfurterstraße 9, parterre. +37\*  
Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. +37\*  
Fahrräder, Teilzahlungen. Invalidenstraße 148 (Gangung Bergstraße). Große Frankfurterstraße 55, Stallstraße 40. 6496\*  
Tafel, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Androstraße 38. 6518\*  
Baumaterialien, neue und gebrauchte wie: Kaminholz, Bretter, Laten, Leisten, Türen, Fenster, Dachpappe, Zinkblech, in größter Auswahl billigst Kottbuscherdamm 22. 15428\*  
Stiefmacherei mit elektrischem Betrieb, alles gutgehendes Geschäft, in einer ruhigen Umkleidekabine zu verkaufen. Interessenten unter B. F. Postamt 91.  
Monatsanleihe von 6,00 an, Sommerpaletots von 5,00 an, Dosen von 1,50 an, Gehörapparate von 12,00 an, Proben von 2,50 an, auch für torpente Figuren. Neue Garderobe zu kaum den billigen Preisen, sowie aus Wandstücken verfallene Sachen. Köp. Kurlandstraße 14. 815\*  
Zwei neue englische Bettstellen 21,00, Bergstraße 77, parterre. 808\*  
Perfekte, 1,00, junge, sprechen, spielen lernend, junge Freitagen, Dranienstraße 87. 695\*  
Nähmaschinen (amerikanische Systeme) vergibt noch bis 10,00, wer Teilszahlung Nähmaschine kauft oder nachweist, Woche 1,00. Postkarte. Brauer, Bornackerstr. 50. 739\*  
Zigarrenschäfte. Bei Neu-Einrichtung von Zigarrenschäften liefert Zigarren zu äußerst günstigen Bedingungen. Udo Stangenberg, Köpenickerstraße 30a, Vertreter der Tabakarbeiter-Genossenschaft. 6408\*  
Wohlfühlverkauf in meiner Wohlfühl-Wohlfühlstraße 80/81, nahe Spittelmarkt. Infolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele geräumliche und verbleiben gewöhnliche Möbel, die wie neu sind, Kleiderständer, Bettische 27,00, Ausziehtisch 16, Kleiderstühle mit Federmatratze und Kleiderstühle 38, Tischleuchte 50, Paneele 70, Tischleuchte 20, Ankerstr. 25, ganze Einrichtungen billig. Transport frei. 18/17\*

Kingsfishchen, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00, Köpenickerstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Preyslauestraße 59/60.  
Gochvornehme Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verlanbahnhaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Filialen. 6578\*  
Tambourier - Maschinen. Gode-meyer, alleinst. Fabrikant C. Wilmann, Köpenickerstraße 26, nahe der Landbergerstraße. 6678\*  
Konfirmanden-Geschäft verkauft billig. Preyslaue, Rheinstraße 63. 905  
Kohlrübe 1,25. Landbergerstraße 42, Pensionat. 936  
Lande mit Zubehör verkauft. Jäger, Reichbergerstraße 85a. 966  
Wänterei (275 Mark) verkauft. J. fort. Franzosenstraße 7. +\*  
Kinderwagen zu verkaufen, weiß, Gummi, Reifler, Schwanenberger, Zoppotstraße 14. 926\*  
Grünstrumpfgeschäft. Franzosenstraße 38 bei Keller. 916  
Wänterbetten, Taschenlöcher, Bettische 27,00, Kissenmöbel, Truemeau, Schreibtisch, Verdoppelungsbühnen, Schlafleuchte, billige Preise. Hirschowitz, Brunnenstraße 30. 888  
Gadefischerhaus! Spezialgeschäft. 300, Dreifachgeschloß! Gadefischer! 6,00, Gadefischerparat! Gadefischer! 1,00, Gadefischer! Gadefischer! 2,00, Gadefischer! Gadefischer! 3,00, Gadefischer! Gadefischer! 4,00, Gadefischer! Gadefischer! 5,00, Gadefischer! Gadefischer! 6,00, Gadefischer! Gadefischer! 7,00, Gadefischer! Gadefischer! 8,00, Gadefischer! Gadefischer! 9,00, Gadefischer! Gadefischer! 10,00, Gadefischer! Gadefischer! 11,00, Gadefischer! Gadefischer! 12,00, Gadefischer! Gadefischer! 13,00, Gadefischer! Gadefischer! 14,00, Gadefischer! Gadefischer! 15,00, Gadefischer! Gadefischer! 16,00, Gadefischer! Gadefischer! 17,00, Gadefischer! Gadefischer! 18,00, Gadefischer! Gadefischer! 19,00, Gadefischer! Gadefischer! 20,00, Gadefischer! Gadefischer! 21,00, Gadefischer! Gadefischer! 22,00, Gadefischer! Gadefischer! 23,00, Gadefischer! Gadefischer! 24,00, Gadefischer! Gadefischer! 25,00, Gadefischer! Gadefischer! 26,00, Gadefischer! Gadefischer! 27,00, Gadefischer! Gadefischer! 28,00, Gadefischer! Gadefischer! 29,00, Gadefischer! Gadefischer! 30,00, Gadefischer! Gadefischer! 31,00, Gadefischer! Gadefischer! 32,00, Gadefischer! Gadefischer! 33,00, Gadefischer! Gadefischer! 34,00, Gadefischer! Gadefischer! 35,00, Gadefischer! Gadefischer! 36,00, Gadefischer! Gadefischer! 37,00, Gadefischer! Gadefischer! 38,00, Gadefischer! Gadefischer! 39,00, Gadefischer! Gadefischer! 40,00, Gadefischer! Gadefischer! 41,00, Gadefischer! Gadefischer! 42,00, Gadefischer! Gadefischer! 43,00, Gadefischer! Gadefischer! 44,00, Gadefischer! Gadefischer! 45,00, Gadefischer! Gadefischer! 46,00, Gadefischer! Gadefischer! 47,00, Gadefischer! Gadefischer! 48,00, Gadefischer! Gadefischer! 49,00, Gadefischer! Gadefischer! 50,00, Gadefischer! Gadefischer! 51,00, Gadefischer! Gadefischer! 52,00, Gadefischer! Gadefischer! 53,00, Gadefischer! Gadefischer! 54,00, Gadefischer! Gadefischer! 55,00, Gadefischer! Gadefischer! 56,00, Gadefischer! Gadefischer! 57,00, Gadefischer! Gadefischer! 58,00, Gadefischer! Gadefischer! 59,00, Gadefischer! Gadefischer! 60,00, Gadefischer! Gadefischer! 61,00, Gadefischer! Gadefischer! 62,00, Gadefischer! Gadefischer! 63,00, Gadefischer! Gadefischer! 64,00, Gadefischer! Gadefischer! 65,00, Gadefischer! Gadefischer! 66,00, Gadefischer! Gadefischer! 67,00, Gadefischer! Gadefischer! 68,00, Gadefischer! Gadefischer! 69,00, Gadefischer! Gadefischer! 70,00, Gadefischer! Gadefischer! 71,00, Gadefischer! Gadefischer! 72,00, Gadefischer! Gadefischer! 73,00, Gadefischer! Gadefischer! 74,00, Gadefischer! Gadefischer! 75,00, Gadefischer! Gadefischer! 76,00, Gadefischer! Gadefischer! 77,00, Gadefischer! Gadefischer! 78,00, Gadefischer! Gadefischer! 79,00, Gadefischer! Gadefischer! 80,00, Gadefischer! Gadefischer! 81,00, Gadefischer! Gadefischer! 82,00, Gadefischer! Gadefischer! 83,00, Gadefischer! Gadefischer! 84,00, Gadefischer! Gadefischer! 85,00, Gadefischer! Gadefischer! 86,00, Gadefischer! Gadefischer! 87,00, Gadefischer! Gadefischer! 88,00, Gadefischer! Gadefischer! 89,00, Gadefischer! Gadefischer! 90,00, Gadefischer! Gadefischer! 91,00, Gadefischer! Gadefischer! 92,00, Gadefischer! Gadefischer! 93,00, Gadefischer! Gadefischer! 94,00, Gadefischer! Gadefischer! 95,00, Gadefischer! Gadefischer! 96,00, Gadefischer! Gadefischer! 97,00, Gadefischer! Gadefischer! 98,00, Gadefischer! Gadefischer! 99,00, Gadefischer! Gadefischer! 100,00, Gadefischer! Gadefischer! 101,00, Gadefischer! Gadefischer! 102,00, Gadefischer! Gadefischer! 103,00, Gadefischer! Gadefischer! 104,00, Gadefischer! Gadefischer! 105,00, Gadefischer! Gadefischer! 106,00, Gadefischer! Gadefischer! 107,00, Gadefischer! Gadefischer! 108,00, Gadefischer! Gadefischer! 109,00, Gadefischer! Gadefischer! 110,00, Gadefischer! Gadefischer! 111,00, Gadefischer! Gadefischer! 112,00, Gadefischer! Gadefischer! 113,00, Gadefischer! Gadefischer! 114,00, Gadefischer! Gadefischer! 115,00, Gadefischer! Gadefischer! 116,00, Gadefischer! Gadefischer! 117,00, Gadefischer! Gadefischer! 118,00, Gadefischer! Gadefischer! 119,00, Gadefischer! Gadefischer! 120,00, Gadefischer! Gadefischer! 121,00, Gadefischer! Gadefischer! 122,00, Gadefischer! Gadefischer! 123,00, Gadefischer! Gadefischer! 124,00, Gadefischer! Gadefischer! 125,00, Gadefischer! Gadefischer! 126,00, Gadefischer! Gadefischer! 127,00, Gadefischer! Gadefischer! 128,00, Gadefischer! Gadefischer! 129,00, Gadefischer! Gadefischer! 130,00, Gadefischer! Gadefischer! 131,00, Gadefischer! Gadefischer! 132,00, Gadefischer! Gadefischer! 133,00, Gadefischer! Gadefischer! 134,00, Gadefischer! Gadefischer! 135,00, Gadefischer! Gadefischer! 136,00, Gadefischer! Gadefischer! 137,00, Gadefischer! Gadefischer! 138,00, Gadefischer! Gadefischer! 139,00, Gadefischer! Gadefischer! 140,00, Gadefischer! Gadefischer! 141,00, Gadefischer! Gadefischer! 142,00, Gadefischer! Gadefischer! 143,00, Gadefischer! Gadefischer! 144,00, Gadefischer! Gadefischer! 145,00, Gadefischer! Gadefischer! 146,00, Gadefischer! Gadefischer! 147,00, Gadefischer! Gadefischer! 148,00, Gadefischer! Gadefischer! 149,00, Gadefischer! Gadefischer! 150,00, Gadefischer! Gadefischer! 151,00, Gadefischer! Gadefischer! 152,00, Gadefischer! Gadefischer! 153,00, Gadefischer! Gadefischer! 154,00, Gadefischer! Gadefischer! 155,00, Gadefischer! Gadefischer! 156,00, Gadefischer! Gadefischer! 157,00, Gadefischer! Gadefischer! 158,00, Gadefischer! Gadefischer! 159,00, Gadefischer! Gadefischer! 160,00, Gadefischer! Gadefischer! 161,00, Gadefischer! Gadefischer! 162,00, Gadefischer! Gadefischer! 163,00, Gadefischer! Gadefischer! 164,00, Gadefischer! Gadefischer! 165,00, Gadefischer! Gadefischer! 166,00, Gadefischer! Gadefischer! 167,00, Gadefischer! Gadefischer! 168,00, Gadefischer! Gadefischer! 169,00, Gadefischer! Gadefischer! 170,00, Gadefischer! Gadefischer! 171,00, Gadefischer! Gadefischer! 172,00, Gadefischer! Gadefischer! 173,00, Gadefischer! Gadefischer! 174,00, Gadefischer! Gadefischer! 175,00, Gadefischer! Gadefischer! 176,00, Gadefischer! Gadefischer! 177,00, Gadefischer! Gadefischer! 178,00, Gadefischer! Gadefischer! 179,00, Gadefischer! Gadefischer! 180,00, Gadefischer! Gadefischer! 181,00, Gadefischer! Gadefischer! 182,00, Gadefischer! Gadefischer! 183,00, Gadefischer! Gadefischer! 184,00, Gadefischer! Gadefischer! 185,00, Gadefischer! Gadefischer! 186,00, Gadefischer! Gadefischer! 187,00, Gadefischer! Gadefischer! 188,00, Gadefischer! Gadefischer! 189,00, Gadefischer! Gadefischer! 190,00, Gadefischer! Gadefischer! 191,00, Gadefischer! Gadefischer! 192,00, Gadefischer! Gadefischer! 193,00, Gadefischer! Gadefischer! 194,00, Gadefischer! Gadefischer! 195,00, Gadefischer! Gadefischer! 196,00, Gadefischer! Gadefischer! 197,00, Gadefischer! Gadefischer! 198,00, Gadefischer! Gadefischer! 199,00, Gadefischer! Gadefischer! 200,00, Gadefischer! Gadefischer! 201,00, Gadefischer! Gadefischer! 202,00, Gadefischer! Gadefischer! 203,00, Gadefischer! Gadefischer! 204,00, Gadefischer! Gadefischer! 205,00, Gadefischer! Gadefischer! 206,00, Gadefischer! Gadefischer! 207,00, Gadefischer! Gadefischer! 208,00, Gadefischer! Gadefischer! 209,00, Gadefischer! Gadefischer! 210,00, Gadefischer! Gadefischer! 211,00, Gadefischer! Gadefischer! 212,00, Gadefischer! Gadefischer! 213,00, Gadefischer! Gadefischer! 214,00, Gadefischer! Gadefischer! 215,00, Gadefischer! Gadefischer! 216,00, Gadefischer! Gadefischer! 217,00, Gadefischer! Gadefischer! 218,00, Gadefischer! Gadefischer! 219,00, Gadefischer! Gadefischer! 220,00, Gadefischer! Gadefischer! 221,00, Gadefischer! Gadefischer! 222,00, Gadefischer! Gadefischer! 223,00, Gadefischer! Gadefischer! 224,00, Gadefischer! Gadefischer! 225,00, Gadefischer! Gadefischer! 226,00, Gadefischer! Gadefischer! 227,00, Gadefischer! Gadefischer! 228,00, Gadefischer! Gadefischer! 229,00, Gadefischer! Gadefischer! 230,00, Gadefischer! Gadefischer! 231,00, Gadefischer! Gadefischer! 232,00, Gadefischer! Gadefischer! 233,00, Gadefischer! Gadefischer! 234,00, Gadefischer! Gadefischer! 235,00, Gadefischer! Gadefischer! 236,00, Gadefischer! Gadefischer! 237,00, Gadefischer! Gadefischer! 238,00, Gadefischer! Gadefischer! 239,00, Gadefischer! Gadefischer! 240,00, Gadefischer! Gadefischer! 241,00, Gadefischer! Gadefischer! 242,00, Gadefischer! Gadefischer! 243,00, Gadefischer! Gadefischer! 244,00, Gadefischer! Gadefischer! 245,00, Gadefischer! Gadefischer! 246,00, Gadefischer! Gadefischer! 247,00, Gadefischer! Gadefischer! 248,00, Gadefischer! Gadefischer! 249,00, Gadefischer! Gadefischer! 250,00, Gadefischer! Gadefischer! 251,00, Gadefischer! Gadefischer! 252,00, Gadefischer! Gadefischer! 253,00, Gadefischer! Gadefischer! 254,00, Gadefischer! Gadefischer! 255,00, Gadefischer! Gadefischer! 256,00, Gadefischer! Gadefischer! 257,00, Gadefischer! Gadefischer! 258,00, Gadefischer! Gadefischer! 259,00, Gadefischer! Gadefischer! 260,00, Gadefischer! Gadefischer! 261,00, Gadefischer! Gadefischer! 262,00, Gadefischer! Gadefischer! 263,00, Gadefischer! Gadefischer! 264,00, Gadefischer! Gadefischer! 265,00, Gadefischer! Gadefischer! 266,00, Gadefischer! Gadefischer! 267,00, Gadefischer! Gadefischer! 268,00, Gadefischer! Gadefischer! 269,00, Gadefischer! Gadefischer! 270,00, Gadefischer! Gadefischer! 271,00, Gadefischer! Gadefischer! 272,00, Gadefischer! Gadefischer! 273,00, Gadefischer! Gadefischer! 274,00, Gadefischer! Gadefischer! 275,00, Gadefischer! Gadefischer! 276,00, Gadefischer! Gadefischer! 277,00, Gadefischer! Gadefischer! 278,00, Gadefischer! Gadefischer! 279,00, Gadefischer! Gadefischer! 280,00, Gadefischer! Gadefischer! 281,00, Gadefischer! Gadefischer! 282,00, Gadefischer! Gadefischer! 283,00, Gadefischer! Gadefischer! 284,00, Gadefischer! Gadefischer! 285,00, Gadefischer! Gadefischer! 286,00, Gadefischer! Gadefischer! 287,00, Gadefischer! Gadefischer! 288,00, Gadefischer! Gadefischer! 289,00, Gadefischer! Gadefischer! 290,00, Gadefischer! Gadefischer! 291,00, Gadefischer! Gadefischer! 292,00, Gadefischer! Gadefischer! 293,00, Gadefischer! Gadefischer! 294,00, Gadefischer! Gadefischer! 295,00, Gadefischer! Gadefischer! 296,00, Gadefischer! Gadefischer! 297,00, Gadefischer! Gadefischer! 298,00, Gadefischer! Gadefischer! 299,00, Gadefischer! Gadefischer! 300,00, Gadefischer! Gadefischer! 301,00, Gadefischer! Gadefischer! 302,00, Gadefischer! Gadefischer! 303,00, Gadefischer! Gadefischer! 304,00, Gadefischer! Gadefischer! 305,00, Gadefischer! Gadefischer! 306,00, Gadefischer! Gadefischer! 307,00, Gadefischer! Gadefischer! 308,00, Gadefischer! Gadefischer! 309,00, Gadefischer! Gadefischer! 310,00, Gadefischer! Gadefischer! 311,00, Gadefischer! Gadefischer! 312,00, Gadefischer! Gadefischer! 313,00, Gadefischer! Gadefischer! 314,00, Gadefischer! Gadefischer! 315,00, Gadefischer! Gadefischer! 316,00, Gadefischer! Gadefischer! 317,00, Gadefischer! Gadefischer! 318,00, Gadefischer! Gadefischer! 319,00, Gadefischer! Gadefischer! 320,00, Gadefischer! Gadefischer! 321,00, Gadefischer! Gadefischer! 322,00, Gadefischer! Gadefischer! 323,00, Gadefischer! Gadefischer! 324,00, Gadefischer! Gadefischer! 325,00, Gadefischer! Gadefischer! 326,00, Gadefischer! Gadefischer! 327,00, Gadefischer! Gadefischer! 328,00, Gadefischer! Gadefischer! 329,00, Gadefischer! Gadefischer! 330,00, Gadefischer! Gadefischer! 331,00, Gadefischer! Gadefischer! 332,00, Gadefischer! Gadefischer! 333,00, Gadefischer! Gadefischer! 334,00, Gadefischer! Gadefischer! 335,00, Gadefischer! Gadefischer! 336,00, Gadefischer! Gadefischer! 337,00, Gadefischer! Gadefischer! 338,00, Gadefischer! Gadefischer! 339,00, Gadefischer! Gadefischer! 340,00, Gadefischer! Gadefischer! 341,00, Gadefischer! Gadefischer! 342,00, Gadefischer! Gadefischer! 343,00, Gadefischer! Gadefischer! 344,00, Gadefischer! Gadefischer! 345,00, Gadefischer! Gadefischer! 346,00, Gadefischer! Gadefischer! 347,00, Gadefischer! Gadefischer! 348,00, Gadefischer! Gadefischer! 349,00, Gadefischer! Gadefischer! 350,00, Gadefischer! Gadefischer! 351,00, Gadefischer! Gadefischer! 352,00, Gadefischer! Gadefischer! 353,00, Gadefischer! Gadefischer! 354,00, Gadefischer! Gadefischer! 355,00, Gadefischer! Gadefischer! 356,00, Gadefischer! Gadefischer! 357,00, Gadefischer! Gadefischer! 358,00, Gadefischer! Gadefischer! 359,00, Gadefischer! Gadefischer! 360,00, Gadefischer! Gadefischer! 361,00, Gadefischer! Gadefischer! 362,00, Gadefischer! Gadefischer! 363,00, Gadefischer! Gadefischer! 364,00, Gadefischer! Gadefischer! 365,00, Gadefischer! Gadefischer! 366,00, Gadefischer! Gadefischer! 367,00, Gadefischer! Gadefischer! 368,00, Gadefischer! Gadefischer! 369,00, Gadefischer! Gadefischer! 370,00, Gadefischer! Gadefischer! 371,00, Gadefischer! Gadefischer! 372,00, Gadefischer! Gadefischer! 373,00, Gadefischer! Gadefischer! 374,00, Gadefischer! Gadefischer! 375,00, Gadefischer! Gadefischer! 376,00, Gadefischer! Gadefischer! 377,00, Gadefischer! Gadefischer! 378,00, Gadefischer! Gadefischer! 379,00, Gadefischer! Gadefischer! 380,00, Gadefischer! Gadefischer! 381,00, Gadefischer! Gadefischer! 382,00, Gadefischer! Gadefischer! 383,00, Gadefischer! Gadefischer! 384,00, Gadefischer! Gadefischer! 385,00, Gadefischer! Gadefischer! 386,00, Gadefischer! Gadefischer! 387,00, Gadefischer! Gadefischer! 388,00, Gadefischer! Gadefischer! 389,00, Gadefischer! Gadefischer! 390,00, Gadefischer! Gadefischer! 391,00, Gadefischer! Gadefischer! 392,00, Gadefischer! Gadefischer! 393,00, Gadefischer! Gadefischer! 394,00, Gadefischer! Gadefischer! 395,00, Gadefischer! Gadefischer! 396,00, Gadefischer! Gadefischer! 397,00, Gadefischer! Gadefischer! 398,00, Gadefischer! Gadefischer! 399,00, Gadefischer! Gadefischer! 400,00, Gadefischer! Gadefischer! 401,00, Gadefischer! Gadefischer! 402,00, Gadefischer! Gadefischer! 403,00, Gadefischer! Gadefischer! 404,00, Gadefischer! Gadefischer! 405,00, Gadefischer! Gadefischer! 406,00, Gadefischer! Gadefischer! 407,00, Gadefischer! Gadefischer! 408,00, Gadefischer! Gadefischer! 409,00, Gadefischer! Gadefischer! 410,00, Gadefischer! Gadefischer! 411,00, Gadefischer! Gadefischer! 412,00, Gadefischer! Gadefischer! 413,00, Gadefischer! Gadefischer! 414,00, Gadefischer! Gadefischer! 415,00, Gadefischer! Gadefischer! 416,00, Gadefischer! Gadefischer! 417,00, Gadefischer! Gadefischer! 418,00, Gadefischer! Gadefischer! 419,00, Gadefischer! Gadefischer! 420,00, Gadefischer! Gadefischer! 421,00, Gadefischer! Gadefischer! 422,00, Gadefischer! Gadefischer! 423,00, Gadefischer! Gadefischer! 424,00, Gadefischer! Gadefischer! 425,00, Gadefischer! Gadefischer! 426,00, Gadefischer! Gadefischer! 427,00, Gadefischer! Gadefischer! 428,00, Gadefischer! Gadefischer! 429,00, Gadefischer! Gadefischer! 430,00, Gadefischer! Gadefischer! 431,00, Gadefischer! Gadefischer! 432,00, Gadefischer! Gadefischer! 433,00, Gadefischer! Gadefischer! 434,00, Gadefischer! Gadefischer! 435,00, Gadefischer! Gadefischer! 436,00, Gadefischer! Gadefischer! 437,00, Gadefischer! Gadefischer! 438,00, Gadefischer! Gadefischer! 439,00, Gadefischer! Gadefischer! 440,00, Gadefischer! Gadefischer! 441,00, Gadefischer! Gadefischer! 442,00, Gadefischer! Gadefischer! 443,00, Gadefischer! Gadefischer! 444,00, Gadefischer! Gadefischer! 445,00, Gadefischer! Gadefischer! 446,00, Gadefischer! Gadefischer! 447,00, Gadefischer! Gadefischer! 448,00, Gadefischer! Gadefischer! 449,00, Gadefischer! Gadefischer! 450,00, Gadefischer! Gadefischer! 451,00, Gadefischer! Gadefischer! 452,00, Gadefischer! Gadefischer! 453,00, Gadefischer! Gadefischer! 454,00, Gadefischer! Gadefischer! 455,00, Gadefischer! Gadefischer! 456,00, Gadefischer! Gadefischer! 457,00, Gadefischer! Gadefischer! 458,00, Gadefischer! Gadefischer! 459,00, Gadefischer! Gadefischer! 460,00, Gadefischer! Gadefischer! 461,00, Gadefischer! Gadefischer! 462,00, Gadefischer! Gadefischer! 463,00, Gadefischer! Gadefischer! 464,00, Gadefischer! Gadefischer! 465,00, Gadefischer! Gadefischer! 466,00, Gadefischer! Gadefischer! 467,00, Gadefischer! Gadefischer! 468,00, Gadefischer! Gadefischer! 469,00, Gadefischer! Gadefischer! 470,00, Gadefischer! Gadefischer! 471,00, Gadefischer! Gadefischer! 472,00, Gadefischer! Gadefischer! 473,00, Gadefischer! Gadefischer! 474,00, Gadefischer! Gadefischer! 475,00, Gadefischer! Gadefischer! 476,00, Gadefischer! Gadefischer! 477,00, Gadefischer! Gadefischer! 478,00, Gadefischer! Gadefischer! 479,00, Gadefischer! Gadefischer! 480,00, Gadefischer! Gadefischer! 481,00, Gadefischer! Gadefischer! 482,00, Gadefischer! Gadefischer! 483,00, Gadefischer! Gadefischer! 484,00, Gadefischer! Gadefischer! 485,00, Gadefischer! Gadefischer! 486,00, Gadefischer! Gadefischer! 487,00, Gadefischer! Gadefischer! 488,00, Gadefischer! Gadefischer! 489,00, Gadefischer! Gadefischer! 490,00, Gadefischer! Gadefischer! 491,00, Gadefischer! Gadefischer! 492,00, Gadefischer! Gadefischer! 493,00, Gadefischer! Gadefischer! 494,00, Gadefischer! Gadefischer! 495,00, Gadefischer! Gadefischer! 496,00, Gadefischer! Gadefischer! 497,00, Gadefischer! Gadefischer! 498,00, Gadefischer! Gadefischer! 499,00, Gadefischer! Gadefischer! 500,00, Gadefischer! Gadefischer! 501,00, Gadefischer! Gadefischer! 502,00, Gadefischer! Gadefischer! 503,00, Gadefischer! Gadefischer! 504,00, Gadefischer! Gadefischer! 505,00, Gadefischer! Gadefischer! 506,00, Gadefischer! Gadefischer! 507,00, Gadefischer! Gadefischer! 508,00, Gadefischer! Gadefischer! 509,00, Gadefischer! Gadefischer! 510,00, Gadefischer! Gadefischer! 511,00, Gadefischer! Gadefischer! 512,00, Gadefischer! Gadefischer! 513,00, Gadefischer! Gadefischer! 514,00, Gadefischer! Gadefischer! 515,00, Gadefischer! Gadefischer! 516,00, Gadefischer! Gadefischer! 517,00, Gadefischer! Gadefischer! 518,00, Gadefischer! Gadefischer! 519,00, Gadefischer! Gadefischer! 520,00, Gadefischer! Gadefischer! 521,00, Gadefischer! Gadefischer! 522,00, Gadefischer! Gadefischer! 523,00, Gadefischer! Gadefischer! 524,00, Gadefischer! Gadefischer! 525,00, Gadefischer! Gadefischer! 526,00, Gadefischer! Gadefischer! 527,00, Gadefischer! Gadefischer! 528,00, Gadefischer! Gadefischer! 529,00, Gadefischer! Gadefischer! 530,00, Gadefischer! Gadefischer! 531,00, Gadefischer! Gadefischer! 532,00, Gadefischer! Gadefischer



Partei-Angelegenheiten.

Die Stichwahl im Kreise Oberbarnim

findet am Freitag, den 21. Juli statt. Erst am 18. erfolgte die Bekanntmachung des Wahltermins. Es bleiben also nur wenige Tage für die Agitation. Mit desto größerem Eifer werden die Parteigenossen an die Arbeit gehen. Der Kreis ist aber auf die tatkräftige Hilfe der Berliner Genossen angewiesen, namentlich für den Wahltag. Wir bitten deshalb die Berliner Genossen auch am Stichwahltag den Kreis durch rege Mitarbeit zu unterstützen.

Heut abend findet im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, eine Zusammenkunft aller Genossen statt, die am Freitag bei der Wahlarbeit helfen wollen.

Dieserigen Arbeiter, die in Berlin und den Vororten arbeiten, aber in Ober-Barnim wohnen, bitten wir dringend, ihr Stimmrecht am Wahltag auszuüben. Trotz unserer vielfachen Aufforderung haben bei der Hauptwahl viele dieser Arbeiter nicht gewählt. Sie dürfen wenigstens bei der Stichwahl nicht fehlen.

Das Wahlkomitee. Gustav Nowag-Strausberg.

Berliner Nachrichten.

Seht die Wählerlisten nach!

Das erste Flugblatt zur Stadtverordneten-Wahl von 1905, das am Sonntag durch viele Tausende unserer Parteigenossen den Wählern überbracht worden ist, beschäftigt sich zunächst mit der Pflicht jedes Wählers, die Wählerlisten nachzusehen. Alle Jahre in der zweiten Hälfte des Juli werden diese Listen zur Prüfung und eventuellen Berichtigung öffentlich ausgelegt. Und alle Jahre ergeht an die Wähler die Mahnung, das möglichst jeder die Listen nachsehe und sich überzeuge, ob er darin verzeichnet ist. Denn wer nicht in der Liste steht, darf nicht mitwählen.

In Jahren, in denen keine Stadtverordneten-Wahl in Aussicht steht, mag mancher diese Mahnung für überflüssig halten, obwohl auch das durchaus irrig ist, da schon mancher Wahlbezirk durch Mandatsniederlegung oder Tod seines bisherigen Vertreters sich plötzlich vor eine unerwartete Stadtverordneten-Wahl gestellt gesehen hat. In Jahren aber, die uns, wie das Jahr 1905, die regelmäßigen Ergänzungswahlen zur Stadtverordneten-Versammlung bringen, sollten die Wähler ihre Pflicht zur Prüfung der Wählerlisten doppelt gewissenhaft nehmen. Das Opfer, das ihnen zugemutet wird, ist nicht groß. Unsere Parteigenossen, die ihnen die Mahnung in das Haus getragen haben, hatten ein sehr viel mühevolleres Stück Arbeit zu leisten, und haben es dennoch freudig auf sich genommen.

Die Listen liegen, wie schon in dem Flugblatt mitgeteilt ist, vom 15. Juli bis einschließlich 30. Juli wochentags von 9-8 und Sonntags von 9-1 im Wahlbureau, Poststr. 16, aus. Wer nicht selber hingehen kann, dem wollen die im Flugblatt mit Namen und Wohnung aufgeführten Genossen die Hilfe abnehmen. Jeder Wähler wird in die Liste mit derjenigen Wohnung aufgenommen, die er zur Zeit der Aufstellung der Liste hat, und dort übt er auch im November sein Wahlrecht aus. Wer heute in einem Wahlbezirk wohnt, in dem im November eine Ergänzungswahl vorzunehmen ist, aber zum Oktober nach einem Wahlbezirk umzieht, in dem diesmal nicht gewählt wird, der wählt mit und zwar natürlich in seinem alten Bezirk. Solche zum Oktober umziehenden Wähler sollen nicht glauben, daß sie „nicht nötig haben“, sich zu vergewissern, ob sie in der Liste stehen.

Die Wählerlisten zu prüfen, das sollte überhaupt — wie schon gesagt — jeder Wähler als seine Pflicht ansehen. Fehler sind in den Listen durchaus nicht so selten, wie vielleicht mancher meint. Neben vollständiger Auslassung von Wählern finden sich mitunter Irrtümer im Vornamen oder in der Berufsangabe, aber auch in diesen Fällen kommt der Wähler in Gefahr, seines Wahlrechts verlustig zu gehen. Am Wahltag erkennt er dann, wie töricht er gehandelt hat, sich um die Wählerlisten nicht zu kümmern. Ein Wähler, der an den Wahltag tritt und sich sagen lassen muß, daß er gar nicht in der Liste verzeichnet ist, pflegt ein höchst klägliches Bild zu bieten. Er „steht als der Dumme da“.

Die Landpartie.

Sinaus ins Freie, ins Grüne, um den Sonntag zu feiern! Mandant ein eigenes Vergnügen, so eine Landpartie des Berliner, im Schweiße seines Angesichts mühsam erworben und grimmig erlämpft. Mit der Elektrischen mitzukommen, dauert gewöhnlich am längsten. Mit Seuzern der Geduld muß da die Gelegenheit abgepaßt werden, also lieber hinein ins Bahnhofsgeviert mit Weib und Kindern. Im dichtesten Gedränge kämpft er wie ein Held, die treue Gattin an seiner Seite, die heulende Kindeschar nach sich zerrend. Fußend und schnaufend, der neue Hut eingeknickt, die Strawatte herausgerissen, aber mit dem zufriedenen Blick des Siegers steht er im Wagenabteil und nicht der Gattin zu. „So, missekommen! Wir ja, um man weiter mit's Vergnügen!“ — Endlich irgendwo angelangt. Die guten Vorsätze von Spaziergängen im hübschen Walde werden im nächsten Gartensalon begraben. „Bei die Hitze und mit die Kinder kann man doch weit laufen“, erklärt Mutter und Vater ist gleich einverstanden. „Jetzt erst mal Kaffee trinken!“ rufen die Kinder.

„Na Mutter, sieh mal zu, ob Du rankommst in die Kaffeeküche, sagt Vater mit einem dermissenen Lächeln. Jetzt ist die Frau an der Reihe, sich in's Geviert zu stürzen, allein, ohne Mann den wilden Kampf in der Kaffeeküche aufzunehmen, aber sie kennt ihre Pflicht als Familienmutter und läßt nicht locker, bis sie alles herangekloppt hat, Kaffee und Milch und Zucker. Dann sinkt sie erschöpft auf den Stuhl: „Ach Jotte doch, laßt mir bloß'n bißchen verpuffen!“

Es wird alles mit einer Art von Galgenhumor getragen, der Staub, die Hitze, die Müden, die kleinen Biergläser, die eingetrockneten Stullen und was sonst noch zu einer Berliner Landpartie gehört, allerlei Angst und Not mit den „Föhren“ und ein Gewitter über Mahagen nicht zu vergessen. Man ärgert sich ganz schön durch bis zum Schluß, nämlich bei der Rückfahrt. Da hört alle Gemütsruhe auf, und wenn diese Prüfung überwunden ist, dann steht der Entschluß fest: „So ne Landpartie nie wieder, in mein' jungen Leben nicht!“

Na, und nächsten Sonntag probiert man es doch wieder. Wenn erzählen die alten Berliner von den Landpartien, wie sie „früher“ gemacht wurden. Ja, das war doch etwas anderes! Mit dem Kramier nach Zegel und Schulzendorf, nach Treptow oder nach dem Grunewald! Das Äpfel-Weil wurde gleich mitgenommen, ein Pfälcheren Gilla dazu; die Harmonika durfte nicht fehlen, denn ohne „Päpste“ ging es nicht, und für schwere Pakete mit Stullen und Kuchen war gesorgt. In einer festlich gehobenen Stimmung ging es los, in eine fast unbekannte Gegend hinein, weit weg von Berlin (was heute freilich so nah geworden ist). Lustig und

fidel wurde es, das war selbstverständlich. Männlein und Weiblein freuten sich ihres Lebens im Grünen, und das Drängen und das Drücken im Kramier machte „riesigen Spaß“, ganz anders wie heute auf der Bahn, wo aller Spaß aufhört, wenn das Drängen anfängt. Etwas schief geladen, fuhr man kreuzfidel wieder nach Hause.

In der Erinnerung macht sich das alles noch viel hübscher. Trotz alledem, eine Kramierfahrt nach den früheren Ausflugsorten, die lange zu Mietkasernenstätten geworden sind, brachte ihren Teilnehmern wohl häufig mehr Erholung, als sie die Ausflügler Berlins unter den „modernen Verkehrsverhältnissen“, die weitere Ausflüge von Arbeiterfamilien auch petuniar noch vielfach illusorisch machen, auf ihren Sonntagsfahrten meistens erlangen können.

Der Streit um die Abbederei in Blankensee. Dem Berliner Magistrat ist jetzt vom Niederbarnimer Kreisaußschuß die Begründung des abweisenden Urteils mit dem Bemerkten zugegangen, daß der Rekurs gegen das Urteil beim Minister für Handel und Gewerbe ihm nun innerhalb vierzehn Tagen zusteht. Die Urteilsbegründung ist von großer Bedeutung. Es heißt darin, daß es nicht möglich erscheine, die Errichtung einer Abbederei im Gebiete der näheren Vororte Berlins zu genehmigen. Die Stelle, auf welcher der Magistrat die Anlage der Anstalt plant, könne auch nicht als abgelegenen im Sinne des Gesetzes gelten. Dabei sei zu berücksichtigen, daß das Unternehmen nicht für die nächsten 5 oder 10 Jahre an die Stelle gesetzt wird, sondern voraussichtlich mindestens für einen Zeitraum von 50 bis 60 Jahren. Bei der alle Erwartungen übersteigenden raschen Entwicklung Berlins und seiner Vororte und unter Berücksichtigung einer weiteren Verbesserung der Verkehrsmittel dürfe man daher für die Frage nach der Einwirkung des Unternehmens auf die Nachbarschaft auch nicht nur die zugehörige in der Umgebung des Projekts vorhandenen menschlichen Ansiedlungen in Betracht ziehen, sondern müsse bei der Prüfung die erwähnte Ausbreitung der Gemeinde berücksichtigen, umso mehr als für die Umgebung bereits Bebauungspläne bestehen und seit dem 21. April 1903 die Willenbauordnung eingeführt ist. — Dem Magistrat sind inzwischen verschiedene, von menschlichen Wohnungen entfernt belegene Gelände angeboten worden. — Die Nachricht aber, daß der Berliner Magistrat mit dem Baron v. Weltheim wegen eines Grundstückes bei Zegel in Unterhandlung stehe, ist unrichtig.

Die Ehrenwache im Klub 1900 wird vielleicht doch noch eine Nachprüfung durch die Staatsanwaltschaft erfahren. Das Ministerium des Innern hat von der zuständigen Behörde Bericht über die Spieltübs im allgemeinen und insbesondere über die Vorgänge im Klub 1900 eingeholt. Das noch zwei Richtungen hin eingeleitete Ermittlungsverfahren bezieht sich, laut „Konst.“, auf folgende Feststellungen: Haben Klubmitglieder durch das Spiel ihr Vermögen verloren? Liegt bei Klubmitgliedern der Verdacht gewerbsmäßigen Spielens vor? Ist anzunehmen, daß Klubmitglieder dem Spiel ihr Leben fristen? Haben durch Klubmitglieder eingeführte Gäste sich am Spiel einmal oder öfters beteiligt?

Es würde sich vielleicht empfehlen, bei dieser Untersuchung das Tempo einzuschlagen, das man etwa bei Redereien über vermeintlich stattgefundenen und nicht angemeldete sozialdemokratische Versammlungen angewendet beliebt.

Das Abenteuer zweier Frauen im Wartezimmer eines Zahnarztes, über das wir vor einigen Tagen berichteten, hat eine harmlose Aufklärung gefunden. Der Zahnarzt war, als die Patienten gegen 8 Uhr abends zu ihm kamen, im Begriff, fortzugehen. Um die von Zahnärztin Geringeinten noch abzufertigen, begab er sich nach dem Operationszimmer, um dort die nötigen Vorbereitungen zu treffen, während die beiden Frauen im Wartezimmer blieben. In diesem Augenblick wurde der Zahnarzt an das Telefon gerufen, und im Verlaufe des Gesprächs begab er die Anwesenheit der Patientinnen. Daß keine böse Absicht vorlag, geht schon daraus hervor, daß der Zahnarzt nicht nur das Operationszimmer, sondern auch die Türen der sich daran anschließenden Wohnung offen ließ. Erst kurz nach 10 Uhr entsann er sich wieder der beiden Frauen und eilte sofort nach Hause, um die Gefangenen herauszulassen. Diese waren aber inzwischen schon mit Hilfe eines Schlossers befreit worden.

Der Aufruf einer Mutter. Seit drei Wochen wird die fünfzehnjährige Tochter Lucie des Kaufmanns Tischer vermißt. Es liegt die Vermutung nahe, daß das Mädchen von einem jungen Manne beunruhigt und verführt gehalten wird. In diesem Vorgehen ist ein Nachlaß seitens des jungen Mannes zu suchen, der sich gegen Frau T. richten soll. Inzwischen ist nun der Vater der Vermissten, der sich zurzeit in einer Heilanstalt befindet, derartig schwer erkrankt, daß der Tod bei ihm fündig eintreten kann. Die bekümmerte Mutter bittet daher auf diesem Wege ihr Kind, falls es den Vater noch lebend antreffen will, sich so bald als möglich nach der Heilanstalt in Lichtertrabe zu begeben. Sie kann zu jeder Stunde dorthin gehen.

Die Beerdigung des auf so tragische Weise verstorbenen Dr. Curt Grotteowig, unseres langjährigen Mitarbeiters, findet am Mittwoch, den 19. Juli, um 5 Uhr nachmittags in Räggeheim statt. Teilnehmer der Beerdigung werden darauf hingewiesen, daß um 2 Uhr nachmittags ein Dampfer von der Jannowitzbrücke nach dem genannten Orte abgeht.

Der Präsident des Deutschen Handelstages, Geheimrat Kommerzienrat Wolf Frenzel, ist nach einem langwierigen Leiden am Montag gestorben. Frenzel betrieb bis in die sechziger Jahre ein großes Getreide- und Delgeschäft, das später in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde. Frenzel war auch Mitglied des Herrenhauses. Unter seinem Präsidium ist der Deutsche Handelstag, fider ohne seine persönliche Schuld, zur politischen Bedeutungslosigkeit herabgesunken.

Anscheinend an Genickstarre erkrankt ist das achtjährige Söhnchen Alfred des Schuhmachereisters Johann Wiese, Steglitzerstr. 65. Die Mutter wurde veranlaßt, sich mit dem erkrankten Kinde von der übrigen Familie abgefordert aufzuhalten.

Christlich-soziale Brüder. Eine am Montag in der Tonhalle stattgehabte Fäcker-Versammlung nahm ein vorzeitiges und stürmisches Ende. Nachdem Graf Fäcker sein Ausbleiben bei der Verhandlung in Moabit am Sonnabend damit begründet hatte, daß er die Vorladung verloren habe und nachdem er gegen die Großbargare zu Felde gezogen war, erklärte in der Diskussion ein Christlich-sozialer namens Kluge, Graf Fäcker hätte besser getan, in Klein-Tschirne zu bleiben. Bei dieser Äußerung entzog der Versammlungsvorstand dem Redner das Wort, was das Signal zu einem mächtigen Tumult war. Die Anhänger des Grafen Fäcker riefen: „Herunter von der Bühne!“ die Christlich-sozialen wieder: „Weiter reden lassen!“ Es entstand ein Gedränge um den Mann, der seine Zustucht auf die Bühne nahm, aber wieder heruntergezogen und gestochen wurde. Bei dem zunehmenden Skandal wurde die Versammlung geschlossen. Die Polizei räumte den Saal.

Zum Milchstreit. Der Vorstand des Vereins Berliner Milchpächter hat beschlossen, angesichts der Passenzufuhr von dänischer und sonstiger ringfreier Milch den Mitgliedern folgenden Antrag zu unterbreiten: Vom 1. Oktober 1905 ist jedes Vereinsmitglied verpflichtet, nur ringfreie Milch zu pachten und zu führen. Eine Veranlassung der Milchhändler wird zu diesem Antrage Stellung nehmen, der eigentlich nur eine Erneuerung eines bereits zu Anfang des Milchstreites gefaßten Beschlusses darstellt, der später in den Zeiten der Blüthezeit in Vergessenheit geriet.

Mit dem Gerüst zusammengebrochen ist gestern vormittag der 21 Jahre alte Anstreicher Franz Swinarski. Er hatte am Eckhause der Köpp- und Langestraße Reparatur- und Abputzarbeiten vorzunehmen. Während er sich an einem Seile nach oben ziehen wollte, brach der obere Teil des Gerüsts zusammen und S. stürzte zwei Stockwerk auf das Schuttbahd nieder. Verwundungslos wurde der Verunglückte von seinen Arbeitskollegen aufgefunden und zur Unfallstation am Grünen Weg gebracht. Er hatte einen komplizierten Armbruch, eine Gehirnerschütterung und schwere innere Verletzungen davongetragen und fand im Krankenhaus am Friedrichshain Aufnahme.

Ueberfall im Tiergarten. Zwei junge Mädchen wurden am Montagabend gegen 9 1/2 Uhr auf der Charlottenburger Chaussee, nur etwa 8 Minuten vom Großen Stern entfernt, von einem angeblich gut gekleideten Manne überfallen. Bevor sie recht zur Verfassung kamen, hatte der Mann der einen Dame gewaltsam das Handtäschchen entziffen, welches einen kleineren Geldbetrag und verschiedene Schlüssel enthielt, und war mit dem Raub seitwärts in den Wäschern verschwunden. Auf das Hülsegeschrei hatten sich im Augenblick eine große Anzahl Passanten angeammelt, jedoch war eine Verfolgung des Verbrechers mit Rücksicht auf die Dunkelheit von vornherein aussichtslos.

Der nächste Schutzmannsposten wurde von den verängsteten und eingeschüchterten Damen in der — Siegesallee angetroffen. Die Wärmorgruppen befinden sich in Sicherheit.

Von einem Heberer während der Eisenbahnfahrt empfindlich befallen wurde der Maurer Gustav Hübscher aus der Sparrstr. 2. Er wollte nach dem Bedding fahren und schlief während der Fahrt ein. Erst nachdem der Zug in Charlottenburg gehalten hatte, erweckte der Maurer und frug dort aus. Es fiel ihm hier auf, daß der ihn begleitende Arbeiter Franz Wraga aus Spandau schleichend im Gedränge verschwand. Auf seiner Weiterfahrt bemerkte dann S. zu seinem Schrecken, daß ihm das Portemonnaie mit 100 M. gestohlen war. Er erstattete bei der Kriminalpolizei Anzeige, und diese ermittelte, daß der verdächtige S. schon seit mehreren Wochen aus Spandau verschwunden ist und von der dortigen Militärbehörde gesucht wird. Gestern ist nun S. ermittelt und festgenommen worden.

Durch Sturz aus dem Fenster tödete sich gestern morgen die 59 Jahre alte Amtmannswitwe Olga Peiler, die schon seit etwa 15 Jahren im Wittensjande lebte und mit zwei Töchtern im vierten Stock des Hauses Löhnsstr. 111 wohnte. Die alte Dame schlief allein in einem hofwärts belegenen Zimmer. Sie litt an Ueberreizung der Nerven und wurde früher deswegen ärztlich behandelt. Sie soll sich eingebildet haben, daß ihr Zustand zu einer Unterbringung in eine Anstalt führen könne und dagegen eine gewisse Furcht empfunden haben. In der Nacht sprang sie auf den Hof hinaus, ohne daß jemand die Tat merkte. Als morgens um 5 1/2 Uhr ein Wäckerjunge das Grundstück betrat, fand er die Frau auf, die mit zerstückelten Gliedern tot auf dem Hofe lag.

Mit Lysol vergiftet hat sich der 26 Jahre alte Bäckerjunge Moritz Buchardt. Er wohnte Lottumstraße 18a in Schlafstelle, seine Eltern leben im Königreich Sachsen auf einem Bauerngut. Buchardt hatte seit drei Monaten keine Beschäftigung und wurde von den Eltern erhalten, die verlangten, daß der Sohn nach Hause komme. Diese Zumutung wies er zurück, indem er äußerte: „Ehe ich Landarbeit mache, nehme ich mir das Leben.“ Eine 18 Jahre alte Tochter seiner Witwileute fand ihn nachmittags um 4 Uhr tot auf einem Stuhl sitzend in seiner Schlafstelle auf. Er besaß keinen Pfennig mehr.

Ver schwunden ist die noch nicht 16 Jahre alte Weihnäherin Marie Gentschel aus der Marienburgerstr. 18. Sie nahm in einem Geschäft 61 M. für die Inhaberin einer Nähstube, bei der sie beschäftigt ist, in Empfang und ist weder in das Geschäft, noch zu den Eltern zurückgekehrt. Nach einer den Angehörigen gemachten Mitteilung soll das junge Mädchen in seiner Kleidung auf der Straße bemerkt worden sein. Sonach scheint es das Geld für sich verbracht, aus Furcht vor Strafe sich einen Unterschlupf gesucht zu haben und in schlechte Gesellschaft geraten zu sein. Die Verschwundene ist groß und kräftig gebaut und hat dunkelblondes, in das Schwarze spielendes Haar.

Beim Sommerfest des 6. Kreises ist ein Regenschirm gefunden, derselbe ist abzuholen bei Jaktorow, Havensstr. 6. Verloren ging eine kleine Dokumenttasche. Der Finder wird gebeten, dieselbe an obige Adresse abzuliefern.

Fahrplanänderung beim Teltowkanal. Die Personenschiffahrt des Kreises Teltow auf seinem Kanal hat soeben einen neuen Fahrplan erhalten. Er ist durch Änderungen im Fahrplan der Eisenbahn bedingt. Die Fahrt ab Stenitzer Brücke 6 Uhr 50 Min. nach Neu-Wabelsberg, an 7 Uhr 14 Min., ist 5 Minuten früher gelegt worden, damit der Anstich an den durchgehenden Zug nach Berlin ab 7 Uhr 16 Min. in Neu-Wabelsberg erreicht wird. Bei der Fahrt von Potsdam nach Neu-Wabelsberg sind von 4 Uhr 28 Min. bis 5 Uhr 10 Min. sämtliche Abfahrtszeiten 2 Minuten früher gelegt worden. Die Schiffahrt des Kreises findet immer mehr Zuspruch. Auch ganze Dampfer werden mehr und mehr gemietet, da der Kreis eine Agentur in Berlin errichtet hat.

„Sterilisol“. Das Polizeipräsidium erläßt folgende Warnung: Unter dem Namen „Sterilisol“ wird ein Konservierungsmittel mit dem ausdrücklichen Hinweis in den Handel gebracht, daß es unversäuerter Verwendung finden könne und in gesundheitlicher Beziehung völlig einwandfrei sei. Demgegenüber ist durch die im chemischen Laboratorium des kaiserlichen Gesundheitsamtes ausgeführten Untersuchungen festgestellt worden, daß Proben des Präparats etwa 2 1/2 Proz. Formaldehyd enthalten haben. Nach einem Gutachten der königlichen wissenschaftlichen Deputation für das Medizinische sind aber sowohl das Formalin als auch alle Zubereitungen, welche diesen Stoff enthalten, als gesundheitlich bedenkliche Konservierungsmittel für Nahrungsmittel und Genussmittel anzusehen. Bei der gewerbsmäßigen Zubereitung von Fleisch ist ferner die Verwendung von Formaldehyd nach den gesetzlichen Bestimmungen ausdrücklich verboten.

Ein neuer Sportplatz soll in Wiesdorf an der Ostbahn errichtet werden. Ein Berliner Konsortium hat daselbst ein 45 Morgen umfassendes Gelände erworben und beabsichtigt es in einen mit den modernsten Einrichtungen versehenen Sport- und Rennplatz umzuwandeln.

Bei einer Wettfahrt zweier Automobilwagen kamen vorgestern abend auf der Köpenicker Chaussee zwei Personen erheblich zu Schaden. Die beiden Automobile fuhrten, von Ober-Schönmeide kommend, mit rasender Geschwindigkeit durch Köpenick in der Richtung nach Berlin. Als sie in die Bahnhofsstraße einbogen, stieß der eine Kraftwagen gegen die Vorderachse des Bürgerseiges, und zwar mit solcher Gewalt, daß sich das Gefährt buchstäblich überschlug. Die beiden Insassen, zwei Herren, sowie der Chauffeur wurden auf den Bürgerseig geschleudert, doch blieb der Fahrer unverletzt. Die beiden anderen Herren erlitten Kontusionen an Kopf und Armen, setzten jedoch, nachdem das Automobil mit Hilfe von Passanten wieder hochgerichtet war, die Fahrt fort, ohne daß ihre Personalken festgesetzt waren.

Feuerbericht. In der letzten Nacht wurde die Feuerwehrt Hebenmal alarmiert. Gegen 11 Uhr brannte in der Havelbergerstraße 18 ein Brettergarn und nach 11 Uhr in der Wälowstr. 58 ein Pängeboden. Am Ritternacht wurde der 7. Zug nach dem Käfertener Platz 2 gerufen, wo ein Badofen brannte. Eine Stunde später mußte am Weindergweg 2 ein Preßföhrenbrand gelöscht werden.



Am 3 Uhr hatte die Wehr in der Landbergstr. 97 zu tun, wo ein Pferd, das in eine tiefe Grube gefallen war, zu bergen drohte. Es gelang, das Tier gesund heraus zu holen. Ferner hatte die Wehr in der Friedrichstr. 41, wo Hausrat auf dem Hausflur brannte, und in der Friedrichstr. 129 zu tun. Dort brannten Preshohlen und anderes. Längere Zeit war die Feuerwehrr auf dem Leichter Güterbahnhof beschäftigt, wo Preshohlen in Brand geraten waren.

**Arbeiter-Bildungsschule Berlin.** Der Unterricht in Geschichte findet nicht am Mittwoch, den 19. d. M., statt, sondern am Donnerstag, den 20. d. M., Saal 3.

**Theater.** *Folies Caprice* in Berlin. Unter diesem Namen wird das bisherige Scala-Theater am Oranienburger Thor in vollkommen neuer Ausstattung am 1. September d. J. unter der Direktion Felix Berg eröffnet. Das Theater wird hauptsächlich Poesen mit Gesang pflegen. — „Der Familientag“ von Anton und Donat Herrfeld — ist die neueste abendfüllende Komödie, welche die Direktoren Gebrüder Herrfeld soeben vollendet haben. Die Aufführung wird bestimmt im Laufe der kommenden Spielsaison im Herrfeld-Theater zu Berlin stattfinden.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

**Pölschlich** angesetzt wurde am Sonntagabend eine für den Betrieb der Firma Gebauer, Frankfurterstr., einberufene Besprechung. Kaum hatte der Kollege Gebert begonnen, die in diesem Betriebe bestehenden Mängel darzulegen, als ein Kriminalbeamter erschien und die Personalien der leitenden Personen feststellte. Hierauf holte sich der Herr einen Wachtmeister, der nimmere die „Versammlung“ für aufgelöst erklärte und die Anwesenden aufforderte, das Lokal zu verlassen. Alle Auseinandersetzungen, daß es sich in diesem Falle gar nicht um eine Versammlung, sondern um eine Besprechung von Betriebsangehörigen obengenannter Firma handle, die doch einer Anmeldung gar nicht bedürfte, waren vergeblich, die Beamten beharrten auf ihrer Auffassung. Diese Maßnahme hat aber der Sache in keiner Weise geschadet, im Gegenteil, eine ganze Anzahl der Erschienenen ließen sich in die Aufnahmelisten der Organisation einzeichnen.

### Schöneberg.

**Beerdigung eines Regers auf städtische Kosten.** An den tragischen Tod des Regers Jean-Jean aus Schöneberg, worüber wir kürzlich berichteten, hatten sich zahllose Gerüchte angeknüpft. So wurde vielfach geglaubt, daß der Schwarze einem Eifersuchtsdrama zum Opfer gefallen sei. Die Obduktion hat jedoch keinerlei Merkmale dafür ergeben, daß an dem Toten ein Verbrechen verübt worden ist. Die Todesursache ist lediglich auf einen Schädelbruch, den sich der Regler bei dem Sturze vom Dache zugezogen hatte, sowie auf innere Verblutung zurückzuführen. Unter außerordentlich starker Beteiligung ist gestern die Leiche des Regers, nachdem sie von der Staatsanwaltschaft freigegeben worden war, auf dem Friedhofe in der Marxstraße beigesetzt worden. Die Kosten der Beerdigung hat die Stadt Schöneberg übernommen.

### Schönholz.

Der neue Bahnhof Schönholz ist gestern vormittag eröffnet worden, nachdem in der vergangenen Nacht die letzten Arbeiten zur Söherlegung der Nordbahnstrecke Pantow-Schönholz vollendet wurden. Der neue Bahnhof Schönholz ist der größte Berliner Vorortbahnhof geworden. Er weist etliche 20 Gleise auf und soll von nun an zur Entlastung für den Güterbahnhof „Schönhäuser Allee“ dienen. Ein besonderes Anschlußgleis nach diesem ist hergestellt worden. Die Bahnhalle der Vorortstation Schönholz-Neinidendorf ist um etwa 200 Meter nach dem Bahnhof Pantow hin verlegt worden, auch ist ein neuer Personen-Ausgang geschaffen worden.

### Ober-Schönebeide.

**Gefährliche Kinderfreunde.** Kaum ist in Schöneberg einem gefährlichen Kinderfreund sein nichtwürdiges Handwerk gelegt worden, so wird uns die Verhaftung eines neuen derartigen Verbrechens gemeldet. In Ober-Schönebeide gelang es gestern der Polizei, den 32 Jahre alten, ledigen Arbeiter Erivolin, der sich einer ganzen Reihe unästhetischer Akte auf die Jugend schuldig gemacht, festzunehmen. Der Unhold lockte kleine Mädchen durch Geldgeschenke an sich und mißbrauchte die Kleinen dann in der schamlichsten Weise. Der Verhaftete wurde in das Amtsgerichtsgefängnis in Köpenick eingeliefert.

In der letzten Wahlvereinsversammlung berichtete der Kassierer, daß im letzten Quartal 571,13 M. eingenommen wurden, dem eine Ausgabe von 319,23 M. gegenübersteht. Es verbleibt ein Bestand von 251,90 M. Auf Antrag des Vorstandes wurden dem Kreisvertrauensmann 150 M. überwiesen. Der Bibliothekkommission wurde die Ermächtigung ausgesprochen, Neuerscheinungen auf dem Gebiete der Literatur selbständig zu erwerben. — Die Debatte über das Kommunalprogramm wurde fortgesetzt. — Die Angelegenheit der Gastwirte — die Mitglieder des Vereins sind und auf einem Feste des nationalen Gastwirtvereins an einer patriotischen Kundgebung teilgenommen haben — wurde auf Antrag des Vorstandes dadurch erledigt, daß denselben aufgegeben wird, entweder die Mitgliedschaft im nationalen Gastwirtverein oder im sozialdemokratischen Wahlverein zu quittieren.

Eine Generalversammlung des Verbandes der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, zahlstellige Ober-Schönebeide, nahm am Sonntag nach Entgegennahme des Kassierberichts Stellung zum Kölner Gewerkschaftskongress. Lebhaft besprochen wurde ein Flugblatt, das die zum Kongress gesandten Delegierten des Volkstümlichen zeigt. Die Versammlung nahm eine Resolution an, die die Haltung der Delegierten in dieser Sache in schärfster Form verurteilt und die Delegierten auffordert, sich zu rechtfertigen.

In der letzten Zeit ist es vorgekommen, daß Steuerzahler doppelte Kirchensteuern zahlen sollten, da Mann und Frau verschiedenen Religionsgemeinschaften angehören. Leider sind die Betreffenden in solchen Fällen zu zahlen verpflichtet. Die Kirchen haben eben einen guten Wagen!

### Potsdam.

Der sozialdemokratische Wahlverein Potsdam nahm in seiner am Mittwoch abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung vier neue Mitglieder auf; 15 weitere Anmeldungen mußten laut Versammlungsbeschluss zurückgestellt werden, da die betreffenden Kandidaten nicht anwesend waren. Es wurde beschlossen, die Neuzugewandten in Zukunft besonders einzuladen. Hierauf gab der Vorsitzende, Genosse Staab, einen kurzen Bericht über die Sitzung der Prekommission und ging dann zur Erörterung über die Parteipresse über. Allgemein wurde die Notwendigkeit anerkannt, in den Organisationen für die weitere Verbreitung unserer Presse tätig zu sein, damit sie ihre Aufgabe als Arbeiterpresse voll erfüllen könne. — Zur Kreis-Generalversammlung in Welten wurden die Genossen Kiesel, Kroll und Krause delegiert. Der Kassierbericht für das zweite Quartal weist eine Einnahme von 374,42 M. auf, der eine Ausgabe von 15,75 M. gegenübersteht. Der Zentralkasse sind abzuliefern 249,61 M. Der Bestand beträgt inkl. eines Sparkastensgutabens von 292,90 M. 401,96 M. Auf Antrag der Kassieren wurde dem Kassierer, Genossen Berner, Decharge erteilt. Nach Verlesung der Resolutionsliste wurde die Versammlung mit dem Hinweis auf die ausliegenden Gemeinbewahlverlisten geschlossen.

### Cerner.

Ein vielversprechendes Fräulein scheint der 16jährige Schiffsjunge Müller zu sein, welcher auf einem bei Cerner verankert liegenden Lastdampfer beschäftigt ist. Er hatte trotz seiner Jugend bereits eine Braut, die ihm angeblich untreu geworden ist und ihre Gunst einem Kollegen, der auf einem anderen Dampfer angestellt ist, zugewandt hatte. Der Eifersüchtige stellte deswegen den um drei Jahre älteren „Verführer“ zur Rede und es kam zwischen beiden zu einer Schlägerei, bei welcher M. zu unterliegen drohte. Er ließ nach seiner Kabine, holte von dort einen geladenen Revolver und gab mehrere Schüsse auf seinen Gegner ab. Während der Verdachte unverletzt blieb, drang eine Kugel dem am Ufer stehenden und den Streit beobachtenden Kellner K. in den Unterleib. Der Verletzte brach beunruhigt zusammen. Er wurde, nachdem ihm ein Arzt einen Rotverband angelegt hatte, nach dem Krankenhaus in Wilhelmshagen übergeführt, wo er hoffnungslos daniederliegt. Der jugendliche Revolverheld wurde verhaftet.

### Rummelsburg-Vorhagen.

Bei der am Sonntag, den 16. Juli (Volks-Sommerfest bei Schönert), stattgehabten Verlosung sind nachfolgende Gewinne nicht abgeholt worden: Gewinn Nr. 54 auf Los Nr. 486; Gewinn Nr. 58 auf Los Nr. 456; Gewinn Nr. 73 auf Los Nr. 237; Gewinn Nr. 19 auf Los Nr. 533; Gewinn Nr. 36 auf Los Nr. 592; Gewinn Nr. 3 auf Los Nr. 820; Gewinn Nr. 83 auf Los Nr. 130. — Die Inhaber vorstehender Lose werden ersucht, die ihnen zustehenden Gewinne bis spätestens Sonnabend, den 22. Juli, bei Gustav Tempel, Alt-Vorhagen 58, abzuholen, andernfalls dieselben zugunsten des Komitees verfallen. Das Komitee.

Für die um Anerkennung ihres Koalitionsrechtes kämpfenden Zigarettenarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands gingen folgende Beträge bei dem Unterzeichneten ein: Liste 451 7,50. Liste 452 6,10. Liste 461 3,50. Liste 462 9,95. Liste 463 6,10. Liste 464 3,10. Liste 465 3.—. Liste 474 10.—. Liste 475 6.—. Liste 476 2,15. Liste 477 7,90. Liste 479 2,92. Liste 480 8,30. Liste 1608 3,95. Liste 1608 1,85. Liste 1615 4.—. Summa 86,32.

Die noch ausstehenden Listen bitten wir unverzüglich mit dem Gen. Otto John, Rummelsburg, Karlsruherstr. 1, oder der Berliner Gewerkschaftskommission abzurechnen.

### Vorsigtvalde.

Der Verein für Waidmannslust und Umgegend hielt am Sonntag, den 8. d. M., seine Generalversammlung ab. Zunächst ehrte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Genossen, des Maurers Albert Paul aus Stolpe und des Maurers Wilhelm Pöppe, Hohen-Reinendorf, durch Erheben von den Sitzen. Den Bericht des Vorstandes erstattet der Vorsitzende. Die Mitgliederzahl sei von 249 auf 280 gestiegen, 61 Besuche seien darunter vertreten. Der Kassenbestand beträgt 84,49 M. Es fanden vier Vorstandssitzungen und elf Mitgliederversammlungen statt. Diskutierabende wurden in Vorsigtvalde 47 abgehalten, während sie in den anderen Orten mit dem Jahlabend verbunden sind. Der Bibliothekar tabelt die schlechte Bemegung der Bibliothek. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: Genosse Kottorba als Vorsitzender, Genosse Schulze Kassierer, Genosse Sched Schriftführer. Ein Antrag auf Errichtung eines Schiedsgerichts soll erst in den Diskutierabenden besprochen werden. Zum Kreisstag wurden die Genossen Kottorba, Reumann und Zabel gewählt.

### Brig.

Der Wahlverein Brig hielt am 11. Juli seine Generalversammlung ab. Nach dem Bericht des Vorstandes haben 1 Volksversammlung, 3 Mitgliederversammlungen, 3 Vorstandssitzungen, 1 Handzettelverbreitung und 1 Frauenversammlung stattgefunden. Genosse Dreiwille gab den Kassenbericht. Die Einnahme betrug 151,05 M., die Ausgabe 43,63 M., abgeliefert an den Zentralverein wurden 100,70 M. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer entlastet. Der Bibliotheksbericht ergab, daß 20 Bücher ausgegeben wurden. Der Bibliotheksfonds weist 9,10 M. auf. Hierauf erstattete Genosse Weniger Bericht über die Tätigkeit unserer Gemeindevertreter. Der Medner gab interessante Aufschlüsse über den neuen Bebauungsplan, wie über Anlegung von Straßen und Plätzen. Der Bau einer Schule mit Turnhalle sei vorgesehen. Genosse Kihing ergänzte den Bericht. Die Tätigkeit der Gemeindevertreter bewege sich noch in sehr beschränkter Bahnen. Bis jetzt sei es noch nicht möglich gewesen, in die Kommissionen, wie Schul- und Armenkommission zu gelangen. In der nächsten Versammlung soll ein Vortrag über das Organisationsstatut der Partei gehalten werden. Die vom Zentralwahlverein angeschaffte Broschüre: „Religion ist Privatfache“ gelangt am nächsten Jahlabend zur Ausgabe. Aufmerksam gemacht wird noch, daß die Genossen, die unziehen, dies vor dem 1. Oktober ihrem Bezirksführer mitteilen.

### Nowawes.

Eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung fand am Mittwoch im Restaurant „Volksgarten“ statt. Metallarbeiter Cohen-Berlin referierte über den Kölner Gewerkschaftskongress. In der Diskussion erklärte sich Genosse Krohnberg mit den Beschlüssen bezüglich des Generalstreiks und der Waise nicht einverstanden; dieselben seien nur dadurch zustande gekommen, weil der Kongress ein reiner Beamtenkongress gewesen sei; es müßten mehr praktische Arbeiter in Zukunft nach solchen Tagungen gesendet werden. Daß die Arbeitsruhe bei der Waise nicht stärker sei, sei Schuld der Gewerkschaftsvorstände, welche nicht das nötige Feuer dahinter machten. Genosse Hoffmann erklärte, daß der Kongress in der Frage der Waise einen bestimmten Beschluß hätte fassen müssen. Im Gegenseite zu Cohen ist er für Arbeiterkammern, um den Unternehmern nicht noch eine neue Vertretung einzuräumen. Es sei verkehrt, von den Gewerkschaftsbeamten im Sinne Krohnbergs zu reden. Auch der Genosse Cohen wandte sich in energischer Weise gegen Krohnberg, welcher die Gewerkschaftsbeamten beleidige, indem er ihnen geradezu das proletarische Empfinden abgeprochen habe. Ueber den Stand des Teppichweberstreiks erstattete Genosse Reinhardt Bericht. In der Diskussion bemerkte Genosse Hoffmann, daß der Streik das erfreuliche Resultat gezeitigt habe, daß auch endlich die hiesigen Hausweber, welche sich bisher stets der Arbeiterbewegung fern gehalten haben, den Wert der Organisation erkannt haben. Er ermahnte dieselben, auch nach Beendigung des Streiks dem Textilarbeiter-Verbande treu zu bleiben. Nachdem noch einige Bernauer und Berliner Weber das Verhalten des Herrn Feibisch gebührend kritisiert und die hiesigen Streikenden zum ferneren Zusammenhalten aufgefordert hatten, wurde die Versammlung geschlossen.

## Vermischtes.

Die Beerdigung der sechs herangeschafften Opfer der „Borussia“ hat am Sonnabend unter äußerster zahlreicher Beteiligung stattgefunden. Fast alle Jahrestellen des Deutschen Bergarbeiter-Verbandes der Gegend waren in großer Stärke erschienen und demonstrierten schweigend, eindringlich für die Opfer des Kapitales. Unter den Leidtragenden bemerkte man Delegierte von fast allen Orten, insbesondere sah man den Vorstand des Alten Verbandes und viele bekannte Genossen, so daß die Besenherren und Bürger neben den Arbeiterbataillonen verschwanden.

Am 15 Uhr setzten sich die drei Leichensüge in Bewegung. Drei der Geopfereten wurden in Lütgendortmund, zwei in Cappel und einer in Etodum begraben. Den unabsehbaren Leidtragenden ging ein ein Musikkorps voraus, dann folgten die Bergarbeiterzahlreichen, Knappenvereine, Frauen und sonstigen Leidtragenden. Die Leichenträger führten innerhalb der Jüge verteilt. Die Menschenmenge amöndend anzugeben ist unmöglich. Der Lütgendortmunder Trauerzug machte allein 9000—10 000 Personen gezählt haben. Die Geistlichkeit, die Abgeordneten der Besenbesitzer usw. hielten sich im Hintergrunde. Es war ein dumpfer, lautloser Schmerz. Selten sah man einen der nächsten Verwandten der zu Grabe Getragenen

seinem Schmerze lauten Ausdruck geben. Und so mancher hat einem Bekannten bei den Toten, um den er trauerte. Im Geiste geleitete man auch diese noch im Schoß der Erde Befindlichen zur Gruft. Empörung herrschte allgemein über die Absicht der Leiche, die Toten nicht bergen zu lassen. Man fragte allenthalben: Sind wir Bergleute nicht mehr so viel wert, daß man unsere verunglückten Kameraden einiger tausend Mark Kosten wegen bergen kann? Die Beerdigung selbst verlief ohne Störung und wird jedem Teilnehmer unvergesslich sein.

### Ueber Unwetter und Gewitter am Sonntag und Montag liegen noch folgende Drahtmeldungen vor:

Köln, 18. Juli. Aus der Eifel werden erneut schwere Unwetter gemeldet. Hagelkörner in der Größe von Taubeneiern erschlugen strichweise die gesamte Feldfrucht und richteten besonders in den Dörfern Amel, Duidenberg und Born recht große Verwüstungen an. Vom Oberrhein laufen Meldungen ein, die berichten, daß strichweise Sonntag dort ein Unwetter herniedergegangen sei, wie die Rheinbewohner es seit Menschengedenken nicht mehr erlebt haben. Besonders sind die Distrikte Andernach, Neuwied, Lenz hart mitgenommen worden. Mehrere Schwemmilchfabriken kürzten ein, mehrere große Scheunen kürzten, vom Wasser unterpült, zusammen. In diesen Orten sowie an anderen gefährdeten Stellen retteten sich die Einwohner durch schnelle Flucht. Mehrere kleine Brücken sind ebenfalls eingestürzt. Der Schaden ist unberechenbar. Auf einzelnen Chaussees sind über hundert schwere Bäume durch den Sturm entwurzelt. Die Weinberge zeigen meiste tiefe Furchen. Manche Berge sind des Bodens sowie der Weinstöcke völlig beraubt.

Dreslau, 18. Juli. Aus vielen Teilen Oberschlesiens kommen Meldungen über große Schäden, die das gestrige Unwetter angerichtet hat. Das Getreide liegt plattgedrückt am Boden, zahlreiche Häuser sind abgedeckt, viele Tausende von Henscherleiben zertrümmert. In den Gärten wurden ungeheure Verwüstungen angerichtet. In der Kronprinzengasse zu Jarage wurde ein zwölf Jahre alter Knabe von herunterfallendem Mauerwerk erschlagen, einem zweiten Knaben der Schädel gespalten.

Terlinden geistesgestört. Aus Duisburg wird gemeldet: Der frühere Fabrikbesitzer Gerhard Terlingen in Oberhausen, der im Herbst 1903 wegen Konkursverbrechens zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, ist von der Strafanstalt in Münster, wo er zur Verbüßung seiner Strafe interniert war, nach einer Irrenanstalt übergeführt worden, da Zweifel an seiner geistigen Gesundheit entstanden sind.

Zur Verhaftung eines Arztes wegen Vattenmordversuches, worüber wir bereits berichteten, werden aus München noch folgende Einzelheiten gemeldet: Der praktische Arzt Dr. med. Karl Roth aus Thalwässing in Mittelfranken wurde in einem dortigen Hotel festgenommen, und zwar auf Grund der Anzeige seiner letzten (dritten) Ehefrau, die er angeblich durch Gift aus der Welt schaffen wollte. Dr. Roth verheiratete sich vor Jahresfrist mit einer sehr reichen Witwe aus Nürnberg; die Ehe wurde aber wegen Unstimmigkeiten zwischen den Gatten alsbald wieder gerichtlich getrennt. Dr. R. verkaufte nun seine gute Praxis in Thalwässing für 10 000 Mark und siedelte nach München über, wo er seitdem lebte. R., welcher früher jahrelang in Greifenberg und in verschiedenen Städten Schwabens tätig war, ließ damals seine Frau und drei Kinder in großer Not zurück und nahm eine Stellung als Schiffsarzt an. Seine Frau zog infolge dessen nach München, wo sie sich als Raffesse auszubilden. Als R. mit der Nürnberger Witwe bekannt wurde, schloß er mit seiner damaligen Frau einen Vertrag ab auf Ehetrennung gegen eine einmalige Abfindung von 20 000 Mark und gegen eine weitere jährliche Alimentation. Durch dieses Abkommen wurde dem in finanzielle Schwierigkeiten geratenen Arzte Gelegenheit gegeben, die veränderte Witwe zu heiraten und seine Verhältnisse zu ordnen. Bei seiner Verhaftung beschlagnahmte die Kriminalpolizei einen Barbetrag von etwa 8000 Mark. Der Verhaftete wurde vorläufig in das Landgerichtsgefängnis zu Eichstätt eingeliefert. Die eingeleitete Untersuchung dürfte wohl bald Licht in die noch dunkle Affäre bringen, von der u. a. auch behauptet wird, daß sie aus Rachsucht gegen den Arzt angezettelt wurde.

Posen. Der Landtags-Abgeordnete Dr. v. Riegolowski wurde vom Landgericht zu 200 M. Geldstrafe verurteilt wegen Herausgabe eines religiösen polnischen Liederbuchs, in welchem Aufreizungen zum Nationalitätenkampf gefunden wurden.

Towutsfälle in Rom. Vor der Porta del Popolo, unweit des Ponte Rotto, sind heute drei Personen von einem offenbar wulfranken Hunde gebissen worden. Da bereits vor mehreren Tagen im Agro Romano verdächtige Hunde gesehen worden sind, hat der Bürgermeister verhängen lassen, daß alle vor den Toren herrenlos herum-schwärmenden Hunde abgeholt werden sollen. Da unlängst in einem Dorfe Apuliens zahlreiche Tollwutsfälle aufgetreten sind, die auch von einem wulfranken Hirtenhunde ausgingen, herrscht in der hiesigen Bevölkerung große Besorgnis.

Dampferzusammenstoß. Antwerpen. Heute nacht fand auf der Schelde ein Zusammenstoß zwischen dem Dampfer „Topaze“ und dem holländischen Postdampfer „Gendrit“ statt. Der „Topaze“ erlitt schwere Beschädigungen, da der „Gendrit“ mit einer Geschwindigkeit von 21 Knoten fuhr. Personen wurden nicht verletzt.

Fele- und Diskutierklub „Stralauer Allee“. Donnerstag, 1/9 Uhr, bei Hofenber, Bennestr. 2: Vortrag des Genossen Cerner über Ursprung der Familie, des Privatigentums und des Staates“. Gäste willkommen.

Fele- und Diskutierklub „Züb-Oh“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Tollsberg, Wörthstr. 58: Vortrag und wichtige Vereinsangelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Zentralverband der Friseurgeschäften Deutschlands. Zweigverein Berlin. Versammlung am 20. d. M., abends 10 Uhr, Rosenhaldenstr. 57. Erscheinen notwendig.

Berliner Marktpreise. (Ermittelt vom Postel-Präsidenten.) Roggen, gute Sorte, 1 Doppelcentner 0,00 ab Bahn. Futtergerste, gute Sorte 16,00 (15,20), mittel 15,10 (14,30), geringe 14,20 (13,40). Hafer, gute Sorte 16,30 (15,40), mittel 15,30 (14,50), geringe 14,40 (13,60). frei Wagen und ab Bahn. Weizen, gelbe, zum Kochen 40,00 (39,00). Speisebohnen, weiße 50,00 (30,00), Linsen 60,00 (30,00), Kartoffeln 12,00 (9,00). Rindfleisch, von der Keule, 1 Kilogramm 1,80 (1,40). Schmalz 1,40 (1,10). Schmelzschmalz 1,80 (1,30). Kalbfleisch 2,20 (1,80). Hammelfleisch 1,80 (1,40). Butter 2,80 (2,20). Eier (60 Stück) 4,00 (2,80). Karpfen, 1 Pz. 2,00 (1,40). Kase 3,00 (1,60). Hamer 3,50 (1,40). Hehle 2,80 (1,40). Barke 2,00 (1,00). Schale 3,00 (1,20). Biele 1,60 (0,80). Kriebel (60 Stück) 20,00 (3,00).

Witterungsüberblick vom 18. Juli 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen Barometerstand mm. Windrichtung. Windstärke. Wetter. Temp. u. G. in C. u. F.

| Stationen   | Barometerstand mm. | Windrichtung | Windstärke | Wetter     | Temp. u. G. in C. | Temp. u. G. in F. |    |
|-------------|--------------------|--------------|------------|------------|-------------------|-------------------|----|
| Stolmennde  | 760 B              | 2 wolkig     | 19         | Haparanda  | 750 D             | 5 halb Bd.        | 15 |
| Hamburg     | 761 GEB            | 3 bedeckt    | 15         | Petersburg | 751 D             | 1 Regen           | 15 |
| Berlin      | 761 NB             | 2 wolkig     | 19         | Scilly     | 763 NB            | 3 wolkig          | 16 |
| Frankf.a.M. | 762 N              | 2 wolkig     | 20         | Arbeeren   | 760 NB            | 4 heiter          | 13 |
| München     | 763 GEB            | 5 bedeckt    | 20         | Paris      | 765 B GEB         | 1 heiter          | 18 |
| Wien        | 762 GEB            | — wolkenl.   | 17         |            |                   |                   |    |

### Wetter-Prognose für Mittwoch, den 19. Juli 1905.

Ein wenig kühler, vorherrschend wolkig, mit leichten Regenschauern und mäßigen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 17. Juli. Elbe bei Ruffig — 0,41 Meter, bei Dresden — 1,83 Meter, bei Magdeburg + 0,66 Meter. — Unstrut bei Stranfurt + 1,15 Meter. — Oder bei Rastow + 1,09 Meter, bei Breslau Ober-Begel + 4,92 Meter, bei Breslau Unter-Begel — 1,18 Meter, bei Frankfurt + 0,93 Meter. — Elbe bei Bademünde + 2,45 Meter. — Sarg bei Wosn 0,02 Meter. — Rufe bei Uff + 0,25 Meter.